INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info


auswärts
3 DM

2,50 DM



Nr. 223

14. Januar 1993



Vorwort:

Die Texte zur Drogendiskussion überschneiden sich zum Teil, wir fanden sie trotzdem vor dem Hintergrund der Diskussionen in Berlin (Ex) und der Entwicklungen in Bremen ziemlich wichtig.
Die Schokolade aus Tübingen haben wir aufgegessen und den Artikel reingenommen - prima, weiter so! Eure Bleiwüste haben wir ein kleines bißchen entschärft...

Inhalt:

ORDNER:

-Freispruch sofort ! (wg. rotem Papier)
-Beitrag zur Organisierungsdebatte
-eine Kritik am schwarz-roten Kalenda 93
-Paranoia?
-Ausschnitt aus der Faschozeitschrift "Denkzettel"
-Interimdiskussion

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle Artikel, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die nicht veröffentlicht wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99 und im Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Betr.: Vergewaltigung in der Szene



Vorbemerkung: Schreiber dieser Anmerkungen ist ein autonomer Hetero-Mann, der Weder Hari, die vergewaltigte Frau, noch deren politischen Zusammenhang kennt, der die Vergewaltigung öffentlich gemacht hat.

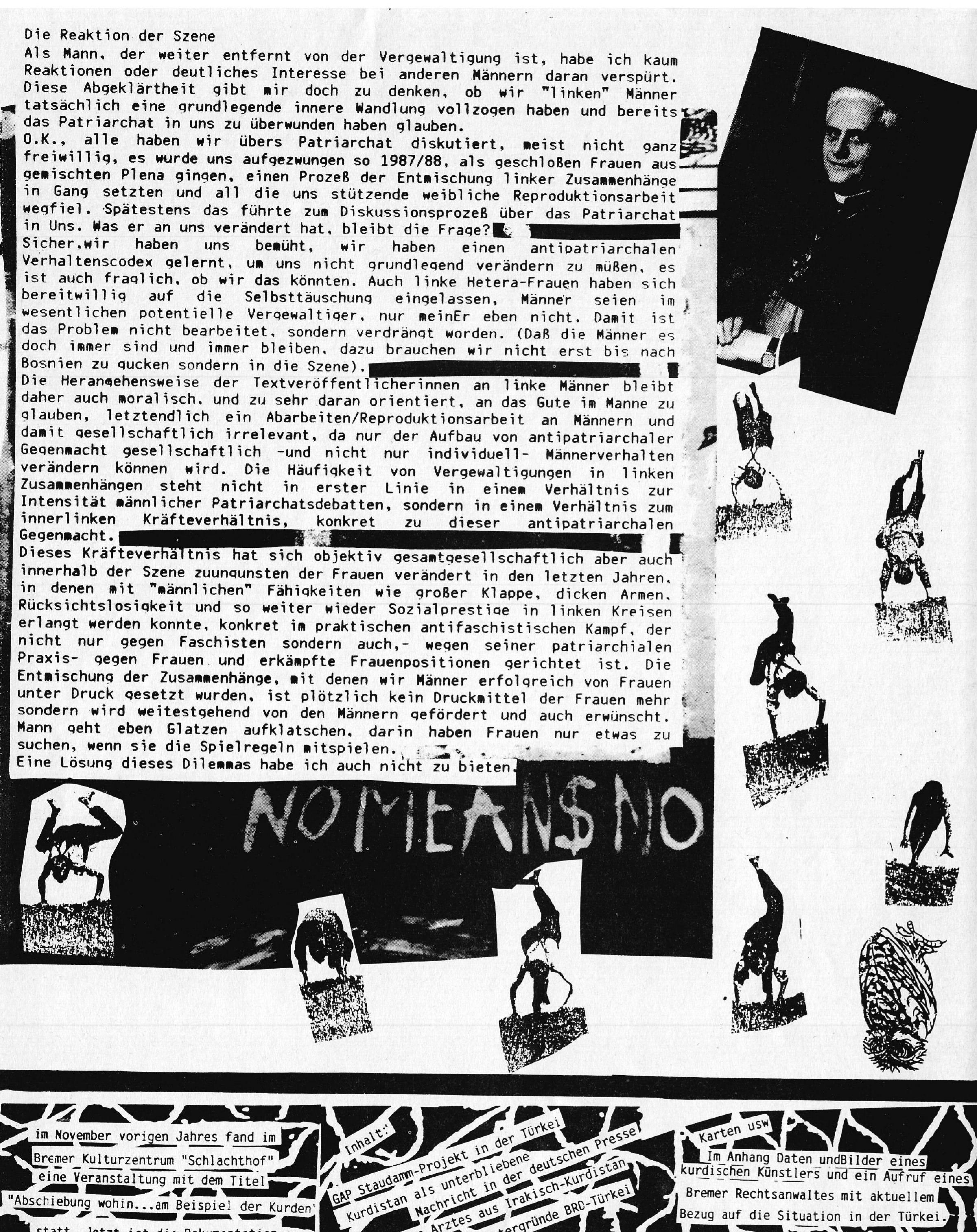
Selbstjustiz und Vergewaltigerverteidigung
Ich finde es grundsätzlich richtig, daß das subjektive Empfinden von Frauen Ausgangspunkt zur Beurteilung von Vergewaltigung dient. Auch teile ich die Ansicht, daß es nicht Vergewaltigungen I. und II. Klasse gibt. Allerdings gibt es Vergewaltigungen, bei denen zusätzlich noch andere Brutalitäten begangen werden, d.h. eine Vergewaltigung ist eine Vergewaltigung und eine Körperverletzung ist eine Körperverletzung. Die Veröffentlichung von Vergewaltigern, gerade von sog. "linken" ist richtig und notwendig. Dabei handelt es sich um eine Form der Selbstjustiz, unabhängig von staatlicher Justiz. Vor der staatlichen Justiz kann es kein faires Verfahren für die betroffene Frau geben, da es sich um eine strukturell patriarchale Justiz handelt, eine Verteidigung des Täters notwendigereweise gegen die Integrietet der Frau gerichtet sein muß. Daher kann es keine "linke" Verteidigung eines Vergewaltigers vor Gericht geben.
Es gibt kein richtiges Leben im Falschen, aber in allen Befreiungsprozessen gibt es neu entstehende, staatsunabhängige Formen von Justiz. Der Ausschluß eines "linken" Vergewaltigers aus linken Zusammenhängen oder der Rausschmiß aus einer Stadt ist so eine Form der Selbstjustiz. Es ist eine Bestrafung. Wer ist berechtigt, diese Bestrafung auszusprechen und umzusetzen in einer linken Szene im Gegensatz zu einer linken Organisation, in der entsprechende Strukuren eingerichtet werden können? Und nach welchen Kriterien wird über einen solchen Bestrafungsprozeß entschieden? Darf ein beschuldigter Täter sich in einem solchen Prozeß nicht äußern im Sinne seiner Verteidigung, genauso wie es bei uns Konsens ist, daß ein Vergewaltiger vor einem staatlichen Gericht keine Legitimität für seine Verteidigung besitzt? Es wäre gut, wenn wir hierfür allgemeingültige Kriterien entwickeln würden.



"Verführung"
Gestört hat mich beim Lesen Eures Textes Folgendes: Ihr setzt den Begriff "Verführung" gleich mit "einer Form der Vergewaltigung". So wie Ihr den Begriff verwendet, ist er nich nicht kommunikativ zwischen zwei Subjekten zu sehen, sondern als Einbahnstraße und daraus resultiert notwendigerweise eine Ungleichberechtigung, im Kern eine Subjekt/Objekt Relation des Verführers zur Verführten, zwischen Mann = Täter und Frau = Opfer. Damit setzt Ihr Frauen Euch selbst zum Objekt. Wenn Ihr Frauen Euch selbst zum Objekt setzt, so ist eine Verführung natürlich eine Vergewaltigung.
Ich denke, Verführung ist etwas anderes. Ich möchte Eure Abwertung des Begriffs infrage stellen, weil ich konkret andere Erfahrungen gemacht habe und es generell anstrebenswert finde, zu einer intersubjektiven Beziehungsebene zu gelangen als Voraussetzung auf dem Weg zu einer befreiten Sexualität.
Ich lasse mich gerne verführen und verführe auch gerne ob nun zum Eisessen oder zum Sex. Verführung ist für mich ein positiv besetzter Begriff, Verführung heißt, erotische Spannung zu schaffen, wo keine war. Verführung heißt, die Grenzen des/der anderen zu öffnen, ein Kribbeln zu spüren, Nähe zu suchen, Leidenschaft zu erwecken.... eine linke Bewegung ohne "Verführung" im weitesten Sinne wird notwendigerweise in Lustfeindlichkeit verkümmern. "Verführung" zum Klauen, zum Haschisch rauchen, zum Steine schmeißen, zum Verbotenen usw... von alleine wäre ich auf die meisten Sachen nie gekommen, vielleicht nie den linken Weg eingeschlagen. Zum Verführen gehört eben auch ein Mensch, der sich gerne verführen lassen möchte. Verführung gibt es nur auf der Basis der Freiwilligkeit.
Ich möchte an Euch daher die Frage stellen, ob ihr auch für Euch selbst den Begriff wirklich richtig besetzt habt?

Vergewaltigung und Sexualität
Zum Begriff der Vergewaltigung selbst: Ausschlaggebend bleibt das subjektive Gefühl einer Frau, sich vergewaltigt zu fühlen oder nicht.
Darüberhinaus muß es meiner Ansicht nach Regeln (nicht im Sinne einer Einschränkung sondern mit dem Ziel der angstfreien Eröffnung des Raumes der Sexualität) geben über den sexuellen Umgang zwischen Männern und Frauen. Dazu gehört natürlich, wie Ihr formuliert, daß Mann versucht herauszufinden, ob es ein sexuelles Interesse der Frau an ihm gibt oder an seinem Körper, auf welche Art von sexuellen Handlungen sich dieses Interesse erstreckt oder ob es sich mehr um eine Bedürfnislage handelt, in der Zärtlichkeit und Geborgenheit gesucht wird, kurz, die Suche nach der Gegenseitigkeit der Bedürfnisse. Die gleiche Forderung gilt natürlich auch umgekehrt und ergibt sich automatisch aus der angestrebten Subjekt/Subjekt-Relation, konkret heißt das, wenn "nein" gedacht wird, sollte auch "nein" zum Ausdruck gebracht werden, verbal oder nonverbal; denn es gibt sicher Grenzfälle, in denen "nein" nicht deutlich zum Ausdruck gebracht oder nicht deutlich wahrgenommen wird (oder werden will), weil andere Motivationen mitspielen. An diesem Punkt sind auch die Frauen gefordert, "nein" zum Ausdruck zu bringen.





Die Reaktion der Szene

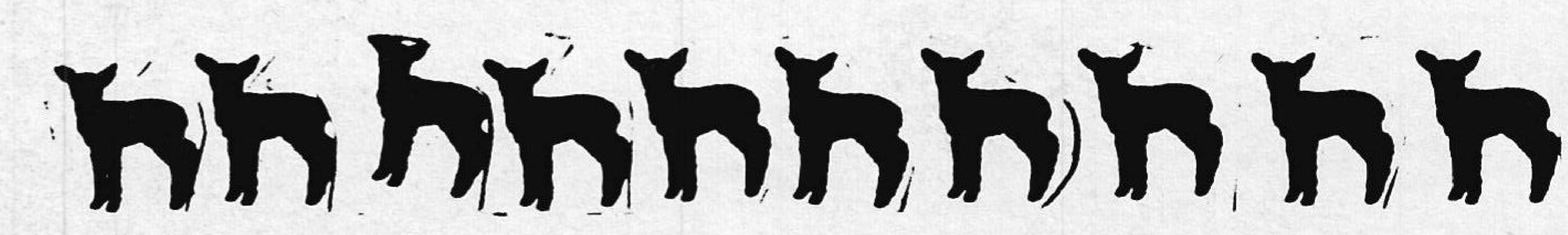
Als Mann, der weiter entfernt von der Vergewaltigung ist, habe ich kaum Reaktionen oder deutliches Interesse bei anderen Männern daran verspürt. Diese Abgeklärtheit gibt mir doch zu denken, ob wir "linken" Männer tatsächlich eine grundlegende innere Wandlung vollzogen haben und bereits das Patriarchat in uns zu überwunden haben glauben.
O.K., alle haben wir übers Patriarchat diskutiert, meist nicht ganz freiwillig, es wurde uns aufgezwungen so 1987/88, als geschloßen Frauen aus gemischten Plena gingen, einen Prozeß der Entmischung linker Zusammenhänge in Gang setzten und all die uns stützende weibliche Reproduktionsarbeit wegfiel. Spätestens das führte zum Diskussionsprozeß über das Patriarchat in Uns. Was er an uns verändert hat, bleibt die Frage?
Sicher,wir haben uns bemüht, wir haben einen antipatriarchalen Verhaltenscodex gelernt, um uns nicht grundlegend verändern zu müßen, es ist auch fraglich, ob wir das könnten. Auch linke Hetera-Frauen haben sich bereitwillig auf die Selbsttäuschung eingelassen, Männer seien im wesentlichen potentielle Vergewaltiger, nur meinEr eben nicht. Damit ist das Problem nicht bearbeitet, sondern verdrängt worden. (Daß die Männer es doch immer sind und immer bleiben, dazu brauchen wir nicht erst bis nach Bosnien zu gucken sondern in die Szene).
Die Herangehensweise der Textveröffentlicherinnen an linke Männer bleibt daher auch moralisch, und zu sehr daran orientiert, an das Gute im Manne zu glauben, letztendlich ein Abarbeiten/Reproduktionsarbeit an Männern und damit gesellschaftlich irrelevant, da nur der Aufbau von antipatriarchaler Gegenmacht gesellschaftlich -und nicht nur individuell- Männerverhalten verändern können wird. Die Häufigkeit von Vergewaltigungen in linken Zusammenhängen steht nicht in erster Linie in einem Verhältnis zur Intensität männlicher Patriarchatsdebatten, sondern in einem Verhältnis zum innerlinken Kräfteverhältnis, konkret zu dieser antipatriarchalen Gegenmacht.
Dieses Kräfteverhältnis hat sich objektiv gesamtgesellschaftlich aber auch innerhalb der Szene zuungunsten der Frauen verändert in den letzten Jahren, in denen mit "männlichen" Fähigkeiten wie großer Klappe, dicken Armen, Rücksichtslosigkeit und so weiter wieder Sozialprestige in linken Kreisen erlangt werden konnte, konkret im praktischen antifaschistischen Kampf, der nicht nur gegen Faschisten sondern auch,- wegen seiner patriarchialen Praxis- gegen Frauen und erkämpfte Frauenpositionen gerichtet ist. Die Entmischung der Zusammenhänge, mit denen wir Männer erfolgreich von Frauen unter Druck gesetzt wurden, ist plötzlich kein Druckmittel der Frauen mehr sondern wird weitestgehend von den Männern gefördert und auch erwünscht. Mann geht eben Glatzen aufklatschen, darin haben Frauen nur etwas zu suchen, wenn sie die Spielregeln mitspielen.
Eine Lösung dieses Dilemmas habe ich auch nicht zu bieten.

Das Schweigen der Männer

Alle Artikel, die bisher in der Interim zu Haris Vergewaltigung erschienen sind, wurden von Frauen geschrieben. Männer diskutieren bisher anscheinend nicht oder im stillen Kämmerlein. Wir wollen hiermit, besser spät als nie, dieses Schweigen brechen. Wir, das sind Männer, die Hari schon länger kennen und seit der Veröffentlichung der Vergewaltigung darüber diskutieren.

Viele Diskussionen über diese Vergewaltigung und Vergewaltigungen überhaupt drehen sich um Schuld oder Mitschuld von Frauen an Vergewaltigungen.
Auch in mindestens einem der Artikel, die bisher zu Haris Vergewaltigung erschienen sind, wird die Frage nach der Mitschuld der Frau gestellt, was Anlaß für heftige Kontroversen bieten dürfte.
Wenigstens in bezug auf diese Diskussionen muß für uns Männer endlich mal klar sein, daß wir uns ausschließlich mit unserer Seite der Angelegenheit, also der Täterrolle, zu befassen haben. Es ist sehr leicht, aus manchen der erschienenen Texte eine Rechtfertigung oder doch zumindest eine Relativierung der Vergewaltigung und unseres sexistischen Verhaltens allgemein abzuleiten. Das bringt uns (Männer) aber überhaupt nicht weiter, im Gegenteil.
Dies ist keine Aufforderung an Frauen, doch bitte in Zukunft ihre Widersprüche besser vor uns zu verstecken, sondern an Männer, verantwortlich mit diesen Texten umzugehen. Wenn Frauen in einem Text meinen, "der Täter tangiert uns nur peripher", während andere sagen, "diese Stadt ist zu klein für ihn und uns", gibt es für uns keine dieser beiden Möglichkeiten.
Wir haben eine sehr klare Verantwortlichkeit dafür, in unserer eigenen Umgebung eine Wiederholung auszuschließen; durch Hari (für die, die ihn kennen), durch andere Männer, durch uns selbst.

Außerdem gibt es die Verantwortlichkeit, über den derzeitigen Vergewaltigungsbegriff ("Nein heißt Nein") hinaus sexistisches Verhalten zu benennen und bleiben zu lassen. Wie wäre es mit: "Nicht Ja heißt Nein"? Mit dieser Definition sind wir wohl (fast?) alle Vergewaltiger. Wie können wir ein herrschaftsfreies Leben einfordern und gleichzeitig auf einer Sexualität beharren, die "rumkriegen" als etwas angenehmes beinhaltet, als Erfolg verbucht?
Außerdem müssen wir endlich mal damit aufhören, unsere Hetero-Zweierkisten von allem auszunehmen. Es macht ja wohl den meisten Sinn, genau da mit Veränderungen anzusetzen, wo wir scheinbar ganz viel zu verlieren haben, nämlich die Aussicht auf kontinuierliche sexuelle Reproduktion. Die derzeitige Unantastbarkeit und Tabuisierung von Zweierbeziehungen oder vielmehr dem, was 'intern' darin passiert, führt dazu, daß der Eindruck entsteht, Sexualität in Zweierbeziehungen sei der Ort der heiligen Problemlosigkeit. Wohl nur in diesem Zusammenhang können Männer ohne Beziehung anfangen, von "sexuellem Notstand" zu fabulieren und das Recht auf legitime Möglichkeiten für Heterosexualität außerhalb von Zweierkisten abzuleiten. Alles weitere ist dann nur noch eine Frage der Mittel, die ich einsetzen darf, um zum Ziel (Sex mit Frauen) zu kommen. Der Kern dieses Problems, also unser Verständnis von Sexualität, wird von solchen Mitteldiskussionen überhaupt nicht berührt.
Immer wieder gegenwärtig in Vergewaltigungsdiskussionen unter Männern ist die Frau, die "Nein" sagt, aber - angeblich - "Ja" meint. Genau wie "rumkriegen" üblich ist, gibt es mit Sicherheit auch "rumgekriegt werden wollen". Mit dem großen Unterschied, daß diese Seite des Rollenspieles ungefährlich ist. Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, an einem "Nein" herumzuinterpretieren.
Wenn wir mit einer Befreiungsperspektive (schluck, d.S.) ernst meinen, muß es vielmehr unsere Aufgabe sein, vor allem unser eigenes Rollenverhalten aufzubrechen. 'Nein' heißt NEIN und 'nicht Ja' heißt auch NEIN; Punkt.
Die Forderungen, die hier aufgestellt werden, sind an jeden einzelnen von uns gerichtet und setzen also das Bemühen jedes einzelnen voraus, wirklich etwas zu begreifen und dann auch zu ändern. Das heißt dann eben, beschissene Gewohnheiten, Objektdenken, Privilegien ... aufzugeben.
Die einfache Selbstbeobachtung zeigt allerdings, daß, wenn alles funktioniert wie immer, Aussitzen von Problemen die einfachere und beliebtere Methode ist als grundlegende Veränderung, die ja die Aufgabe von Sicherheit bedeutet. Es wird oft, auch selbstkritisch von Männern, der Vorwurf erhoben, daß überfällige Männerdiskussionen immer dann einsetzen, wenn die persönlichen Beziehungen zu Frauen akut in Gefahr sind, und prompt wieder einschlafen, wenn die Gefahr vorüber scheint. Auch über dieses Problem läßt sich zur Tagesordnung übergehen. Es ist wichtig, sich auch hier gegenseitig zu fordern, nachzufragen und, wenns nicht anders geht, zu treten.
Wenn wir gemischt wohnen, uns in gemischten Zusammenhängen bewegen oder auch nur Männer kennen, die mit Frauen zu tun haben, ist es absolut notwendig, die Sexualität aus dem Bereich des Privaten, Tabuisierten, herauszureißen. Wir müssen uns gegenseitig zur Auseinandersetzung zwingen, gemeinsam Forderungen an uns selbst stellen und auch die Umsetzung davon einklagen. Es ist auch notwendig, den Stand dieser Diskussionen und unserer Praxis Frauen mitzuteilen, die das wollen.
Wir können es nicht länger von unserem Phlegma abhängig machen, mit welchen Männern aus unserer Umgebung wir wie viel oder wenig zu tun haben, um dann völlig überrascht die nächste Vergewaltigung zur Kenntnis zu nehmen, so sie denn öffentlich wird. Es ist ein sehr schwaches Bild, wenn die Intensität unserer Auseinandersetzung wesentlich von der Ungeduld der Frauen abhängt, mit denen wir zu tun haben. Verändern wir unser Leben nicht nur in Krisenzeiten, sondern erst recht dann, wenn es uns (relativ) gut geht!!!
Besonders schwer tun sich Männer in der Regel im Umgang mit enttarnten Vergewaltigern aus ihrer Umgebung. Auf dem schmalen Grat zwischen solidarischer Auseinandersetzung (weil genau genommen sind wir ja alle Vergewaltiger) und völligem Sich-Drüber-Stellen (weil wir sind ja ganz anders) sind bisher noch alle reichlich hilflos herumgestolpert. Auch uns als Gruppe ging das so bei dieser Vergewaltigung. Unstrittig ist bei uns, daß die Forderungen der Frauen, die Haris Vergewaltigung öffentlich gemacht haben, von uns zumindest passiv mitgetragen werden, daß wir aber darüber hinaus noch eigene Forderungen aufstellen und uns um deren Umsetzung kümmern müssen. Eine Auseinandersetzung mit Hari über das bloße Durchsetzen von Sanktionen hinaus wollen wir davon abhängig machen, daß er (für sich) für uns akzeptable Ziele formuliert: weg von Antipat-Gesülze; ständige, persönliche Auseinandersetzung mit Männern; den Gedanken an Sex mit Frauen grad mal abschminken.
Wir meinen, uns ausreichend von ihm abgrenzen zu können, um ihm gegenüber handlungsfähig zu sein. Die Grenze ist für uns das Nein der Frau.
Die Diskussion um unsere eigene Rolle soll als kontinuierlicher Prozeß laufen und nicht jetzt ganz schnell vorgezogen und als Voraussetzung definiert werden. Wie auch, es kann ja nie ein sinnvolles Ende dieser Diskussion geben.
Durch diese Herangehensweise haben wir uns allerdings innerhalb Haris Umgebung wunderbar isoliert und dadurch praktisch Handlungsmöglichkeiten von vorneherein verloren. Eine Gruppe, mit der wir uns über gemeinsames Verhalten verständigen wollten, hat uns nach zwei Treffen die Diskussion aufgekündigt; sie wollten die eigene Beteiligung am patriarchalen Gewaltverhältnis zuerst diskutieren. Die Männer in Haris WG haben sich nicht entblödet, uns ein WG-Verbot zu erteilen.
Uns ist dazu eingestandenermaßen wenig eingefallen. Zustande bekommen haben wir -abgesehen von langen Diskussionen- bisher lediglich einen Brief an Hari, in dem wir erläutern, warum wir uns bisher nicht mit ihm auseinandergesetzt haben und was wir von ihm erwarten, damit das unserer Meinung nach geht. Wir haben wegen einiger Äußerungen von ihm den Eindruck, daß er vor allem bemüht ist, die Folgen der Öffentlichmachung zu mildern und sich und sein Verhalten nur sehr theoretisch in Frage stellt. Das allerdings konnte er schon immer wunderbar; Hari kennt alle Spielregeln des antipatriarchalen Hausgebrauchs. Gerade das macht uns ihm gegenüber reichlich wütend und zeigt mehr als deutlich, wie wichtig es ist, Gesagtes zu hinterfragen und das Private nicht auszuklammern.



Auch Hari hat in einem Gespräch versucht, seine Vergewaltigung als "Vergewaltigung im weiteren Sinne" herunterzuspielen. Wir finden es wichtig, auch dazu Stellung zu beziehen. Unserer Meinung nach gibt es so etwas wie Szene-Vergewaltigungen, was nicht nur auf einer erweiterten Definition beruht (gegenüber StGB) sondern vor allem darauf, daß Männer, die bestimmte antipatriarchale Spielregeln beherrschen, das in sie gesetzte Vertrauen dazu benützen, um an Frauen 'heranzukommen'. Das sieht dann natürlich anders aus, als die "klassische Vergewaltigung". Ob es weniger mies ist, wagen wir aus Männersicht zu bezweifeln.



GEMISCHT ???!

Warum wir unseren Text "Weißt du was, wir ham`auch Haß" an die Interim geschickt haben und ihn auch in diesem beliebten Blättchen veröffentlicht sehen wollten:

1) Wir sind, so wie wir diesen Text geschrieben haben, die Frauen eines gemischten Zusammenhanges und bewegen uns alle auch in der gemischten Szene.

D.h. [illegible]aß wir, auch in Situationen, wo wir nur mit Frauen reden, in [illegible] gemi[illegible]chtenp Szene verwurzelt bleiben und für uns die Stärke von [illegible]rauen INNERHALB von gemischten Strukturen wichtig ist. So ist erst mal unsere Situation von der wir ausgehen müssen.

2) Als wir angefangen haben, über die Vergewaltigung zu reden, trafen [illegible] vielen der Frauen, die v.a. in gemischten Sachen drinstecken, au[illegible]verständnis und Distanzierung von unserem bornierten Feminismus oder Ungläubigkeit, die (durchaus bekannte) Theorie plötzlich im eigenen sozialen Umfeld umsetzten zu müssen,Ablehnung aus Angst vor der Konfrontation mit Männern und dem Druck, sich verhalten zu müssen.

Für uns sind diese Reaktionen bedeutend, es hat uns sehr erschreckt, wie weit antipatriarchale Positionen in der gemischten Szene zurückgedrängt worden sind. Wir wollten jedenfalls nicht immer wieder dasselbe erzählen, sondern ein paar grundsätzliche Sachen zu Vergewaltigung und unserem Umgehen damit zu schreiben und einer gemischten Szene zugänglich zu machen. Wir nutzen damit auch die nicht zu leugnende Autorität der Interim, um für uns erträgliche Bedingungen in unserer Umgebung zu erreichen.

3) Wir finden auch, daß viele Diskussionen nur unter Frauen geführt werden sollen, es war uns aber wichtig, genau die gemischten Frauen auch zu erreichen, die nun mal oft nur die Interim lesen. Wir haben nicht alles, was wir im Kopf haben, geschrieben, weil der Text auch von Männern gelesen wird, denen wir weder die Relativierung ihres eigenen Macker-Verhaltens erleichtern wollten, noch ihnen ihre Macht vor Augen führen, ihren Voyeurismus genausowenig nähren wie ihnen den Eindruck vermitteln, ihre Beurteilung eines Frauentextes hätte für uns eine große Bedeutung. Wir finden es aber nicht falsch, wenn Männer sich mit (ihrem) Sexismus auseinandersetzen, erwarten dies auch von denen, mit denen wir mehr zu tun haben als Selbstverständlichkeit.

Die heftigen Angriffe auf uns überraschen uns nach unseren Erfahrungen in Diskussionen kaum, deshalb halten wir die Diskussion auch in der Interim für wichtig und haben uns überhaupt auf diesen Drahtseilakt eingelassen.

eine der Frauen, die auch Haß haben.

An die Frauen aus unterschiedlichen Frauenzusammenhängen- zu ihrem Text in der Interim Nr. 222 S. 3:



Wir sind die Menschen beiderlei Geschlechts, die den Artikel einiger Frauen aus der Interim Nr. 220 "zerstückelt" haben.Wir möchten Euch beschreiben,wie wir zu unserer Umgehensweise mit diesem Text gekommen sind und warum wir das auch immer noch für richtig halten.(Vielleicht interessiert es Euch ja, auch wenn Männer an diesem Text hier mitgearbeitet haben.)

Wir haben also einen Text vor uns liegen, der von Frauen geschrieben wurde, der sich auf einen Text von anderen Frauen bezieht und antwortet, der aber, von den Autorinnen gewünscht, in einem gemischten Medium veröffentlicht werden soll, sonst läge er nicht in unserem Briefkasten. Wie bei jedem anderen Text stehen wir zunächst vor der Entscheidung: veröffentlichen oder nicht, wenn ja, wie? Meistens nicht die superschwierige Entscheidungen, bei diesem Text schon. Erstens weil er sehr umstritten ist (die Spannbreite der Positionen reicht von einfach veröffentlichen bis ihn nicht mal in den Ordner tun) und zweitens weil wir als gemischte Gruppe über die Umgehensweise mit einem Text von Frauen entscheiden <u>müssen</u>.

Zum ersten die Spannbreite unserer Meinungen zu dem Text:

- Es ist richtig, die Position "Nein heißt Nein" in Frage zu stellen, wie das unserer Meinung nach dieser Text tut.
- Es ist richtig, die Diskussion darüber zuzulassen, weil das Infragestellen sowieso in vielen Köpfen abläuft und offensichtlich auch bei Frauen verbreitet ist.
- Es ist falsch, diese Diskussion in einem gemischten Medium zu führen, weil sie von Männern funktionalisiert und benutzt wird,um ihr Süppchen damit zu kochen.
- Es besteht einfach kein wichtiger Anlaß, die von Frauen erkämpfte Position "Nein heißt Nein" dadurch, daß sie zur Diskussion gestellt wird zu untergraben.
- In dem Text wird dadurch, daß er sich auch immer gleichzeitig auf einen konkreten "Fall" bezieht, die FRau angezweifelt , zur Rechtfertigung gezwungen, was an sich, egal ob gemischt oder unter Frauen diskutiert, einen patriarchalen Angriff auf sie darstellt.
- Die Diskussion um das Mittel der Plakataktion ist wichtig.



Zum zweiten sitzen wir in einem ziemlichen Dilemma, weil es an sich schon richtig ist, daß wir über Texte von Frauen nicht zu urteilen haben (und eine Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung ist das auf jeden Fall). Nur hilft uns das nicht weiter. Denn entweder wir müßten jede Zuschrift, unter der Frauen steht, quasi ungelesen veröffentlichen, auch wenn sie zutiefst rassistisch oder sexistisch ist, oder eben überhaupt nicht, was ja hieße, Frauen , die als Frauen was schreiben, und ihre gesamten Inhalte, Meinungen gänzlich aus der Zeitung zu kippen. Beides halten wir für falsch. Die einzige formal "korrekte" Möglichkeit wäre u:E: eine eigene Frauenredaktion, die uns aus diesem Dilemma befreien könnte. Die gibt es aber als dauernde Einrichtung nicht.Solange müssen wir eine andere Praxis haben und da fällt uns bei aller Unzulänglichkeit nur unser eigener Kop f, unsere eigenen Positionen, unsere subjektiven Meinungen ein. Denn welchen Frauen gegenüber sollten wir (Jetzt die Männer von uns) uns denn loyal verhalten? Gegenüber Euch, den "anderen Frauen", den "Frauen eines gemischten Zusammenhangs" oder gegenüber denen, die hier mit uns am Tisch sitzen und für sich entschieden haben, innerhalb dieses Projekts "gemischt" zu arbeiten? und da passiert es eben ab und an, daß eine Entscheidung nicht ausschließlich von Frauen getragen wird, sondern auch Männer mitdiskutieren. Oder sollten sich die Männer bei solchen sog. "Frauenfragen" raushalten und die für sie unbequemen Fragen an die Frauen delegieren? (ein Problem, was sich übrigens auch bei einer separaten Frauenredaktion stellen würde.)


Das sind unsere Probleme, wie sie sich halt in einem gemischten Zusammenhang stellen, und Männern und Frauen hierin auch noch unterschiedlich.

Die Entscheidung, diesen Text überhaupt, und nur zerstückelt und mit unserer Meinung und unseren Fragen zu veröffentlichen, war ein Kompromiß, der von Frauen <u>und</u> Männern getragen wurde, wobei die Linien des Konflikts nicht klar zwischen Männern und Frauen verliefen.Andere Entscheidungen kann es in einem gemischten Projekt, in dem nicht offener Krieg ist, nicht geben. (und der ist zumindest innerhalb unseres Teils des Projektes nicht, hoffentlich?)

Das Vorwort, aus dem ihr zitiert, wurde von anderen Menschen aus dem Projekt geschrieben und, zugestanden, diese Bewertung von Frauenkämpfen wäre aus der Feder eines Mannes ziemlich anmaßend. Dem ist nicht so und es ist ein Fehler, daß nicht dabei steht, daß dies eine Frau geschrieben hat. Und sicher ist auch das Zerstückeln und innerhalb des Textes Kommentieren ein schwerwiegender redaktioneller Eingriff.Die Alternativen,die sich uns stellen, den Text gar nicht zu veröffentlichen oder einen Kommentar voranzustellen und die fraglichen Stellen zu s chwärzen,empfanden wir z.T. als schwerwiegendere Eingriffe. Den Text teilweise negativ zu drucken ist für uns eine angemessene technische Möglichkeit, nicht noch mal zitieren zu müssen.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen und verfahrenstechnischen Fragen hätte uns ja schon mal interessiert, warum unsere Kritik danebengreift.

Schade. tschüß... einige Interims



Vier Verletzte bei Überfall von Rechtsextremisten auf Gaststätte

Polizei spricht von straffer Planung / Lichterkette im Rheinland

ERFURT, 10. Januar (Reuter/dpa). Bei Angriffen von Rechtsextremisten sind am Wochenende in Thüringen insgesamt neun Menschen verletzt worden. Vier Verletzte gab es in der Nacht zum Sonntag, als eine Gruppe von 20 Skinheads in Fischersdorf (Kreis Saalfeld) eine Tanzveranstaltung in einer Gaststätte überfiel. Das gesamte Mobiliar des Lokals sei während des zehn Minuten dauernden Überfalls verwüstet worden, erklärte die Polizei. Zwei mutmaßliche Täter wurden festgenommen, die anderen konnten in Autos flüchten. Das Landespolizeipräsidium in Erfurt erklärte, der Überfall sei „geplant und straff geführt" worden.

Die Täter, die kurz vor Mitternacht in die Gaststätte eindrangen, prügelten nach Polizeiangaben auf die etwa 100 Gäste der Disco-Veranstaltung ein. Für Planung und straffe Führung des Überfalls spreche, daß die Skinheads mit CB-Funkgeräten ausgerüstet gewesen seien, um sich untereinander zu verständigen. Ein Polizeisprecher sagte, es handele sich um eine neue Qualität von Angriffen Rechtsradikaler.

Wie das Erfurter Landespolizeipräsidium am Sonntag weiter mitteilte, sind am Freitag abend vier vietnamesische Asylbewerber von acht bis zehn unbekannten Tätern überfallen und mit Faustschlägen und Fußtritten mißhandelt worden. In Hirschberg bei Schleiz schlugen Neonazis beim Streit um zehn DM Schulden den Wirt einer Gaststätte nieder.

In Köln haben unterdessen mehr als 40 000 Menschen mit einer Lichterkette auf den vier Rheinbrücken und entlang der Rheinufer ein Zeichen für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gesetzt. Zum Abschluß der Demonstration, die nach Angaben der Polizei friedlich verlief, läuteten die Glocken des Kölner Doms.

TSP 11.1.

Berliner Zeitung 11.1.93

Eine Demonstration gegen das Treffen der Burschenschaft in Jena löste die Polizei am Sonnabend vormittag gewaltsam auf. Foto: dpa

Eier für Lummer

Burschenschaft traf sich am Wochenende in Jena

Von unserem Mitarbeiter Holger Elias, Jena

Diesen Empfang hatte sich der Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer (CDU) in Jena wohl nicht träumen lassen. Über einhundert Linke und Autonome versperrten dem 60jährigen Politiker die Zufahrt zum Jenaer Volkshaus, in dem am Wochenende die Deutsche Burschenschaft tagte. Unter Polizeischutz drängelte er durch die skandierende Menge, beworfen mit faulen Eiern und anderen Gegenständen. Die Polizei hatte alle Hände voll zu tun.

Die Deutsche Burschenschaft, die sich zur Jenaer Tagung eingefunden hatte, wollte vor allem über die künftigen Aufgaben beraten. Der studentische Dachverband, der sich ganz offen zur Einmischung in politische Prozesse bekennt, zählt bundesweit gegenwärtig etwa 20 000 Mitglieder. Fünf der über 120 bundesweit und in Österreich ansässigen Verbindungen existieren in den neuen Ländern. Zu den 100 Mitgliedern gesellen sich nach Angaben des Pressesprechers Hans Heckel noch einmal bis zu 230 „Alte Herren" und Sympathisanten.

Eines der zahlreichen Themen sollte sich auch mit den Folgen einer multikulturellen Gesellschaft befassen. Eine solche wird von Hauptredner Heinrich Lummer strikt abgelehnt. Nach seinen Worten werde mit einer offenen Republik eine „latente Konfliktgesellschaft" geschaffen. Sie sei daher eine Utopie. „Die Zahl der Zuwanderungen hat deshalb auch permanent etwas mit der Fremdenfeindlichkeit zu tun", sagte der CDU-Politiker vor den 400 Delegierten. Indem man den einen das Menschenrecht auf Freizügigkeit ermögliche, nehme man dem anderen das Recht auf Heimat.

Heinrich Lummer und die Burschenschaftler fühlen sich als Gewissensgemeinschaft. Davon zeugte der langanhaltende Beifall für Lummers Ausführungen. Über künftige Aufgaben und Ziele konnten sich die Delegierten allerdings nicht einigen, denn die drei Hauptströme innerhalb der Burschenschaft offenbarten sehr verschiedene Ansichten. Einig waren sich die studentischen Vertreter allerdings darin, daß man Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen ablehne. Andererseits wird eine Wehrpflicht bejaht und militärische Einsätze unter UNO-Flagge befürwortet, solange „vitale Interessen des deutschen Volkes auf dem Spiel stehen".

AM 9.1.93 HABEN WIR EINEN
AUSFLUG INS GRÜNE GEMACHT
RITSCHE RATSCHE RACKER
HINÜBER IST DER BAGGER
DIESMAL IN STRAUSBERG
KAPUTTE SCHLÄUCHE + ELEKTRIK
DAZU ZUCKER IN DEN TANK
1 FEIERTAG FÜR MALOCHERS.

KEMMER LASS DIE FINGER
VON DER OBERBAUMBRÜCKE !!

AUTONOME NERVENSÄGEN

P.S. TECHNISCHER HINWEIS
FÜR DIE HYDRAULIKSCHLÄUCHE
BRAUCHT MENSCH EINE GUTE
EISENSÄGE INNEN IST EINE STABILE
METALLUMMANTELUNG

"Wir haben am 17.12. die geschäftsstelle der spd in göttingen entglast.

Wir haben diese aktion gemacht, um gegen die asylpolitik der spd zu protestieren. Diese politik hat zur folge, daß keine flüchtlinge mehr in die brd gelangen können, weil die brd sich durch eine mauer gegen ihre aufnahme abschottet.

Ausgenommen ist eine fest begrenzte zahl von "100 000 Werksvertragsarbeitnehmern", die für die deutsche wirtschaft von nutzen sind. Dies bedeutet eine neue qualität der ausbeutung von menschen.

Darüberhinaus verschlechtern sich die lebensbedingungen der flüchtlinge, die überhaupt noch hier aufnahme finden, sowie auch derjenigen, die bereits in der brd leben: Der bedarfssatz wird um 25% gekürzt; viele leistungen werden nur noch in sachwerten zur verfügung gestellt.

Durch die zustimmung zu dem "Kompromiß" hat die spd, die ja immer noch für sich in anspruch nimmt, "die Partei der Entrechteten" (Engholm) zu sein, mal wieder bewiesen, daß auch sie einen rechtsruck vollzieht.

kommando:lungenkrebs für engholm."



SEMINARREIHE DER GRUPPE FELS

ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS

Wir stellen immer wieder fest, daß wir politische Situationen kritisch erfassen können, es uns aber schwer fällt, Zusammenhänge zu begreifen. Wir wollen die Hintergründe - daß eben nichts unbedingt zufällig passiert, sondern mit System - begreifen, um besser zu verstehen, was sich in dieser Welt abspielt. Deshalb planen wir eine Seminarreihe mit Michael Heinrich, einem Dozent an der FU Berlin, zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kapitalismus.

Gedacht ist diese Reihe für Leute mit wenig Vorkenntnissen, aber viel Interesse, sich mit diesem Themenkomplex auseinanderzusetzen; nicht wie in der Uni oder Schule, passiv dazusitzen und Informationen eingetrichtert zu bekommen, sondern indem wir uns selbstständig Wissen vermitteln und aneignen.

- Theoretische Grundlagen (Was ist Profit? Welche Rolle spielt das Kreditsystem?)
- Historische Entwicklung (z.B. des kapitalisitischen Weltsystems nach dem 2. Weltkrieg)
- Gegenwärtige Tendenzen (Verschuldung des Trikont, EG)

sind Fragen, die sich uns grundsätzlich stellen und anhand derer wir diese Seminarreihe aufbauen wollen. Folgende vorläufige Themenbereiche ergeben sich für uns, die als eine Art roter Faden dienen können:

1. Kapitalismus, Klasse, Ausbeutung Hat Lohn etwas mit Leistung und Profit etwas mit Unternehmergeist zu tun? Gibt es Ausbeutung trotz hoher Löhne und Sozialstaat? Was finden wir am Kapitalismus eigentlich so schlecht, daß wir ihn abschaffen wollen?
2. Staat, Staatsgewalt und Paralament Was ist eigentlich der Staat, neutraler Schiedsrichter, Marionette des Kapitals oder etwas ganz anderes? Welche Funktion hat das Parlament und könnte die parlamentarische Opposition tatsächlich alles anders machen, wenn man sie nur an die Regierung ließe? Und welche Qual haben wir bei einer Wahl?
3. Geld, Kredit und Wirtschaftspolitik Wie funktionieren Geld und Kredit? Was machen Banken und Börsen? Und was hat die staatliche Wirtschaftspolitik damit zu tun?
4. Währung, Verschuldung und der IWF Wie funktioniert das internationale Währungssystem? Was sind die Ursachen der Verschuldungskrise und welche Rolle spielt der IWF?
5. Neuaufteilung der Welt Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts teilen sich die Sieger die Beute. Was fällt ab für die großen drei, USA, Japan und EG? Welche Konflikte gibt es zwischen ihnen und wie sieht es in der Zukunft mit Klassenkämpfen aus?

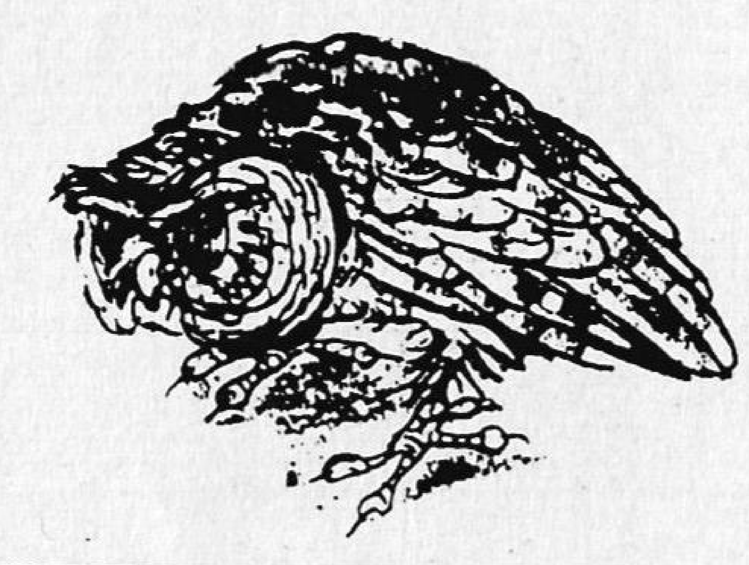
Wir haben vor, dieses Seminar einmal im Monat Sonntags stattfinden zu lassen.
Die Seminarreihe beginnt am:

24.1.93 um 12 Uhr im LAZ.
Crellestr.22,
1000 Berlin 62,
Nähe U-Bhf Kleistpark

mit dem Bereich "Kapitalismus, Klasse, Ausbeutung".
Kommt einfach vorbei. Ahoi.

Die Gruppe Fels (für eine linke Strömung) ist eine kleine aus 15- 20 Menschen bestehende Gruppe, die sich Ende 1991 gegründet hat. Wir versuchen unabhängig von bestehenden Parteien, Politik zu machen und haben auch nicht den Anspruch, eine zu werden. Wir gehören weder zur RIM, den Trotzkisten, Jusos oder sonstwelchen dogmatischen Gruppierungen. Mit Veranstaltungen wie dieser wollen wir uns und allen anderen Interessierten einen inhaltlichen Hintergrund für unsere politische Arbeit geben. Es reicht nicht, nur gegen das System zu sein, man muß es auch begreifen.

Linksradikale Drogenpolitik?



Beim Thema "Drogenpolitik" denken die meisten sofort an FixerInnen, Drogenelend u.s.f. Das ist eigentlich gar nicht selbstverständlich. Denn wenn wir über "Drogen" und "Drogenprobleme" diskutieren würden, müßten wir über Alkohol, Tabletten, Essen sprechen. Es gibt nur einen Grund, über FixerInnenszene und "Drogenelend" zu schreiben: Die herrschende Drogenpolitik, und nicht die konsumierten Drogen, hat eine dramatische Situation geschaffen.

Heroin ist gesund

Aus dem Heroinkonsum selbst (oder dem vergleichbarer Opiate) ergibt sich jedenfalls kein Grund, einen Artikel zu machen. Heroin ist - sauber verarbeitet und gut dosiert - gesund, jedenfalls gesünder als Alkohol oder Kaffee; es kann Spaß bringen, ist billig, wirkt schmerzstillend und beruhigend und verursacht keine bedenklichen Langzeit- und/oder Nebenwirkungen.

Ich bitte den vorigen Absatz ernst zu nehmen, auch wenn er angesichts der sozialen Lage, in der sich fast alle 100.000 Heroin-SpritzerInnen der BRD befinden, wie blanker Hohn erscheint: Denn fast alle Heroin-SpritzerInnen sind fehlernährt, obdachlos. verschuldet, krank - viele, möglicherweise über 60% sind HIV-positiv, können also AIDS-krank werden. Fast alle müssen regelmäßig in den Knast: Wegen Ladendiebstahl Schwarzfahren, Handtaschenraub, Autoknackerei und - Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Dieses Betäubungsmittelgesetz (BtmG) ist der zentrale Dreh- und Angelpunkt, der aus einer Gruppe von DrogenbenutzerInnen die kaputte, verelendete FixerInnenszene macht. Denn das BtmG kontrolliert nicht nur die Produktion und den Vertrieb von weit über 100 Stoffen, sondern es verbietet Gebrauch, Besitz und Weitergabe von bestimmten Drogen. Natürlich sind in diesem Katalog der verbotenen Stoffe weder Pornos, noch Kaffee, noch Alkohol, noch Autos, noch Ehen, noch Abführmittel, noch Schmerztabletten etc. aufgeführt. Nein, im BmtG sind *Rauschdrogen* aufgeführt, die in anderen Kulturkreisen zum Alltag gehörten und gehören, mit denen das gesellschaftliche Leben gestaltet und Arbeit angenehm wurde sowie Feiern anregend wirkten. Rauschdrogen, die im Kapitalismus zur Ware und damit zum Problem wurden. Das moderne bundesdeutsche BtmG nimmt aus historischen, politischen, sozialen Gründen eine willkürlich anmutende Gruppe von Substanzen heraus und kriminalisiert sie und ihre KonsumentInnen. Das ist der Kern des "Drogenproblems".

Drogen-Politik -Problem

Diese Thesen sind nicht neu. Und dennoch zeigt sich, wie wenig tief sie begriffen sind. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Stichwort "Drogentote". Die Zahl der Drogentoten ist in den letzten vier Jahren, und insbesondere 1989/90, dramatisch angestiegen. Was sind die Ursachen dafür?

BKA und Bremer Rauschgiftdezernat geben verschiedene Begründungen: Durch ein Überangebot an Heroin auf dem europäischen Markt wäre der Stoff "besser" geworden, d.h. sein Heroin-Anteil ist größer. Das führe zu Überdosen, da die Fixer die Zusammensetzung des Stoffes nicht kennen würden. Auch sei das Durchschnittsalter der "Drogentoten" neuerdings sehr hoch, knapp die Hälfte sei älter als 30 Jahre.

Zwischen den Zeilen liest sich das wie ein Beweis, wie gefährlich Heroin/Drogen doch seinen. Wer nicht durch unsachgemäßen Konsum stirbt, der hat aufgrund des Fixerdaseins eh nur eine Lebenserwartung von 30 Jahren. Der Bremer Drogenhilfeplan vom Juni 1990 resümiert: *"Festzustellen bleibt, daß der Konsum von Drogen ein ständiges Todesrisiko in sich birgt."*

In unserer Diskussion sind wir auf diese Argumentation hereingefallen: Wir diskutierten die internationale Handelswege, warum der Heroin-Preis denn falle, wie es zu Überangeboten komme, ob das mit der "Drogenpolitik" der USA zu tun habe und welche pharmakologischen Folgen Überdosierungen haben usw. Wir bemerkten gar nicht, daß wir damit die Irreführung des BKAs und der Drogenfachleute schon geschluckt hatten, wir diskutierten über *den Stoff*, als ob er die Quelle des Problems sei.

Unsere Fragen waren sicher interessant unter dem Thema "Weltwirtschaftsordnung" oder "Ökonomische Konkurrenz zwischen staatlichen und grauen Märkten" o.ä. Sie lenkten aber vom Problem ab. Denn es starben im letzten Jahr nicht Frauen und Männer, nicht weil es ein Überangebot an H gab, sondern **weil sie den Stoff illegal organisieren, erwerben und konsumieren mußten.** Viele bringen sich selbst um, zermürbt und resigniert durch Knast und Zwangstherapie. Es gäbe keineN unfreiwilligeN ToteN, gäbe es H in der Apotheke für ca. 3 DM (so hoch wäre der Herstellungspreis) mit sterilem Spritzbesteck. Auf der Packung könnte die Zusammensetzung gelesen werden [meinetwegen mit Warnung des Bundesgesundheitsministers - d. Setzer], und FixerInnen sich ihren Kick setzen, ganz nach ihren Bedürfnissen. [...]

Es sind nicht die Eigengesetzlichkeiten des illegalen Marktes, die jährliche Hunderte umbringen, sondern die Illegalität des Markts. **Nicht die Droge birgt ein ständiges hohes Todesrisiko, sondern das Betäubungsmittelgesetz und seine Anwendung.**

Das BtmG zwingt die meisten, wenn nicht genügend H organisierbar ist, anderes zu schlucken: Barbiturate, Alkohol, Schlaftabletten etc. Das erst hat die schlimmen gesundheitlichen Folgen. [...]

Legalize it...aber...

Es ist klar: Die dringendste Forderung ist die nach totaler Legalisierung des Drogenkonsums, nach der Freigabe von H, Cannabis und auch Methadon (was konsumiert wird, ist letztendlich Geschmacksfrage). Sicher stimmen mit dieser Forderung viele ExpertInnen überein, auch in autonomen Kreisen hat sich diese radikal scheinende Forderung durchgesetzt. Nur eins will ich sofort anfügen: radikal im Sinne von an der Wurzel ist diese Forderung nicht. Legalisierung von Heroin ist einzig und allein eine akute lebensrettende Maßnahme für die FixerInnen in der BRD.

Unter dem Gesichtspunkt würde ich alles befürworten, was uns diesem Ziel näherbringt: Schaffung von Wohnmöglichkeiten, Kontaktangebote ohne Bedingungungen von "Drogenfreiheit", offen zugängliche "Druckräume", in denen KonsumentInnen von der Polizei ungestört unter hygenischen Bedingungen spritzen können, ausreichende medizinische Versorgung und auch bedingungslose Ausgabe von Methadon für die, die von Heroin oder "Mehrfachabhängigkeit" wegwollen. Denn eins ist klar: Sowenig wir über die ursprünglichen Gründe der einzelnen wissen, warum sie Heroin und ähnliches ausprobierten und dabeigeblieben sind - so fest steht: Die *aktuellen* Probleme der DrogenkonsumentInnen sind im repressiven BtmG begründet.

Nicht um das Problem letztendlich zu lösen, sondern lebensgefährliche Ansteckungen zu vermeiden, wurden vom Arbeitskreis Kommunale Drogenpolitik [Bremen] Automaten für steriles Spritzbesteck aufgestellt. Fast alle AIDS-Hilfen in der BRD haben inzwischen das Beispiel aufgegriffen. Das hat deswegen so große Bedeutung, weil es einer Teil-Legalisierung gleichkommt. Das Aufstellen solcher Spritzenautomaten ist von den AIDS-Hilfen oft gegen den Widerstand der örtlichen Kripo und Staatsanwaltschaft durchgesetzt worden und heute in den meisten Bundesländern toleriert.

Die Dringlichkeit sofortiger lebensrettender Maßnahmen haben die AIDS- und wenige Drogenhilfen mit dem Auftauchen von AIDS-Erkrankungen in der Szene begriffen. Frisch gebrauchte Spritzen stellen ein erhebliches Ansteckungsrisiko dar. Für die KonsumentInnen stellen die Spritzen aber noch ein ganz anderes Risiko dar: Denn schon allein der Besitz von Spritzbesteck kann nach BtmG strafbar sein, und die Organisierung von Spritzen für FixerInnen ist Beihilfe zum "Drogenmißbrauch" - und ebenfalls strafbar. Weil die KonsumentInnen schnellstens diese heiße Ware los werden müssen, landen die gebrauchten Spritzen oft da, wo sie verwendet wurden: Auf Spielplätzen, in Parks. Auch hier wieder: Das BtmG hat das Problem geschaffen, nicht die DrogenkonsumentInnen.

Umdenken in der Drogenhilfe

Denn auch bei den DrogenreferentInnen, -beauftragten und PolitikerInnen hat sich einiges getan. Sie stehen vor einer Gruppe von 100.000 Frauen und Männern, die die Knäste belegen, nicht mit Entzug oder "Psychodrama" therapierbar sind, jährlich für x-Millionen DM Geld illegal organisieren müssen, keiner Lohnarbeit nachgehen und wie Eiterpickel die sterile Ordnung der Innenstädte stören. Zwanzig Jahre repressiver bundesdeutscher Drogenpolitik haben nichts daran geändert, sie haben uns nur einen Haufen ExpertInnen und einen riesigen Polizeiapparat beschert.

Das "Problem", das die Bundesregierung 1971 dazu veranlaßte, Opiate zu illegalisieren, *"um der Rauschgiftwelle in der BRD Einhalt zu gebieten und damit große Gefahren vom Einzelnen und der Allgemeinheit abzuwenden"* sollte gar nicht gelöst werden.

Aber das Ziel, das sich die Bundesregierung mit ihrem neuen BtmG setzte, das Ziel wurde erreicht: *"Es geht darum, die Familie vor der Erschütterung zu schützen, die ihr durch ein der Rauschgiftsucht verfallenes Mitglied droht. Es geht schließlich darum, die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft nicht gefährden zu lassen."* Das Ziel konnte erreicht werden, der Staat ist weiterhin funktionsfähig.

Der eigentliche Sinn, warum Frauen und Männer Opiate rauchen und spritzen, nämlich den schweinefleischabgefüllten Doitschen den Arsch zu zeigen und sich den Verwertungszwängen in Schulen, Handwerksbetrieben, Fabriken und Unis zu entziehen, sozusagen dem Staat davonzuschweben - dieser Sinn existiert nur noch in matter Erinnerung. Die Illegalisierung des Drogenkonsums hat die politischen Optionen zerrieben, hat statt den Staat die Leute zerstört.

Aber das Problem, das in der Öffentlichkeit sichtbare "Rauschgiftproblem" ist nicht nur geblieben, der Repressionskurs des Staates hat daraus erst wirklich ein sichtbares Problem gemacht. 100.000 verhärmte Gestalten stören die Empfindsamkeit. Ob sie wollen oder nicht, zumindest die PolitikerInnen müssen so tun, als ob sie jetzt endlich "helfen" wollen.

Die politische Administration reagiert damit auch auf den Druck der SozialarbeiterInnen in den Drogenhilfen, Gesundheits- und Sozialämtern. Sie alle sind nach 20 Jahren gutem Geschaft, aber Null-Erfolg am Ende. Die, die ihren Job einigermaßen ernst nehmen, verfluchen den Kreislauf Szene-Knast-Therapie-Abbruch-Szene und werfen das Handtuch. Oder die, die in den Therapiestationen ihr Geld verdienen, sorgen sich um ihre Arbeitplätze. Viele Drogis bleiben lieber im Knast, als sich einer unwürdigen Therapie zu unterziehen, die ihre "FixerInnenidentität" zerstören soll, um sich anschließend eine "Otto-Find-Ich-Gut-Identität" aufbauen zu lassen

Sie alle, Drogen- und GesundheitspolitikerInnen, SozialhelferInnen, Verbündete der Junkies oder gruppendynamische Geschäftemacher: So verschieden ihre Standpunkte sind, so sehen alle das Scheitern der bisherigen Drogenpolitik und fordern "umdenken" und "umorientieren".

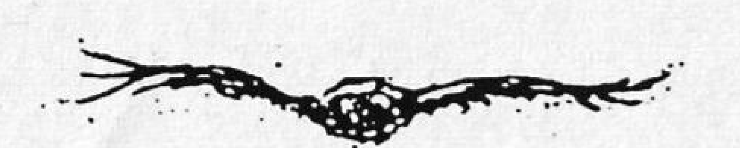
Widerstand der Staatsgewalt

Nur eine Fraktion im "Drogenkrieg" wertet die letzten 20 Jahre Drogenpolitik nicht als Scheitern: BKA, Drogendezernate und Sonderkripos. Sie alle sind die eigentlichen Kriegsgewinnler.

Es würde hier zu weit führen, aufzuarbeiten, wie sich allein das BKA mit dem Hinweis auf das "Drogenproblem" von einer kleinen Bundespolizei ab Anfang der 70er Jahre zu einer der mächtigsten Polizeibehörden der Welt gemausert hat. Die Drogendezernate waren und sind

heute bedingt immer noch der Wachstumsfaktor der Branche. Das BKA *"berät"* international in der *"Rauschgiftabwehr"*. Gemeint ist dabei alles von Aufstandsbekämpfung über sozialstaatliche Überwachung bis hin zu Bürgerkriegsszenarien. Das BKA betreibt einen effektiven natur- und sozialwissenschaftlichen Apparat, der immer mehr in der Lage ist, Abläufe der zivilen Gesellschaft zu "verstehen", soziale Krisen zu durchschauen und zu "meistern". Die eigentliche Drogenszene interessiert dabei nur als auswertbare, da total überwachte Randgruppe.

BKA, Landes- und lokale Behörden haben also vielfältige Interessen am status quo. Insgesamt zielblind, ist in der Gesamtheit der Polizeiaktivitäten der Apparat in der Lage, sich zu beschäftigen, sprich Planstellen zu sichern, dazu notwendige "Erfolge" vorzuführen, Technologie und Logistik aufzubieten - um sich als repressiver Apparat immer wieder zu reproduzieren. (vgl. dazu den Kasten zu geheimdienstlichen Polizeimethoden)



Linksradikale Drogenpolitik

Mit FixerInnen zu reden, sich solidarisch zu verhalten, ist schwer. Zu entfernt ist uns oft diese Welt, die sich unter der ständigen Repression organisiert. Zuerst sind es immer die gleichen Heldengeschichten, Coolheiten, Stories aus Dichtung und Wahrheit. Die politische und persönliche Perspektivlosigkeit bestimmt den Lebensalltag, strukturiert Gespräche und Beziehungen. Aber wenn eine wirkliche Beziehung aufgebaut ist, taucht hinter den Phrasen eine Person auf, die im destruktiven Szenealltag fast verschüttet ist.

Betäubungsmittelgesetz

Das Betäubungsmittelgesetz (BtmG), wie wir es heute kennen, wurde erst 1971 geschaffen. Die damalige Bundesregierung reagierte auf die Ende der 60er entstandene Jugendprotestkultur. Verstanden die Jugendlichen ihren Drogenkonsum als alternative Kultur zu der herrschenden, so hatte es der "Gesetzgeber" genau auf diese Kultur abgesehen: Haschisch und anderes zu kaufen oder verkaufen, besitzen und sogar rauchen wurde verboten. Indem die Stoffe illegalisiert wurden, waren die KonsumentInnen kriminalisiert.

Ein ganz neuer Markt entstand: Man hockte nicht mehr in Gruppen zusammen, um gemeinsam die Pfeife herumzureichen und die nötigen paar Mark zusammenzuwerfen. Jetzt mußte sich jedeR individuell und unter großen Risiken versorgen. Und da der illegale Markt ein großes Risiko birgt, mußten für die Händler große Verdienstspannen abspringen. Heroin ist ein idealer Stoff für den illegalen Markt, weil der Stoff durch viel Händler immer wieder streckbar, änderbar, verdünnbar ist.

Die Preise stiegen ins unermeßliche. 500-900 DM muß einE KonsumentIn täglich aufwenden. Verarmung, Verelendung, Kleinkriminalität, Unterernährung, Obdachlosigkeit waren und sind die direkten Folgen des Betäubungsmittelgesetzes.

Mit polizeilich repressiven Mitteln konnte der Staat sein selbst geschaffenes Problem nicht lösen - das BtmG abzuschaffen, wollte er aus politischen Gründen nicht. 1982 mußte das völlig sinnlose Gesetz "reformiert" werden. Unter dem Stichwort "Therapie statt Strafe" wurde versucht, die Knäste zu entlasten und den sich herausbildenden Therapiesektor in staatliche Programme einzubeziehen. Die betreffenden Einrichtungen wurden vom Gesetzgeber anerkannt, wenn sie bestimmte Sicherheitsauflagen erfüllten, ein bestimmtes Therapiekonzept durchzogen und ihrer Meldepflicht gegenüber Staatsanwaltschaft und Polizei nachkamen. Die meisten Therapie-Farmen machten begeistert mit - sie mußten selbst nicht mehr auf Kundenfang gehen, sondern bekamen ihre Kunden frisch aus den Knästen zugewiesen.

Heute handhaben die Therapieträger die Zusammenarbeit sehr unterschiedlich. Einige vermeiden die enge Zusammenarbeit mit den Behörden - andere nehmen sogar nur "Klienten" auf, die sich vor Gericht bis zur Selbstverleugnung "reumütig" gezeigt hatten, also schon gebrochen waren, bevor siein die Therapie gingen.

Die Novellierung von 1982 hat den Kern des BtmG nicht entscheidend verändert. Immer noch ist das zentrale Mittel staatlicher Drogenpolitik die Kriminalisierung der KonsumentInnen. Zwar ist heute das gesamte Drogenhilfssystem in eine Krise geraten - die längst fällige Abschaffung des BtmG ist aber nicht in Sicht.

Hier im Bereich "Drogenabwehr" werden die neuesten Raffinessen erprobt: Überwachung, Observation, gleichzeitiger Einsatz repressiver und sozialer Instrumente und ihre Wechselwirkung, länderübergreifende Fahndung, Koordinierung eurpäischer Repressionsorgane - aber auch die gezielte Informations- und Repressionspolitik, die abwechselnd seuchen- oder ausländerrechtliche Konsequenzen provoziert.



Lebensgeschichten, Lebensbrüche machen aus lichtlosen Gestalten, die allenfalls unser kostenloses Mitleid bekamen, ernstzunehmende Männer und Frauen. Einige von ihnen sind GenossInnen, einige sind interessant, andere Spießer, voller Rassismen oder Feiglinge, manche kämpferisch, feministisch, selbstbewußt. Eben wie im richtigen Leben. Das ist das erste, was wir lernen müssen: DrogenkonsumentInnen als Persönlichkeiten wahrzunehmen.

Das zweite: Die besondere soziale Situation erfordert besondere Lebensstile. Totale Illegalisierung, dramatische gesundheitliche und soziale Probleme, Herrschafts- und Machtverhältnisse untereinander - notwendig geworden durch permanente Präsenz von Polizei, Ermittlung, Knast. Hier helfen platte Sprüche wie "Dealer raus!" nichts. Denn das BtmG zwingt alle KonsumentInnen zu "dealen". Hier hilft auch nicht das gutgemeinte laissez-faire-Argument "wir sind doch alle irgendwie ein Stück weit süchtig". Denn wir haben gesehen, daß das Problem nicht in der "Sucht" liegt, was immer das sein mag, sondern in dem, was Recht und Gesetz ist. Wir sind zwar alle "irgendwie" süchtig, aber einige kommen dafür in den Knast oder sterben schwer erkrankt oder mit falschem Stoff vergiftet, **weil "der Staat" das so will.**

Aufstandsbekämpfung?

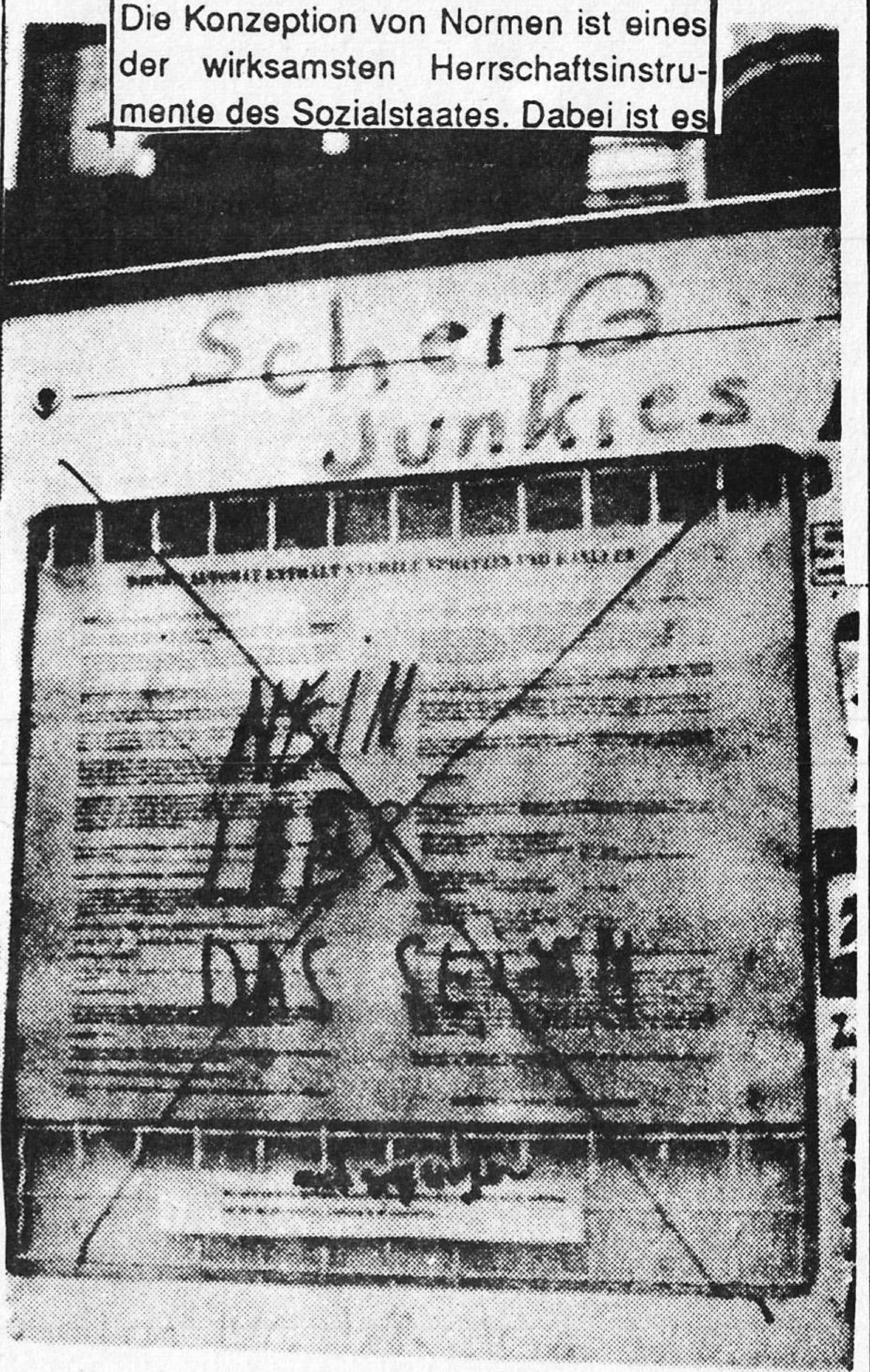
Auch halte ich nichts davon, herrschende Drogenpolitik als geheimes "Aufstandsbekämpfungsprogramm" gegen linksradikale Projekte in der BRD zu begreifen. Zwar tauchen immer wieder Junkies in besetzten Häusern auf, werden immer wieder gezielt soziale Widersprüche in autonomen Projekten geschürt. Auf dem Höhepunkt der Häuserkampfbewegung zum Beispiel war zu beobachten, wie durch Lenkung der Kripo-Aktivitäten die FixerInnen-Szene räumlich in die Nähe der Polit-Punk-Szene bugsiert wurde. [...] Aber das massenhafte Vollstopfen mit Heroin u.ä., die Lähmung ganzer communities, wie wir es aus den USA kennen, findet in der BRD nicht statt. Der deutsche Staat hat ein ganz anderes Instrumentarium entwickelt, Opiate sind ihm da nicht so zentral.

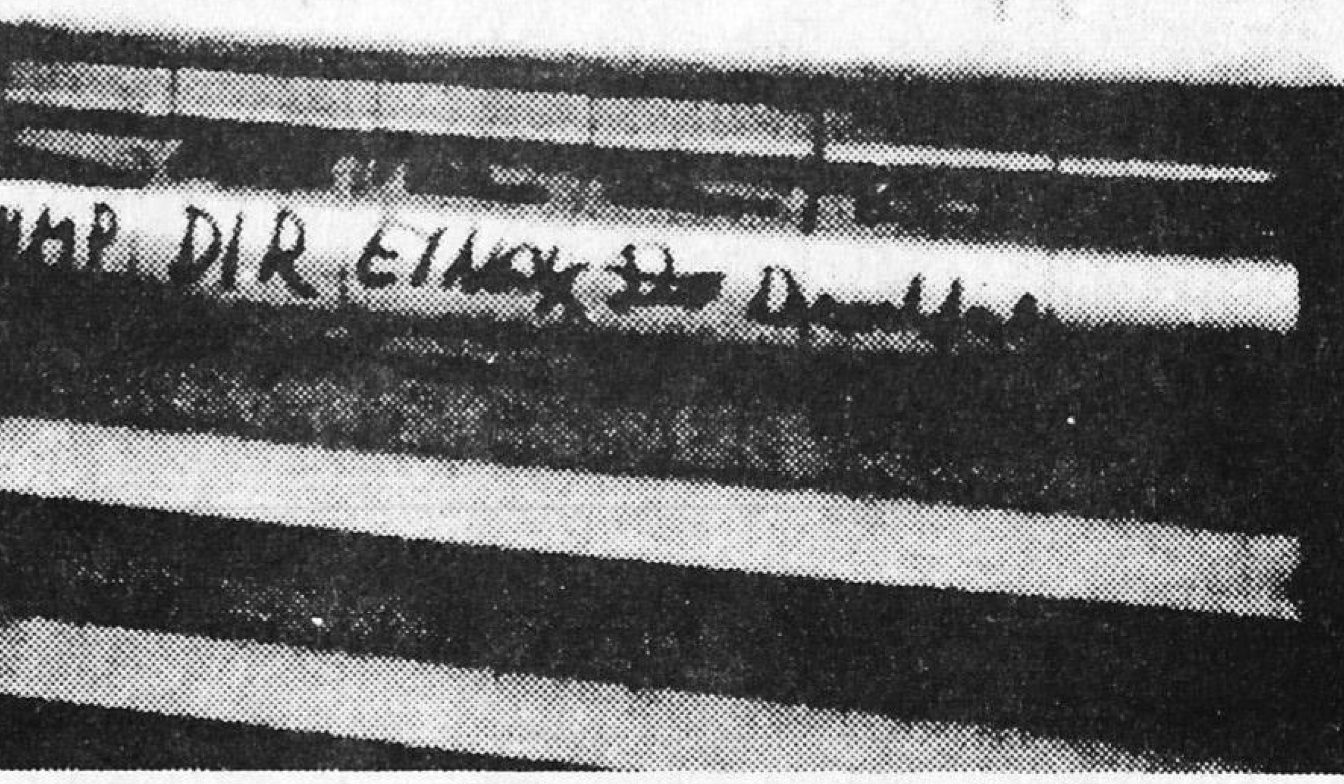
Die staatliche Repression gegen die FixerInnen-Szene ergibt als "Aufstandsbekämpfung" auch gar keinen Sinn, das ist nicht das Feld, auf dem "der Staat" sich durchsetzen müßte. Auch hier wieder ein entscheidender Unterschied zur Situation in den Ghettos der USA.

Normierung und Kontrolle

Mir scheint da ein anderer Aspekt viel bedeutender, ein Aspekt, der mit der Freigabe von Heroin, mit Methadonprogrammen u.ä. nicht be- oder angegriffen wird. Nachdem DrogenkonsumentInnen in den 70ern als gefährliche Staatszersetzer gesehen und in den 80ern wie Verbrecher verfolgt wurden, gelten sie nun als "Kranke", die therapiert, behandelt, geheilt werden müssen. Ihre Krankheit: Abweichung von einer Norm, der spezifischen Norm der bürgerlichen Gesellschaft, die das kontrollierte, rational handelnde, langfristig planende, in seinen Affekten gedämpfte Individuum erfordert.

Die Konzeption von Normen ist eines der wirksamsten Herrschaftsinstrumente des Sozialstaates. Dabei ist es





Spritzenautomat in Berlin (Photo: Bildarc

nicht so, daß staatliche Stellen "Persönlichkeitsnormen" ausgeben, vielmehr erwächst die Macht zur Normierung in schon bestehenden Herrschaftsverhältnissen. Wirksam ist "Normierung", weil sie nicht von außen per Gesetz verordnet, sondern in einem bestehenden Gewaltverhältnis von den Individuen verinnerlicht wird.

Ehefrauen, die sich dem jahrzehntelang eingespielten Gefüge von emotionaler und sexueller Ausbeutung durch ihren Mann untergeordnet haben und irgendwann einmal ausflippen, halten sich selbst für "hysterisch" - das muß ihnen nicht einmal jemand sagen. Und FixerInnen sehen ihr Leben selbst als gescheitert, weil sie "nichts zustande" gebracht haben. "Normierung" vereinzelt und entmachtet, weil sie gesellschaftliches Scheitern zu einem persönlichen macht.

Normierung erfordert Kontrolle. Im Bereich der "Drogenpolitik" ist dies besonders sichtbar. Nicht nur Justiz und Polizei durchleuchten, überwachen, kontrollieren - sondern auch Medizin, Psychiatrie, Psychologie. Die Drogenszene aber ist nur ein Bereich gesellschaftlicher Realität. Und deshalb ein herausragender, weil der Sozialstaat auch massiv gewalttätig und lebensbedrohend Drogenkonsum angreift.

Normierung und Kontrolle sind die zentralen Begriffe, mit denen Herrschaft im modernen Sozialstaat erfaßt werden kann. Sich gegenseitig bedingend sind Normierung und Kontrolle ein Angriff auf die Möglichkeit jeder/s einzelnen, sich zum Subjekt der Geschichte zu machen.

Hier schließt sich der Kreis zur Bemerkung am Beginn des Textes: Drogenkonsum und "Suchtverhalten" ist in der ganzen Gesellschaft verbreitet und für viele der Versuch, die Defizite, die diese Gesellschaft ihnen aufzwingt, zu kompensieren - das ausgehöhlte Leben in den Metropolen zu ertragen, die versteckten und offenen Gewaltverhältnisse zu überleben.

Darüber zu sprechen und zu reflektieren, ist ein Ding und auf dieser Ebene gibt es keine Unterschiede zwischen FixerInnen und dem Rest der Bevölkerung - ein anderes Thema ist, die Besonderheiten der FixerInnenszene zu diskutieren. Dann sprechen wir nicht über Drogen, Konsum oder Kultur - sondern über Drogengesetze, Kriminalisierung und Zwangstherapie.

J.v.d.Leyden

(gekürzt aus kassiber - bremer stadtzeitung - Nr. 12, Februar/März 1991)



Ein Beitrag zur Drogendiskussion...

Verdeckte und offene Polizeirepression im Viertel - massive Mobilisierung der Viertelbewohnenden: Wenn der Senat das Ganze finanzierte, würden die meisten von ihnen "ihren" Stadtteil lieber heute als morgen einzäunen, ganz wie die Grundschule Schmidtstraße, den Weberpark, verschiedene Parkplätze, Innenhöfe... Einlaß gäbe es dann nur noch mit Schlüssel oder nach Gesichtskontrolle (Kriterien: weiß, einkaufsfreudig, sauber, mittelständisch).

Menschen, die von den Demos, bei denen es um das wirkliche Elend der Welt geht, schon lange verschwunden sind, haben die Straße für sich wiederentdeckt und wenden sich nun engagiert gegen das "Elend vor ihrer Haustür" und die "Verslumung des Viertels". Tatsächlich gibt es eine Verslumung im Sinne einer Verelendung, aber die betrifft die Frauen und Männer, die auf der Straße leben und nicht die "sauberen" ViertelbewohnerInnen mit ihren denkmalgeschützten Häuschen. Es geht also ums Viertel, um "ihre" Straßen, die nicht "verslumen" sollen und um sie selbst, die sich als die eigentlichen Opfer der Bremer Drogenpolitik begreifen. Was mit den Junkies passiert ist egal - Hauptsache, die verschwinden, was z.B. die Tatsache beweist, daß die Forderungen nach Verbesserung der Lebenssituation von Junkies immer leiser werden. Eine Lobby für Junkies gibt es nicht. Im Gegenteil - in jedem Stadtteil, der auch nur in Erwägung gezogen wird als Standort für Drogenhilfeeinrichtungen, Straßenstrich, Wohncontainer etc., bildet sich innerhalb von Stunden eine AnwohnerInneninitiative, mit dem Ziel, die Junkies aus "ihrem" Stadtteil fernzuhalten. Frauen und Männer, die über die Situation im Viertel und anderswo zwar nicht glücklich sind, aber einen dreckigen Vorgarten und Kondome kennende Kinder den Repressionenen gegen Junkies immer noch vorziehen, schweigen, ebenso wie die radikale Linke, die sich noch nicht einmal über die Wichtigkeit dieses Themas einigen kann.

Kriminalisierung und "Drogenelend"

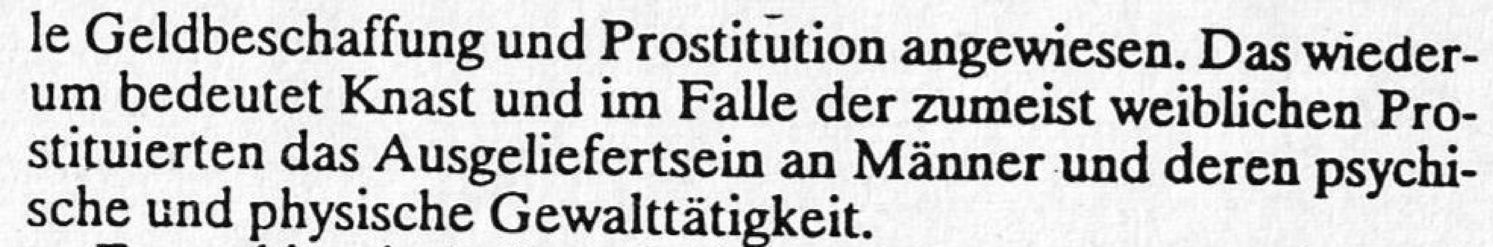
Das inzwischen in bürgerlichen Kreisen relativ weit verbreitete offensive Vorgehen gegen Junkies und Drogenprostituierte, die Verachtung ihnen gegenüber und das gleichgültige Schweigen über Ausgrenzungs- und Vertreibungsaktionen auch in weiten Teilen der linken und feministischen Szene können nicht nur auf das jeweilige persönliche Interesse der AktivistInnen und ihrer stummen UnterstützerInnen reduziert werden. Vielmehr speisen sich die allermeisten der gegen Junkies und illegalen Konsum von Heroin gerichteten Argumentationen auch aus Unkenntnis und Fehlinformationen.

In weiten Teilen der Öffentlichkeit beherrscht ein Zerrbild der/des vermeintlich typischen Junkie die Wahrnehmung: Dieser Vorstellung zur Folge seien Junkies Menschen, die aus ihrer zumeist trostlosen Realität in die Welt der Drogen geflüchtet seien; dort drehe sich alles nur noch um die Droge, von der seien die Junkies körperlich abhängig, zudem verursache sie auch den körperlichen und geistigen Verfall der Junkies. Im Kern beruht diese Vorstellung auf einer Dämonisierung von illegalen Drogen, die für sämtliche Probleme der Junkies verantwortlich gemacht werden. Die Gesellschaft kommt in diesem Szenario - wenn überhaupt - nur insoweit vor, als daß sie der ursprüngliche Anlaß ist, Drogen zu konsumieren.

Genau dieser herrschenden Auffassung gilt es entgegen zu treten. Ihr liegt nicht nur ein falsches Bild von illegalen Drogen und deren KonsumentInnen zugrunde, sondern auch eine Ausblendung des Betäubungsmittelgesetzes (BTMG) und anderer gesellschaftlicher Faktoren als entscheidende Ursachen des Elends vieler Junkies.

Durch das 1971 verabschiedete BTMG, das den Besitz und daher auch den Konsum bestimmter Drogen unter Strafe stellt, wird ein gesellschaftlicher Rahmen für den Konsum bestimmter Drogen geschaffen, an dem viele Junkies zugrunde gehen: Durch die Kriminalisierung ist der Drogenhandel zu einem ungemein schwierigen und risikoreichen Geschäft geworden, infolgedessen auch die Preise in die Höhe geschnellt sind. Alle, die nicht genug verdienen oder sich anderweitig Geld beschaffen können, sehen sich sehr schnell in die soziale Armut (Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit ...) abgedrängt. Für die Finanzierung ihres Drogenkonsums sind sie auf illegale Geldbeschaffung und Prostitution angewiesen. Das wiederum bedeutet Knast und im Falle der zumeist weiblichen Prostituierten das Ausgeliefertsein an Männer und deren psychische und physische Gewalttätigkeit.

Fernerhin sind die mit der Beschaffung eines illegalen Stoffes verknüpften Schwierigkeiten wie Versorgungsengpässe oder Geldprobleme dafür verantwortlich, daß Junkies nicht nur Heroin konsumieren, dessen körperliche Gefährlichkeit bis heute nicht nachgewiesen werden konnte, sondern auch legale, für ihre Schädlichkeit bekannte Stoffe wie Tabletten und Alkohol. Schließlich ist der nicht kontrollierbaren Illegalität des Heroinhandels, sowie dessen komplexem Aufbau nach dem Schneeballsystem der Umstand geschuldet, daß der Stoff in aller Regel gestreckt, d.h. mit anderen, weniger wertvollen Substanzen vermischt, wird. Diese Verunreinigung ist zuweilen nicht nur gesundheitsschädlich, sondern führt auch zu ungewollten und nicht selten tödlichen Überdosierungen; immer dann, wenn der Stoff - aus welchen Gründen auch immer - unerwartet rein ist.



Das vielbeschworene Drogenelend wurzelt nicht im Heroin selbst, sondern in einer durch das BTMG erzwungenen Lebenssituation:

- das Leben auf der Straße,
- ein unberechenbarer Lebensrythmus, der auf körperliche Bedürfnisse wie regelmäßiges Essen und Schlafen keine Rücksicht nehmen kann,
- das Einnehmen verschiedenster, vor allem in ihrer oft willkürlichen Kombination schädlicher Drogen,
- die mit der Prostitution einhergehenden emotionalen und physischen Belastungen und Verletzungen,
- die die Persönlichkeit angreifenden Knastaufenthalte,
- die durch gemeinsames, weil kriminalisiertes Spritzbesteck übertragenen Krankheiten und
- das häufige Beschäftigtsein mit der Beschaffung des Stoffs, das wenig Raum läßt für andere Formen der Aktivität und Kreativität. All diese, durch das BTMG hervorgerufenen Schwierigkeiten sind es, die den Kern des "Drogenelends" ausmachen.

Die Tatsache, daß nicht das Heroin selbst, sondern die künstlich geschaffenen Rahmenbedingungen das "Drogenelend" erzeugen, wird auch dadurch bestätigt, daß in der BRD ungefähr die Hälfte derjenigen, die illegale Drogen konsumieren, nicht statistisch erfaßt sind. Viele dieser für die Umwelt nicht als Junkies wahrnehmbaren Männer und Frauen können aufgrund ihrer sozialen Absicherung ihren Heroinkonsum so finanzieren, daß sie nicht die - eigentlich immer dem Heroin zugeschriebenen - Symptome der körperlichen und sozialen Verelendung entwickeln.

Der Mythos "Sucht"

Neben der Kriminalisierung des Drogenkonsums durch das BTMG, gilt es auch die vermeintliche Suchtwirkung näher zu beleuchten, die immer wieder als Kernproblematik geschildert und deshalb auch als Vorwand benutzt worden ist, einige, angeblich besonders gefährliche Suchtstoffe zu kriminalisieren.

Jene zumeist als unhinterfragte Selbstverständlichkeit behauptete Eigenschaft des Heroins, körperliche Abhängigkeit zu erzeugen, der die KonsumentInnen weitestgehend wehrlos ausgeliefert seien, muß nämlich -genauso wie die vermeintliche Schädlichkeit- als Mythos zurückgewiesen werden. Denn bis heute gibt es keine eindeutige Definition oder Beschreibung, was Sucht bzw. Abhängigkeit überhaupt ausmacht. Einigkeit besteht unter den kritischen ExpertInnen lediglich darüber, daß sich der Drogenkonsum nicht auf die körperliche Abhängigkeit von einer chemischen Substanz reduzieren läßt. Diese Abhängigkeit gibt es zweifelsohne auch - nur ist sie vernachlässigbar. Das wird nicht nur durch die Tatsache bewiesen, daß viele Junkies ihren Heroinkonsum nach 15-20 Jahren von sich aus aufgeben, was wohl kaum möglich wäre, gäbe es eine tatsächlich nur sehr schwer zu überwindende körperliche Abhängigkeit. Vielmehr weist auch der Umstand, daß



viele ehemalige AlkoholikerInnen oder Junkies nach ihrer, in der Regel nicht mehr als zwei bis drei Wochen dauernden "Entgiftung", in der die körperliche Abhängigkeit aufgehoben wird, einen Rückfall erleiden, daraufhin, daß es neben der körperlichen Abhängigkeit noch etwas ganz anderes geben muß, was den Drogenkonsum attraktiv erscheinen läßt.

Unter jenem anderen gilt es, sich die mit dem Heroinkonsum einhergehende Lebensweise vorzustellen. Es geht mit anderen Worten um die Drogensubkultur, in der zu leben vielen Menschen ganz offensichtlich ein Anliegen ist. Hinter jenem Wunsch steht allerdings nicht ein extravagantes oder exotisches Bedürfnis der HeroinkonsumentInnen. Vielmehr liegt diesem Wunsch die Hoffnung zugrunde, auf der Basis des Heroinkonsums und der sich um diesen gruppierenden Subkultur ganz grundlegendfe emotionale und soziale Bedürfnisse zu verwirklichen, die alle Frauen und Männer gemeinhin anderweitig zu befriedigen verstehen.

Eine solche Sichtweise des Heroinkonsums bedeutet, die Junkies nicht als Marionetten ihrer körperlichen Sucht zu begreifen, sondern als aktiv Handelnde, die mit Hilfe des Drogenkonsums - als eine Möglichkeit unter verschiedenen - ganz bestimmten Verhältnissen etwas entgegenzusetzen versuchen. Verhältnissen nämlich, die sich wesentlich durch die allgegenwärtige Unterdrückung von Kindern in patriarchal-kapitalistischen Gesellschaften auszeichnen: Die emotionale, psychische, physische und sexuelle, vor allem gegen Mädchen gerichtete Gewalt, ist ein sich durch alle Klassen ziehendes Phänomen. Unsicherheit, Depressivität, mangelndes Selbstwertgefühl, Aggressivität usw. können die Folgen solcher Gewalttätigkeiten sein. Mit dem Konsum von Heroin versuchen viele Jugendliche jenen Auswirkungen von Gewalt durch Eltern und andere Erwachsene zu begegnen. Ihr Ziel ist es dabei nicht, wie immer wieder behauptet wird, sich abzukapseln, um im Drogenrausch ihre Lage zu vergessen, sondern im Vordergrund steht der - nicht immer bewußte - Wunsch nach Kontakt, Sinnlichkeit, Anerkennung und gemeinschaftlichem Erleben. All das sind Bedürfnisse, die Jugendliche hoffen im Drogenkonsum und den damit verknüpften sozialen Zusammenhänge zu befriedigen.

Da illegale Drogen sozial geächtet und zudem als äußerst gefährlich eingeschätzt werden, sehen Jugendliche sich oft entweder sofort mit Ausgrenzung und Stigmatisierung konfrontiert oder werden nur noch über ihren Drogenkonsum definiert, sobald dieser bekannt wird.

Anstatt mit Hilfe der neu erworbenen Erfahrungen Anschluß und Kontakt zu finden und darüber reden zu können, verschlechtern sich die Beziehungen zu FreundInnen, Eltern, LehrerInnen usw. Nicht nur weil diese dem Drogenkonsum ablehnend gegenüber stehen, sondern auch, weil Erwachsene das, was sie jahrelang versäumt haben, nicht plötzlich nachholen können. Damit ist die gesellschaftliche Ausgrenzung abgeschlossen: Eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konsum illegaler Drogen findet nicht statt. Frauen und Männer werden zu "Junkies" gemacht.

Neben dieser Ausgrenzung sind die NeueinsteigerInnen durch die in der Kriminalisierung wurzelnden Beschaffungsprobleme von ihrem Konsum derart in Beschlag genommen, daß sie sich allein schon aus Zeitgründen aus ihren alten Bindungen abzulösen beginnen. Das Ergebnis dieses wechselseitigen Aus- und Abgrenzungsprozesses ist für alle die, die ihren Drogenkonsum illegal zu finanzieren gezwungen sind, der weitgehende Wechsel in die Drogensubkultur. Diese stellt - so unverständlich das für Außenstehende auch sein mag - nicht nur einen Orientierungsrahmen zur Verfügung, sondern kann auch Bedürfnisse befriedigen: Die DrogenkonsumentInnen befinden sich hier unter Gleichgesinnten, die sich gegenseitig anerkennen und verstehen, hier erleben sie den Drogenrausch, der zwar nicht mehr, wie am Anfang des Konsums erhofft, der Bewußtseinserweiterung oder der Stärkung der Kommunikationsfähigkeiten dient, aber nichtsdestotrotz weiterhin einen sinnlichen Genuß darstellt.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Drogensubkultur dennoch letztendlich ein Spiegelbild dieser Gesellschaft ist, d.h. auch hier gibt es wie überall Betrug, Konkurrenz, sexuelle Gewalt gegen Frauen, Brutalität usw. Der Preis, den KonsumentInnen illegaler Drogen für die in der Subkultur stattfindende Bedürfnisbefriedigung zahlen, ist zudem sehr hoch: Das mit dem Drogenkonsum verknüpfte Elend, dessen Wurzel das BTMG ist, ist zuweilen so gravierend, daß die Vorteile der Drogensubkultur zweitrangig werden. Der Extremfall einer solchen Verschiebung ist der Tod von Junkies durch Überdosierung, Krankheit oder, im Falle der Drogenprostituierten, Mord durch Freier. Und schließlich kann die Drogensubkultur für alle, die aus ihr ausbrechen möchten, zumindest vorübergehend zur Sackgasse werden, denn sie ist oft das einzige Bezugssystem, in dem sich die KonsumentInnen zurechtfinden und als handlungsfähige Menschen überleben.

Drogenpolitik

Unter Drogenpolitik verstehen wir verschiedene repressive staatliche und gesellschaftlich Versuche in den Drogenmarkt einzugreifen. Diesen Markt gibt es, weil eine Ware angeboten wird, für die es ein Angebot und eine Nachfrage gibt - unabhängig davon, ob diese Ware legal oder illegal ist. Dieser Eingriff erfolgt selektiv, nämlich vorzugsweise bei den KonsumentInnen, sowie mittlerweile auch gegen ProduzentInnen in Südamerika und Asien, bei bestimmten Interessenkonstellationen auch gegen größere Händler. Aber das sind Dinge, die für die konkrete Bremer Drogenpolitik im wesentlichen keine Rolle spielen.

Bremer "Drogenpolitik" ist ein Teilbereich staatlicher Sozial- und Gesundheitspolitik, der umfängliche Betätigungsmöglichkeiten vor allem für Medizin, Polizei und Justiz bietet. Grundlage für bremische wie bundesweite "Drogenpolitik" ist das BTMG und die damit einhergehende Kriminalisierung der Junkies. Mit dem mittlerweile mehr als zwei Jahre alten "Bremer Drogenhilfeplan" werden neben der Repression noch zwei weitere Stränge verfolgt. Zum einen die "begleitenden Hilfen", soll heißen soziale Versorgung, vor allem mit Wohnraum, zum anderen die gesundheitliche Versorgung. Diese Angebote sollten über die ganze Stadt verteilt werden. Von diesen drei Strängen des Bremer Drogenhilfeplans ist lediglich die Repression umgesetzt worden. Dabei wird es auch bleiben: Wie den jüngsten Senatsbeschlüssen vom 29.September 1992 zu entnehmen ist, wird Gewalt auch in Zukunft vorrangiges Mittel bremischer Drogenpolitik sein.

"Drogenpolitik" machen aber nicht nur Bremer Senat, Polizei und Sozialbehörde, als weitere Kraft mischen sich in der letzten Zeit zunehmend massiv BürgerInneninitiativen ein. Wir möchten uns hier mit den politischen Zielen und Argumentationsmustern dieser Initiativen auseinandersetzen.

Dezentralisierung

Der wichtigste Begriff in der derzeitig tobenden Antidrogen-Mobilisierung ist "Dezentralisierung". Gemeint ist die Dezentralisierung von Drogenhilfeeinrichtungen. Hierunter wird nicht die flächendeckende Vollversorgung von DrogenkonsumentInnen dort, wo sie leben wollen, verstanden. Und zwar schon allein deswegen nicht, weil es einige Leute in den Bürgerinis gar nicht interessiert, wo Junkies eigentlich leben wollen. "Dezentralisierung" setzt nicht bei den Versorgungsbedürfnissen der Junkies an, sondern an dem Vertreibungsinteresse einiger ViertelbürgerInnen. Oft wird in diesem Zusammenhang mit der These gearbeitet, das Viertel ziehe das Drogenelend an, weil es im Viertel so viele attraktive Angebote für Junkies gäbe, und deshalb müßten Drogenhilfeeinrichtungen im Viertel abgebaut werden. Diese These ist absolut zynisch, weil die Drogenhilfeangebote im Viertel nicht attraktiv, sondern absolut unzureichend sind, um die Versorgung der dort lebenden Drogengebrauchenden zu gewährleisten. Es gibt zuwenig Ambulanzen, keine öffentlichen Druckräume, keine öffentlichen Aufenthaltsräume für Obdachlose, jetzt will der Senat auch noch den Spritzenautomat an der Sielwallkreuzung entfernen. Und die wenigen brauchbaren Orte, wo frau/mann sich in Ruhe einen Druck setzten konnte, sind mittlerweile eingezäunt.

"Dezentralisierung" heißt also vor allem Vertreibung aus dem "Viertel". Dem Stadtteil, in dem sich im Laufe der Jahre ein Lebensraum für Junkies entwickelt hat, in dem sowohl Wohnungslose als auch einigermassen grundversorgte Junkies etwas von dem finden, was sie zum Überleben brauchen. Das Viertel ist mittlerweile für viele Junkies ein Lebensraum mit spezifischen Vor- und Nachteilen geworden, für den sie sich aber immer wieder *auch* frei entscheiden. Vor diesem Hintergrund muß akzeptiert werden, daß sich im Viertel nicht nur die wohnungslose Straßenszene aufhält, sondern auch viele noch einigermassen abgesicherte Junkies mit Wohnung, Job etc.

Methadon

Methadon ist ein Opiat, das geschluckt wird, es wirkt stärker auf den Organismus, ist weniger psychoaktiv und giftiger als Heroin. Junkies können Methadon benutzen, um Heroin vorübergehend zu ersetzen, falls sie nicht an Heroin drankommen können oder gerade kein Heroin konsumieren wollen. Methadon hat den Nachteil, daß es nicht "kickt" (spontan eintretende psychoaktive Wirkung). Zum anderen setzt Methadon die individuell erforderliche Heroindosis herauf. Diese Hochdosierung wird dadurch verursacht, daß Methadon ein stärker auf den Organismus wirkendes Opiat ist als Heroin, ohne jedoch eine vergleichbar hohe Rauschwirkung zu verursachen. Junkies, die nicht auf Heroin verzichten wollen, kommt diese Eigenschaft von Methadon teuer zu stehen: Die nach dem Methadonkonsum notwendige drastisch höhere Heroindosis ist genauso drastisch teurer.

Es gibt ein bremisches Methadonprogramm, das dermaßen hohe Zugangsvoraussetzungen hat, daß Junkies mindestens halb tot sein müssen, um aufgenommen zu werden (z.B. fortgeschrittene AIDS-Manifestation ab drei Jahren). Tendenz der letzten Monate ist, das Methadonprogramm auszuweiten, d.h. mehr Junkies können Methadon bekommen. Zur Zeit sind ca. 400 Junkies im Bremer Methadonprogramm, Tendenz steigend. Ideologie des Methadonprogramms ist:: "Junkies nehmen Methadon gern, als Befreiung vom Heroin, und hören



selbstverständlich mit dem Fixen auf." Diese Annahme ist falsch, denn Methadon verursacht keinen "Kick", es fehlt das "Nadelfeeling" und das gesamte vertraute Lebensumfeld - wichtige Gründe, auf Heroin nicht verzichten zu wollen, zumal mit dem Methadonprogramm keine nennenswerten neuen Perspektiven verbunden sind. Junkies werden gezwungen, vom Heroin abzuschwören, bevor sie ins Methadonprogramm aufgenommen werden. Diejenigen, die beim Gebrauch anderer illegaler Drogen erwischt werden, fliegen sofort aus dem Programm raus. Das Methadon wird unter umfassender Kontrolle unter Mithilfe von niedergelassen ÄrztInnen, Drogenberatungsstellen, SozialarbeiterInnen und allen möglichen Ämtern ausgegeben. Die Drogengebrauchenden müssen sich das Methadon täglich in der Ausgabestelle abholen. Das heißt: Kein Tag Urlaub im Jahr, um es mal für die durchschnittliche Viertelbevölkerung besonders drastisch auszudrücken.

Seit einiger Zeit vertreten auch einige BürgerInnen-Inis die Forderung "Methadon für alle!" Sie tun das, weil sich auch mit Methadon Vertreibungspolitik machen läßt, denn Methadon wird dezentral verteilt in den Stadtteilen, über den Methadon-Bus oder niedergelassene ÄrztInnen. Besonders für drogengebrauchenden Prostituierten fordern mittlerweile viele BürgerInnen-Inis Methadon: Auch hier wird fälschlicherweise erwartet, daß MethadonkonsumentInnen kein Heroin mehr brauchten, der Beschaffungsdruck wegfalle und damit die Prostitution. Es ist aber so, daß es unabhängig vom Beschaffungsdruck Gründe für Frauen geben kann, auf dem Strich zu arbeiten. Es kommt vor, daß Frauen, die Methadon erhalten, weiterhin auf den Strich gehen, z.B. um sich die Sozialhilfe aufzubessern und/oder um sich weiterhin Heroin kaufen zu können.

Wir halten Methadon für eine gefährliche, eigentlich völlig überflüssige Droge, an der lediglich die pharmazeutische Industrie ein Interesse haben kann. Solange der Gebrauch von Heroin noch illegal ist, mit allen hier geschilderten Folgeerscheinungen, kann es aber sinnvoll sein, legales Methadon als (zeitweilige) Alternative zum illegalen Heroin zur Verfügung zu haben. An der Legalisierung von Heroin aber führt kein Weg vorbei.

Elend und Abfall

sind ganz wichtige Gründe für die bürgerlichen Aktivitäten im Viertel. Dazu sagen wir: Wer/welche etwas gegen Schmutz und Elend hat, der/die muß sich gegen die Ursachen von Schmutz und Elend wenden und nicht gegen die eigentlich Leidtragenden.

- Jede Frau und jeder Mann hat das Recht, jederzeit eine Toilette benutzen zu dürfen. Dieses Recht wird Drogengebrauchenden im Viertel systematisch verwehrt. Das ist die Ursache dafür, daß gelegentlich in irgendwelche Vorgärten geschissen wird.
- Der Besitz von benutzten wie unbenutzten Spritzen steht nach dem BTMG unter Strafe, deshalb werfen Drogengebrauchende Spritzen so schnell wie möglich weg. Im übrigen bedeuten herumliegende Spritzen keine Ansteckungsgefahr mit AIDS oder Hepatitis B, da entsprechenden Viren unter Lufteinwirkung sofort absterben.
- Prostituierte schützen sich, indem sie von Freiern Kondombenutzung fordern. Jedes in Parkanlagen und Gebüschen herumliegende benutzte Kondom sollte uns auch freuen, beweist es doch, daß es mal wieder eine Frau geschafft hat, die Kondombenutzung durchzusetzen. Im übrigen finden wir, daß die Freier - und nicht die Prostituierten - für die ordnungsgemäße Entsorgung in Abfalleimer oder besser Latexrecycling verantwortlich sind.

Druckräume

sind, so wie sie von BürgerInneninitiativen gefordert werden, immer mit gleichzeitiger Repression verbunden. Wenn es öffentliche Druckräume erst einmal gibt, sollen Junkies auf der Straße noch härter verfolgt werden, denn dann gäbe es ja keinen Grund mehr, in der Öffentlichkeit zu drücken. Druckräume solle es zudem dezentral in allen Stadtteilen geben, möglichst noch in Krankenhäusern. Ohne Überinterpretation ist hier davon auszugehen, daß der Waller Junkie nur in den Waller Druckraum dürfte. Im Viertel dürfte dann nur der anerkannte Quotenjunkie fixen.

Solange es nicht möglich ist, überall in Ruhe Heroin zu konsumieren, sind Druckräume sinnvoll. Wir fordern Druckräume, die sich ohne Wenn und Aber an den Bedürfnissen der Junkies orientieren, und nicht an den Bedürfnissen derer, die die Junkies nur von der Straße weg haben wollen.

Verständnis und Zurückhaltung

Sichtbarer, ernstzunehmender Widerstand regt sich weder gegen Kriminalisierung und Repression noch gegen allgemeine Ausgrenzungsbereitschaft und Vertreibungspolitik. Erstaunlich weit verbreitet ist dagegen eine Verständnishaltung von ansonsten fortschrittlichen ViertelbewohnerInnen bis weit in linke und feministische Kreise.

Anstatt den Diffamierungs- uns Vertreibungskampagnen (bis hin zur direkten Gewaltanwendung gegen DrogenkonsumentInnen) von "Wir im Viertel" & Konsorten entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, üben sich Teile der Linken und der Feministinnen im Verständnis. Wo sich sonst die Mühe gemacht wird, staatliche Kriminalisierungs- und Repressionspolitik und deren Folgen wenigstens ansatzweise zu analysieren oder gar zu bekämpfen und mehr oder weniger energisch für die Rechte unterdrückter Minder- oder Mehrheiten einzutreten, macht sich im Viertel und anderswo eine passive ZuschauerInnen-Haltung breit.

In dieser "Ich-Kann-Die-AnwohnerInnen-Ja-Verstehen"-Haltung werden ZäunebauerInnen, konservative AktivistInnen und heuchlerisch-reaktionäre InitiativenfunktionärInnen einerseits zu Opfern einer verfehlten (weil angeblich nicht genügend repressiven oder - andere Lesart - unzureichend therapie-anbietenden und "helfenden") Bremer Drogenpolitik, vor allen Dingen aber zu Opfern von Junkies uminterpretiert, deren Toleranzgrenze einfach überschritten sei und in deren (fast schon metaphorischen) Vorgarten sich eine als ausreichend definierte Menge Scheiße, Spritzen und Kondome angehäuft hat, die es allemal als gerechtfertigt erscheinen läßt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Drogenprostituierten und anderen Junkies, die mehr als unwürdig sind, durch entsprechende Aktionen noch weiter zu verschlechtern.

Trotz eskalierender Gewaltbereitschaft der AnwohnerInnen und einer immer repressiver werdenden Drogenpolitik Verständnis und bequeme Zurückhaltung zu üben, heißt jede fortschrittliche Perspektive eines verantwortungsvollen, solidarischen Umgangs mit gesellschaftlichen Problemen aufzugeben!

Bequemlichkeit und Doppelmoral

Beunruhigend ist zudem, daß sich auch in fortschrittlichen, linken und feministischen Kreisen beim Thema "Drogen" die bequeme Haltung breit macht, bei einer Zustandsbeschreibung der Verhältnisse stehenzubleiben, gespickt mit der einen oder anderen mehr oder weniger aggressiven Unmutsäußerung, mal die AnwohnerInnen, mal die Junkies betreffend. Aber immer weniger machen sich die Mühe, den Ursachen der augenscheinlichen Mißstände auf den Grund zu gehen und das ganz und gar nicht fortschrittliche Weltbild der AnwohnerInnen, das mit dem Schweigen billigend in Kauf genommen wird, aufzudecken.

Dann würde eine/r nämlich die unglaubliche Doppelmoral auffallen, die sich wie ein roter Faden durch die Argumentations- und Aktionspalette der mobil machenden ViertelaktionistInnen zieht. Dafür mal drei Beispiele:

- 1. Die AnwohnerInnen der Friesen- und anderen Straßen thematisieren nicht etwa Prostitution an sich, sondern im Gegenteil, sie scheuen sich nicht, die Drogenprostituierten direkt anzugreifen, und scheren sich einen Dreck um die Sicherheit der dort arbeitenden Frauen und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Es geht ihnen also nicht um eine Ablehnung von Prostitution als Ausdruck einer patriarchalen Gesellschaft, sondern um Prostituierte vor der eigenen Haustür. (Merke: Anwohner und Freier sind keine strikt voneinander getrennten Personenkreise!)
- 2. Unübersehbar werden Kinder in der AnwohnerInnenpolitik gegen Junkies und deren Lebensräume zum Totschlagargument Nr.1. Auch hier stinkt - neben der unerträglichen Funktionalisierung der Kinder - die Doppelmoral zum Himmel: Viertel-Väter propagieren den "Schutz von Kindern" vor Spritzen und Kondomen, während psychische, körperliche und sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen oder deren Androhung allgegenwärtige Realität für alle Kinder ist - auch in der Friesen- und anderen Straßen!



• 3. Die Definition von "Drogen" an sich ist ideologisch. Die Auftrennung in legale und illegale und damit in 'gute' und 'böse' Drogen ist scheinheilig und dient offensichtlich dazu, die salonfähigen und eventuellen eigenen Abhängigkeiten und Süchte nicht zu thematisieren bzw. überhaupt zu realisieren. Der weitaus größere Teil bundesdeutscher DrogenkonsumentInnen in bürgerlichen und linken Kreisen (z.B. von Alkohol) kann damit unsichtbar gemacht und der Konsum illegaler Drogen problemlos skandalisiert und angeprangert werden.

Angesichts dessen, daß zur Zeit vor allem repressive Konzepte, die auf einer Kriminalisierung des Drogenkonsums beruhen, die Diskussion um das sogenannte Drogenelend beherrschen, und die Diskussion zudem oftmals von Halb- und Unwissen, Ignoranz und Ausgrenzungsmentalität geprägt ist, haben wir uns diesem Themenkomplex grundsätzlich gewidmet. Dieser Text soll Unklarheiten abbauen und Anstöße geben. Er richtet sich an Frauen und Männer, die ihren Kopf noch nicht hinterm Zaun abgegeben haben. Mit diesen Leuten möchten wir weiter diskutieren und handlungsfähig werden.

Linksradikale und feministische BesserwisserInnen heute: zum Thema Drogen
Kontakt: c/o BBA-Laden, St.-Pauli-Straße 10, 2800 Bremen

P.S. 5o Prozent der Gruppe wohnen im Viertel, 50 Prozent haben gegenwärtig mit Kindern zu tun. 100 Prozent waren selbst Kinder. Wir gehen davon aus, daß wir damit hinreichend berechtigt sind, uns zur Drogenpolitik zu äußern.

Zum Weiterlesen (eine Auswahl):

- Günter Amendt, Sucht - Profit - Sucht, Frankfurt 1984
- ders., Der große weiße Bluff, Hamburg: Konkret Literatur 1987
- Manfred Kappeler, Kolonialismus und Drogen
- Henning Schmidt-Semisch, Drogenpolitik. Zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Heroin, München: AG SPAK Bücher
- Torsten Schmidt, "Ich bin einmalig, und daß ich noch lebe, das freut mich." Menschen in der Drogenszene, Hamburg: Rasch und Röhring

Informationsveranstaltung:
Gegen das Vergessen – Freiheit für Gerhard Bögelein

45 Jahre nach der militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus wurde in Hamburg der Antifaschist Gerhard Bögelein wegen Mordes an dem Nazi- und Wehrmachtsrichter Erich Kallmerten zu lebenslanger Haft verurteilt. Bögelein und der freigesprochene Karl Kielhorn gehörten in der sowjetischen Gefangenschaft einem Antifa-Komitee an, daß nicht tatenlos zusehen wollte, wie der Nazi-Richter Kallmerten, der 176 Todesurteile ausgesprochen hatte, schon bald wieder in der BRD in Amt und Würden sitzen sollte.

Es sprechen: Karl Kielhorn und AntifaschistInnen aus Kiel, zu den Hintergründen des Prozesses und zur Freilassungskampagne für Gerhard Bögelein (seit Ende Dezember hat Gerhard Haftverschonung).

22. Januar 1992 um 20 Uhr im Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165 (U-Bhf- Französische Straße)

Veranstalter: Antifaschistisches Info-Blatt – Berlin

Tips zum Arbeitsrecht

"Keine Angst vor Personalchefs und Arbeitsgerichten" - so lautet der Titel eines Faltblatts, das von der Zeitung Wildcat herausgegeben wird. In übersichtlicher Form werden dort alle Grundbegriffe des Arbeitsrechts erklärt, die für ArbeitnehmerInnen wichtig sind. Es geht dabei um Arbeitsverträge, Urlaub, Kündigungsschutz, Leih- und Teilzeitarbeit, Arbeitsgerichtsbarkeit usw.

Das Besondere daran: Das Faltblatt gibt es auf Deutsch, Englisch, Türkisch und Polnisch. Es kann bestellt werden gegen Zusendung eines mit 1,70 Mark frankierten Rückumschlags an Wildcat, c.o. Sisina, Postfach 360 527 in W-1000 Berlin 36. Wer mehr Exemplare haben will, wende sich wegen Preisabsprache direkt an die Wildcat.

IRINA BLEIBT HIER!

"ich bin 14 jahre alt und heiße irina. vor drei jahren bin ich mit meinem bruder und meinen eltern aus bulgarien in die brd geflüchtet. wir sind angehörige der türkischen minderheit und waren in bulgarien staatlichen und nichtstaatlichen repressionen ausgesetzt. wir kinder wurden in der schule benachteiligt und geschlagen. wir sollten in bulgarien"christianisiert" werden und unsere ursprünglichen namen ablegen. meinem vater, der widerstand leistete, wurde vorgeworfen ein haus angezündet zu haben, und er wurde gezwungen bulgarien sofort zu verlassen. er war auch für 8 monate im gefängnis und wurde dort gefoltert. ich gehe hier jetzt in die 7.klasse eines gymnasium und möchte hierbleiben."

irinas familie stellte in der bundesrepublik einen asylantrag, der nun mit der begründung abgelehnt wurde, die demokratisierung in bulgarien sei so weit fortgeschritten, daß politische verfolgung auszuschließen sei. das heißt wenn das herkunftsland auch nur auf dem papir die betreffende minderheit unter schutz stellt, sieht die deutsche justiz ihre nichtverfolgung als tatsache an.
1984 urteilte das bundesverwaltungsgericht über die relevanz von art.16gg: "art.16, abs.2, satz2 gg schützt nicht vor staatlichen exzessen jeder art und auch nicht schlechthin vor jeder mißachtung der menschenwürde; es müssen vielmehr die politischen motive des seine macht mißbrauchenden staatsapparates hinzutreten."
irina und ihre familie sind ein weiteres von unzähligen beispielen für die unmenschliche praxis dieser engstirnigen definition von verfolgung, denn nach dem asylverfahrensgesetz gehört ihr antrag zu den "offensichtlich unbegründeten".

die demonstration soll dazu beitragen öffentlichkeit zu schaffen und auf die verschärfte situation vieler von abschiebung bedrohter flüchtlinge aufmerksam zu machen. denn es drohen massenabschiebungen, die kaum an die öffentlichkeit gelangen. am 5.12. 92 wurde mehmet yilmaz von tegel nach istanbul abgeschoben und ist seitdem verschwunden. amnesty international vermutet, daß er wegen seiner politischen aktivitäten gefoltert wird. die ausländerbehörde hatte zuvor ausdrücklich versichert, daß eine abschiebung in die türkei ausgeschlossen sei(tsp. 12.12.92).
am 7.12.92 wurden von berlin aus 113 flüchtlinge aus rumänien im rahmen des "rückführungsvertrages" abgeschoben. von diesen abschiebungen, die in kleinen gruppen in linienmaschinen, oder in gecharterten flügen stattfinden, sollen bis zu 60 000 rumänische flüchtlinge betroffen sein! (tsp.9.12.92)

wer sich dem rassismus in den weg stellen will, darf nicht nur auf stiefelnazis schauen. gefährlich sind auch die, die die einrichtung von internierungslagern, massenabschiebungen, die faktische streichung des artikel 16 gg und aids-zwangstests für asylbewerberInnen ermöglichen.

UND ALLE ANDEREN AUCH

BENENNEN WIR AUCH STAATLICHEN RASSISMUS!

KEINE ABSCHIEBUNG VON IRINA UND IHRER FAMILIE!

DEMONSTRATION

23.JANUAR 13 UHR

WALTHER-SCHREIBER-PLATZ

ORGANISIERT VON: S.P.U.K. schülerInnen für politik und kooperation

nächstes vorbereitungstreffen:do.14.1.92 17.30uhr, drugstore, potsdamerstr.

Autonome Antifa Rathenow und Antifa Jugend Rathenow



Am 5.01.1993 wurde das von der AAR besetzte Haus in der Hagenstr.13 um 6.00 Uhr früh mit überzogender brutaler Gewalt von der Polizei geräumt. (Beamten erschienen mit MP's und übten körperliche Gewalt gegen einzelne Personen des Hauses aus.) Die Polizei begründete ihr derartig herbes vorgehen mit dem Vorwand des angeblichen Waffenbesitzes (MP). Die zur Räumung angegebenen Gründe haben sich natürlich nicht bestätigt und dienten als Vorwand, um den Polizeiterror auf die Gruppe zu legalisieren. Alle Beteiligten, die mit der Materie vertraut sind, sollte klar sein, daß diese Art der staatlichen Machtdemonstration keine Lösung darstellt, sondern dieses Problem verschärft.
Wir sind daran interessiert, den Konflikt auf beiderseitigen friedlichen Wege zu lösen.
Ein von der AAR Mitte Januar angestrebten Zusammentreffen verschiedener Vertreter des öffentlichen Lebens, wäre ein bedeutender Schritt zur Lösung des Problems gewesen.
Dieser Diskussion wurde auf Grund der Räumung der Boden entzogen.
Aber natürlich sind wir weiterhin für Gespräche offen.

Das Haus Hagenstr. 13 wurde Ende November besetzt. Vorher haben die Bewohner in normalen Miethäusern gewohnt. Es gab ständig Übergriffe von Faschos auf die Wohnungen der Leute. Die Faschos benutzten Mollis, Knüppel ect. und griffen die Leute einzeln ab. Ein Jugendlicher wurde von einem Mop Faschos angegriffen und brutal zusammen-l geschlagen. Ihm wurde das Gesicht entstellt. Die Stirn und die Nase sind Matsch und der Geruchssinn ist für immer verloren. Er liegt noch immer im Krankenhaus.

Der Haupttäter wird gesucht:

Andreas Pigalle
etwa 1,80 m, ziemlich kräftig und häßlich
dunkler Typ, ständig Glatze
auffallend buschige Augenbrauen

Es wird vermutet, daß er sich jetzt in Potsdam aufhält.

P.S. Feind hört mit. Während der Vernehmungen mußten die Besetzer ihre Personalien auf Band sprechen, daraufhin vermuten sie, daß das Haus verwanzt war oder irgendwie anders abgehört wurde. Also Vorsicht! Sowas kann auch uns passieren.
Im übrigen war das Potsdamer SEK massiv an der Räumung beteiligt.



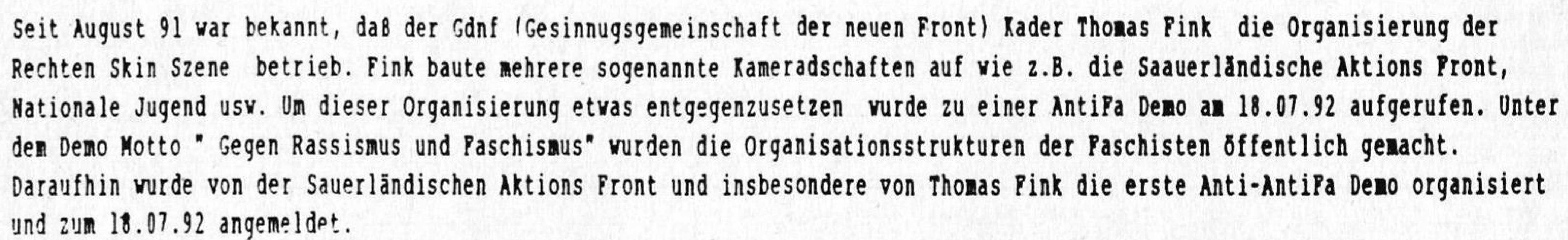


Anti- AntiFA Demo verhindert

Im Sauerländischen Meschede verhinderten AntifaschistInnen am 27.12.92 eine geplante Anti- AntiFa Demo.

Zur Vorgeschichte:

Seit August 91 war bekannt, daß der Gdnf (Gesinnugsgemeinschaft der neuen Front) Kader Thomas Fink die Organisierung der Rechten Skin Szene betrieb. Fink baute mehrere sogenannte Kameradschaften auf wie z.B. die Saauerländische Aktions Front, Nationale Jugend usw. Um dieser Organisierung etwas entgegenzusetzen wurde zu einer AntiFa Demo am 18.07.92 aufgerufen. Unter dem Demo Motto " Gegen Rassismus und Faschismus" wurden die Organisationsstrukturen der Faschisten öffentlich gemacht.
Daraufhin wurde von der Sauerländischen Aktions Front und insbesondere von Thomas Fink die erste Anti-AntiFa Demo organisiert und zum 18.07.92 angemeldet.
Dem Aufruf der Faschisten folgten rund 150 Nazis aus ganz Deutschland u. a. Gdnf Kader wie Worch, Petri, Thomas Wulf und Otto Ries. In Kooperation mit den Bullen konnte die Faschisten ihre Demonstration durch Meschede ungehindert durchführen und mit einer Kundgebung beenden. Die zuerst angemeldete AntiFa Demo wurde durch die Bullen um 2 Stunden verschoben. Sie begründeten das damit daß, die AntiFas mehr Zeit zur Mobilisierung gehabt hätten. In der Nl.. Zeitung " Index " die durchgeführte Anti-AntiFa Demo als großer Erfolg bewertet.



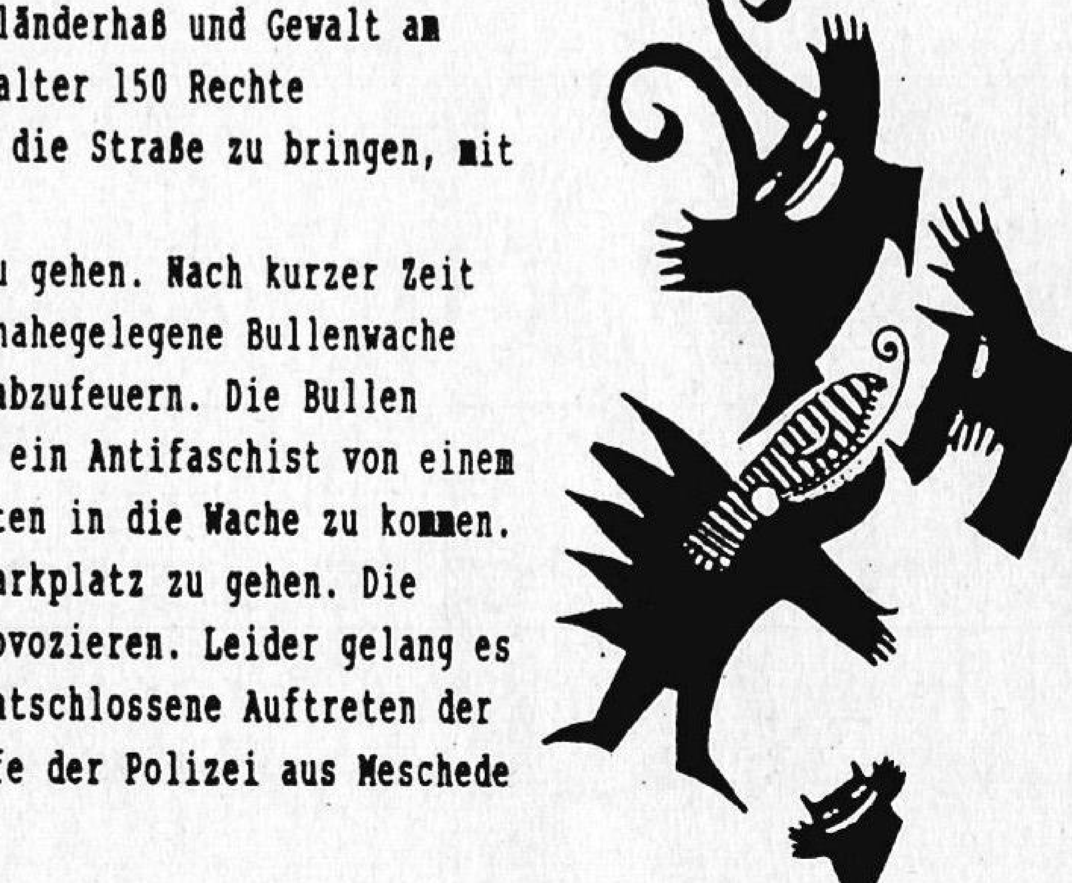
Kurze Zeit später stirbt Fink bei einem Verkehrsunfall in Meschede, woraufhin die Sauerländischen Faschos eine 2 Tägige Mahnwache veranstalteten. Auch nach Finks Tot sind die von ihm geschaffenen Kameradschaften weiterhin aktiv. was sich an zahlreichen Überfällen auf AusländerInnen, Linken und Punks zeigt.

Zum 27. 12. 92:



Am 22.12.92 wurde bekannt, daß eine Anti-AntiFa Demo unter dem Motto " Gegen Deutschenfeindlichkeit und Volksverhetzende Medien " stattfinden sollte. Hintergrund war, daß die Junge Union Hochsauerland eine Demo gegen Ausländerhaß und Gewalt am Nachmittag des selben Tages durchführen wollte. An der Fascho Demo sollten nach Angaben der Veranstalter 150 Rechte teilnehmen. Von antifaschistischer Seite gelang es trotz kurzer Mobilisieungszeit 200 Menschen auf die Straße zu bringen, mit dem Ziel einen weiteren Aufmarsch in Meschede zu verhindern.
Nachdem bekannt war wo sich die Nazis versammelten , wurde beschlossen in einem Demozug dorthin zu gehen. Nach kurzer Zeit wurden etwa 50 Nazi-Skins an ihrem Treffpunkt entdeckt und sofort angegriffen. Sie konnten vor die nahegelegene Bullenwache flüchten. Vor der Wache war es einigen Faschos möglich, Leuchtspurmunition in Richtung der Antifas abzufeuern. Die Bullen gingen gegen die AntifaschistInnen , die sich den Rechten zur Wehr setzten vor. Unter anderem wurde ein Antifaschist von einem Bullen mit gezogener Waffe bedroht. Die Bullen gaben den Faschisten Schutz, indem sie sie aufforderten in die Wache zu kommen.
Vor Ort wurde von den Antifas beschlossen in einem gemeinsamen Demozug durch Meschede zurück zum Parkplatz zu gehen. Die inzwischen durch Bereitschaftsbullen verstärkte Polizei versuchte ihrerseits die Demo gezielt zu provozieren. Leider gelang es ihnen vier Antifas festzunehmen, die jedoch am selben Abend wieder freigelassen wurden. Durch das entschlossene Auftreten der Antifaschistischen Demo konnte der Faschoaufmarsch verhindert werden und die Faschos wurden mit Hilfe der Polizei aus Meschede geleitet.
Das wars, volll.

Aktionsbündniss 27.12.





Gedenken an Liebknecht und Luxemburg

Überraschend viele Berliner und Berlinerinnen halten an der Tradition fest, am zweiten Sonntag im Januar der 1919 ermordeten sozialistischen Politiker Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gedenken. Gestern vormittag waren nach Polizeiangaben noch mehr Menschen als im vergangenen Jahr gekommen, um an den Gräbern der beiden Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) rote Nelken niederzulegen oder kleine Kerzen anzuzünden. Die Polizei sprach von 50000 Teilnehmern.

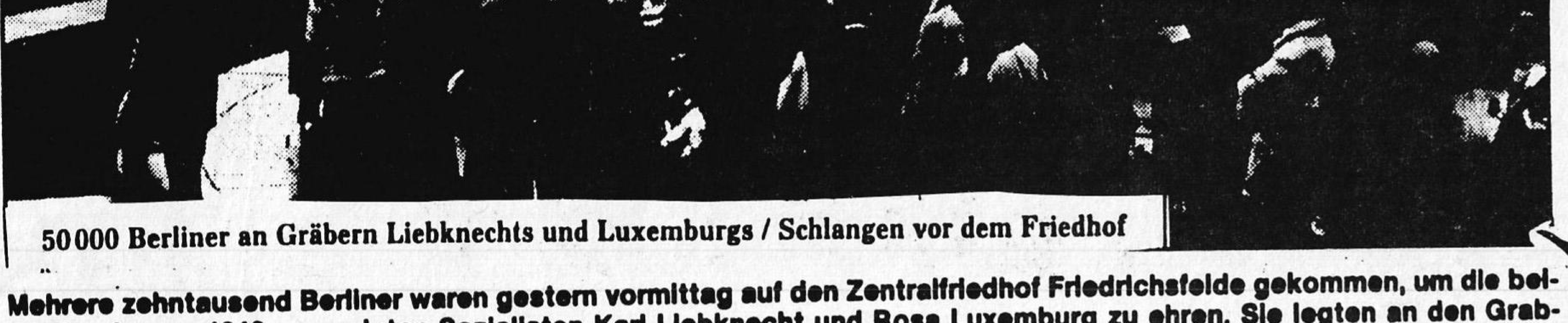
Rund 5000 Berliner beteiligten sich an einer von der PDS initiierten Demonstration, die vom ehemaligen Leninplatz zur Gedenkstätte auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde führte.

„Ich demonstriere für die Ideale von Karl und Rosa. Dazu stehe ich immer noch", begründete der 32jährige Uwe Radtke gegenüber der Berliner Zeitung seine Teilnahme. „Daß ich hier bin, ist doch ganz klar – ich bin ein Linker", sagte ein anderer. Er hält das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik für so schlecht, daß er seinen Namen nicht nennen mochte. Die 60jährige Angela Prüfer, die auch in DDR-Zeiten „immer freiwillig" an der Veranstaltung teilgenommen hatte, erklärte demgegenüber offen: „Ich bleibe bei meiner Weltanschauung."

Viele wollten vor allem ihre Sympathie für die von kaiserlichen Offizieren umgebrachten Sozialisten demonstrieren. Zusammen mit Familienangehörigen, Freunden oder Kollegen zogen sie schweigend an den Gräbern vorbei.

Vor dem Friedhof bildeten sich lange Schlangen. Bevor die Demonstranten eingetroffen waren, waren die Gräber von Liebknecht und Luxemburg schon mit Kränzen und Nelken übersät. Auch an den Erinnerungstafeln sozialistischer Künstler und DDR-Politiker sowie der im spanischen Freiheitskampf Gefallenen brachte so mancher Gestecke und Blumen an. In einem unübersehbaren Menschenmeer flatterten rote Fahnen und Transparente, auf denen dem „staatlich verordneten Rassismus" getrotzt wurde. „Luxemburg – Liebknecht – Lenin, niemand ist vergessen/Aufstehen und widerstehen" oder „Sozialismus wird siegen – trotz alledem" hieß es auf anderen Tüchern.

Vor dem Eingang des Friedhofes versuchten Anhänger verschiedener linker Gruppen auf sich aufmerksam zu machen. Einige wenige hatten ihre alten FDJ-Hemden aus den Kellern geholt und zeigten die geballte Faust. Lesewütige konnten sich mit Broschüren, Zeitungen und Flugblättern versorgen. So stellte beispielsweise die Bürgerinitiative Lenindenkmal in einer Publikation ihre Arbeit vor. Marlies Emmerich



50000 Berliner an Gräbern Liebknechts und Luxemburgs / Schlangen vor dem Friedhof

Mehrere zehntausend Berliner waren gestern vormittag auf den Zentralfriedhof Friedrichsfelde gekommen, um die beiden im Januar 1919 ermordeten Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu ehren. Sie legten an den Grabstätten Blumen nieder. *(Siehe Seite 15)* Foto: Olm

---

WULF UND BERND SIND DRAUSSEN !!!

Am Montag (28.12.92) um 9. Uhr früh (!) fanden sich ca. 80 Leute zur Kundgebung vor dem Gericht in Moabit ein, um Wulf von außen zu unterstützen, der zur selben Zeit ein Haftprüfungstermin hatte.
Anfangs ziemlich verschlafen und verfroren tanzten sich die Leute allmählich warm, als die Nachricht kam, daß Wulf entlassen wird!!! (HIP-HOP-HURRA)
Wulf saß seit dem 9.12.92 in U-Haft, ihm wird vorgeworfen, zusammen mit anderen, bei einer Auseinandersetzung mit Faschos der Nationalen Offensive (NO) einen Rucksack mit faschistischer Propaganda entwendet zu haben.
Froh über die Nachricht zogen alle bis vor das Tor des Moabiter Knastes um auf Wulf zu warten.

Dort saß zu diesem Zeitpunkt auch der Antifaschist Bernd seit dem 9.11.92 in U-Haft. Bernd wird vorgeworfen am 29.10.92, zusammen mit anderen, daß Auto des Nazi-Führers Priem angezündet zu haben. Das einzige "Indiz": ein auf Bernd angemeldetes Auto wurde angeblich in der Nähe gesehen. Bei einer Gegenüberstellung mit Priem, konnte dieser Bernd nicht einwandfrei identifizieren. Die "Taz" zitiert Priem am 27.11.92 mit den Worten: "Es könnten auch durchgeknallte FAPler gewesen sein", die das Auto angezündet haben!
Auch Bernd hatte am Montag einen Haftprüfungstermin allerdings erst um 15.00 Uhr, bei dem auch Bernd endlich entlassen wurde!!!
Das Auto wurde allerdings einbehalten.
Die Kundgebung war also ein voller Erfolg ...

Wir fordern trotzdem und erst recht:

SCHLUß MIT DER KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHISTiNNEN !!!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER VERFAHREN GEGEN BERND, WULF UND ALLEN ANDEREN

O R G A N I S I E R E N W I R D E N ANTIFASCHISTISCHEN SELBSTSCHUTZ !!! DIE

SOLIDARITÄT MIT ALLEN, RASSISTISCHEN ANGRIFFEN AUSGESETZT SIND !!!

erfahrungsbericht

am 30.12.92 gab es ein vorbereitungstreffen von sos rassismus bei dem der schutz von asylbewerberheimen zu sylvester organisiert werden sollte. es bildeten sich mehrere gruppen für die heime und wir entschlossen uns , bei der gruppe zum schutz des heimes in marzahn (das flugis zufolge zu sylvester angegriffen werden sollte) mitzumachen. am 31.12.92 trafen sich die leute ,die nach marzahn wollten nochmal, um gemeinsam hinzufahren. als wir ankamen waren schon etwa 16 leute da und nach einer weile wollten wir wissen, wie die anderen bewaffnet wären und wie sie sich verhalten würden, falls wir einzelnen faschos oder gruppen begegnen würden. von unserer seite kam der vorschlag , einzelnen faschos mindestens jacken und schuhe abzunehmen, um sie vorerst handlungsunfähig zu machen. Daraufhin ernteten wir nur erstaunen und empörung: "gewalt erzeugt nur gewalt", gewalt erzeuge nur wieder das bild von links-und rechtsextremisten ("ich will keine schlagzeilen, weder in taz noch in bz"), wir sollten ,die gefahr angegriffen zuwerden, nicht heraufbeschwören, nicht aufbauschen und uns nicht hineinsteigern, schließlich "leben wir ja nicht in der steinzeit". außerdem meinten manche, sie hätten keine lust, mit irgendwelchen schlägern da hinzufahren, um sich zu prügeln (wir waren natürlich nicht gemeint). stattdessen schlugen sie folgendes vor: ein "defensives" konzept, wie "nicht provozieren oder auffallen", "verbal eingreifen und erstmal reden", "die faschos" am liebsten umarmen" und bei faschos, die direkt vor uns stehen, die Bullen per telefon zu hilfe rufen: sich anscheinend im 1. stock des heimes zu verbarrikadieren. einmischen bei angriffen sollten wir uns auch nur, wenn es ganz offensichtlich wäre, daß sich die angegriffenen nicht alleine helfen könnten.

ein eingreifen wäre unserer meinung nach auch gar nicht möglich, da neben uns dreien nur noch 2 leute was dabei hatten, spray+gasknarre. wir halten es für politisch naiv und für unverantwortlich, sich unbewaffnet vor ein flüchtlingsheim zu stellen und somit sich, den anderen leuten und den flüchtlingen sicherheit vorzutäuschen. da wir 1. uns selber nicht mehr sicher waren, ob die anderen überhaupt eingreifen würden, wenn es zu tätlichen auseinandersetzungen kommen würde und 2. nicht die illusion aufrechterhalten wollten, daß wir das heim wirklich mitschützen könnten, entschlossen wir uns doch nicht mitzugehen. die entscheidung ist uns auch nicht leichtgefallen, erschien uns aber als richtig, da effektives vorgehen gegen angriffe nur möglich ist, wenn bereitschaft (d.h. auch vertrauen in die gruppe) und ein minimum an bewaffnung bzw. selbstverteidigungsmöglichkeiten vorhanden sind.

zwei von dreien





Die Info-Telefongruppe bei SOS-Rassismus informiert

Am 23 Januar zieht der Verein SOS aus seinen alten Räumen in das Haus der Demokratie/Friedrichstraße um. Wir als Telefongruppe wollen aus verschiedenen Gründen nicht dorthin.

I.) Wir haben am Haus erhebliche Sicherheitsbedenken

- Es ist unmöglich, dieses Haus - so wie bisher - als Anlaufstelle zu nutzen, insbesondere nachts (Wachschutz/geschlossene Türen).
- Viele ImmigrantInnen und Flüchtlinge haben Angst nach Ostberlin zu kommen, was die Zusammenarbeit erschweren würde.
- Die persönliche Sicherheit des Telefondienstes ist dort nicht gewährleistet.

II.) Nach unserem politischen Verständnis passen wir - im Ggs zum Verein - nicht in das politische Umfeld dieses Hauses. In der derzeitigen politischen Situation können wir jegliche Antirassistische Initiative nur begrüßen, so auch die von SOS-Rassismus.

Es gibt aber trotzdem Gründe uns räumlich vom Verein zu trennen. Er steht für eine reformistische Politik und versucht radikale Ansätze zu unterdrücken. Der Vorstand entscheidet bewußt über andere Gruppen hinweg, die unter dem Dach von SOS arbeiten. Wir sind nicht länger bereit, die Widersprüche zwischen unseren Ansprüchen und den im Verein HERRschenden Strukturen hinzunehmen.

Wir wollen auch in Zukunft das Infotelefon zusammen mit den Leuten, die bislang mit uns gearbeitet haben in neuen Räumen weiterbetreiben. (DIESE SUCHEN WIR NOCH !!!) Mit Euch (Heimschutzwachen, Menschen aus den Telefonketten, UnterstützerInnen) möchten wir über die Perspektiven vom Infotelefon reden.

MI. 20.1.93 20 Uhr im Laden in der Kohlfurter 44

1-36 nähe Kotti

Hinter den Rauchschwaden abgebrannter Flüchtlingsheime wirken und würgen die Krawattenrassisten...

Deutschland im Herbst und Winter 1992:

Überfälle, Brandanschläge, Pogrome - alltäglich und nächtlich werden Flüchtlinge und MigrantInnen von Neofaschisten, Nazi-Skins und rassistisch mobilisierten Jugendlichen angegriffen. Doch dieser Stiefelrassismus ist nur die eine Seite deutscher "Normalität".

Denn hinter den Rauchschwaden abgebrannter Flüchtlingsheime wirkt und würgt die andere Seite: das sind die Krawattenrassisten, das sind die Schreibtischtäter der herrschenden Asylpolitik. Abschotten, selektieren und verwerten heißt ihr menschenfeindliches Konzept. Ein Konzept, das sie immer hemmungsloser verschärfen, während sie in Sonntagsreden gegen Ausländerhaß und Gewalt heucheln.

Sie beschwören die sogenannte "Einheit der Demokraten" gegen die Gefahr von rechts, während sie gleichzeitig die politischen Pogramme der Faschisten Stück für Stück zum Regierungsprogramm machen.

Die Abgrenzung gegenüber Neonazis ist das Alibi und der Windschatten, in denen die Politiker aller Ebenen den staatlichen, den institutionellen Rassismus forcieren. Sie nutzen die eh schon verbreitete - von ihnen selbst aber noch angeheizte - rassistische Stimmung als Begründung für schon lange geplante Sondergesetze und Maßnahmen gegen Flüchtlinge.

Dieselben Politiker also, die lauthals vorgeben, die Anschläge und Pogrome auf MigrantInnen und Flüchtlinge zu verurteilen, sind selbst verantwortlich für die Angriffe auf deren alltägliche Lebensbedingungen; sie sind verantwortlich für die Einschränkung ihres Bleiberechts und die Versperrung ihrer Fluchtmöglichkeiten.

Von der vor Jahren eingeführten Visumspflicht bis zur ständigen Erhöhung der Grenztruppen heute: den Menschen aus Südosteuropa und aus dem Trikont - der "Dritten Welt" - sollen alle Zufluchtmöglichkeiten in die BRD abgeschnitten werden.

Die es bis hierher geschafft haben, werden immer häufiger und schneller abgeschoben, im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen werden mittlerweile extra Abschiebeknäste eingerichtet. Im Oktober letzten Jahres wurde ein Deportationsabkommen mit Rumänien abgeschlossen, das sich vor allem gegen Roma richtet. Ähnliche Verträge sollen mit Polen und der CSFR ausgehandelt werden.

Gleichzeitig wird hier die Kürzung der Sozialhilfe für alle Asylsuchenden angestrebt, um ihnen das Leben noch unerträglicher zu machen.

Beides gehört zum sog. "Asylkompromiß", auf den sich Regierungsparteien und SPD im Dezember geeinigt haben. Die dort gefaßten Beschlüsse sind mit der Änderung des Artikel 16 die aktuelle Zuspitzung der herrschenden Flüchtlingsbekämpfungs-Strategie.

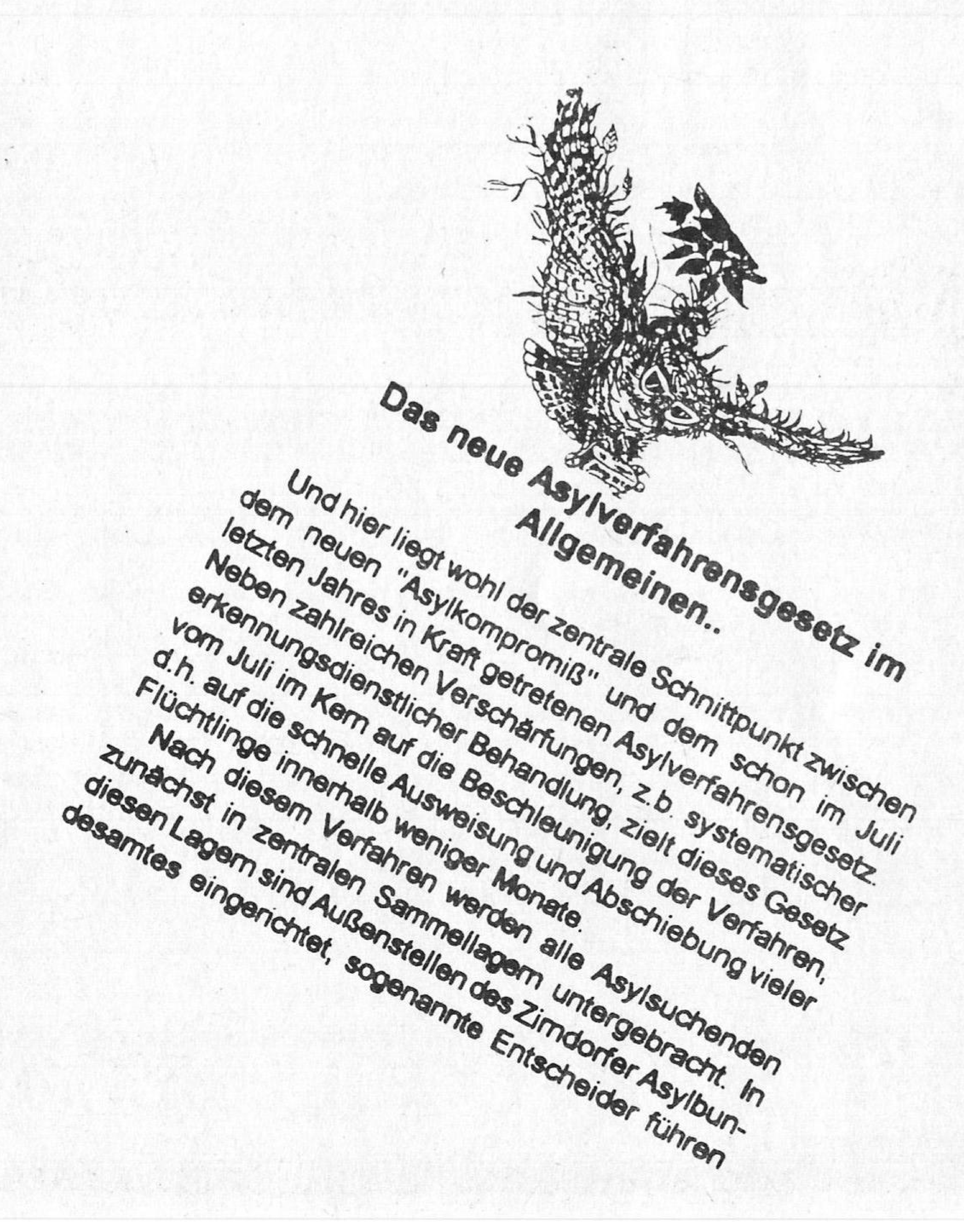
Der Artikel 16 - Grundrecht auf Asyl - hatte schon in seiner bisherigen Fassung wesentlichen Fluchtursachen wie Hunger, Bürgerkrieg oder sexistischer Verfolgung keinerlei Rechnung getragen.

Nur jeder dritte Flüchtling aus Afghanistan (35,4%) wird vom Asylbundesamt in Zirndorf anerkannt, aus der Türkei/Kurdistan gerade noch jeder zehnte (9,7%). Menschen aus Rumänien (0,2%), Algerien (0,2%) oder Ghana (0,3%) sind quasi chancenlos. Bei einer Gesamtanerkennungsquote von 4,5% (alle Zahlen nach offiziellen Angaben des Bundesamtes für Jan.-Okt. 92, zitiert nach Spiegel 46/92) war der Paragraph nicht mal das wert, was auf dem Papier stand. Die mehrmonatige Dauer der Verfahren gab aber vielen Flüchtlingen die Chance, sich auf die Verfahren vorzubereiten und gerichtlich ~~gegen die Bundesamtsentscheidungen~~ vorzugehen. Ca. 10% der abgelehnten Asylsuchenden werden vor Gericht anerkannt; weitere 30-40% erhalten aus humanitären Gründen oder aufgrund der Genfer Konvention ein zumindest vorläufiges Bleiberecht. Diese und andere Möglichkeiten hängen aber ebenfalls davon ab, die Zeit und die Mittel zu haben, sich (anwaltlich) zu informieren, etwas Geld zu verdienen oder sich überhaupt hier in der BRD orientieren zu können.

Das bisherige Asyl-un-recht, die Ungewißheit über Status und Zukunft, mit der die Flüchtlinge unter miesen Bedingungen leben müssen, ist schlimm genug. Die Zulassung zum Asylverfahren bildete aber immerhin noch einen gewissen Schutz, die Dauer der Verfahren verbesserte letztlich die Chancen, einen Weg zu finden, hier bleiben zu können.

Mit dem neuen "Asylkompromiß" sollen diese Möglichkeiten ausgehebelt werden, das "hohle Gerippe" des alten Asylrechts fällt gänzlich in sich zusammen: wer - so die neuen Planungen - über ein sogenanntes sicheres Drittland - und das sollen alle Länder um die BRD herum sein - wer also über die EG-Länder, über die Schweiz, Österreich, CSFR oder Polen in die BRD einreist, darf überhaupt keinen Asylantrag mehr stellen. Allenfalls über den Luft- oder Seeweg ist ein Asylbegehren in der bisherigen Form dann noch möglich.

Schon heute zumeist und in Zukunft fast nur noch werden Flüchtlinge deshalb illegal in die BRD kommen und - sofern sie über das neue Verfahren Bescheid wissen - die Auskunft über ihren Fluchtweg verweigern. Dieses Verhalten verstößt dann aber wiederum gegen die vorgeschriebene "Mitwirkungspflicht" der Flüchtlinge: zur Strafe - so die geplante neue Regelung - werden sie in die Schnellverfahren wegen sogenannter "offensichtlich unbegründeter" Asylanträge gedrängt.



Fluchtursachen made in Germoney...

Deutschland verdient direkt an vielen Kriegen, die Waffenlieferungen an das türkische Regime und deren Einsatz gegen kurdische Menschen sind nur eines der bekannteren Beispiele.

Deutschland bereichert sich zumindest indirekt über die "Schuldenfalle" und die Zwangsdiktate des Internationalen Währungsfonds an der Armut vieler Länder. Kaffee- oder Ölpreis, Tourismus, Frauenhandel oder Billiglohnproduktion: der Weltmarkt ist ein durchorganisiertes Raubsystem des "Nordens" gegen den "Süden". Die Folgen waren und sind soziale Verwüstungen auf dem ganzen Globus, und damit einhergehend der Zwang zur Migration von immer mehr Menschen aus unterdrückerischen und elenden, also menschenunwürdigen Verhältnissen.

Wir fordern offene Grenzen! Und das heißt, auf diesen Zusammenhängen zu beharren und und auch unsere eigene Privilegien infrage zu stellen. Ob wirtschaftliche oder politische Unterdrückung, ob Hunger oder Krieg, ob rassistische oder sexistische Verfolgung, oder einfach die Suche nach besseren Lebens- und Einkommensbedingungen: alle Fluchtgründe sind zu akzeptieren, schon allein aus der historischen wie aktuellen Mit-Verantwortlichkeit der BRD für das weltweite Unrechtssystem und der daraus Nutzen ziehenden deutschen Bevölkerung.

Nur 5% der weltweit Flüchtenden kommen bis ins reiche Europa, "Erfolg" des beschriebenen Konzepts der Abschreckung und Abschottung. **Selektion und Verwertung** heißt der andere Teil herrschender Politik gegen AusländerInnen. Denn auch die BRD-Ökonomie lebt von der direkten Ausbeutung der MigrantInnen. Niedriglohnarbeit ist für Menschen aus anderen Ländern die Regel, die Vernutzung osteuropäischer SaisonarbeiterInnen wird den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt. Zwangsprostitution "exotischer Frauen" speist die HERRschenden Gewinnbilanzen, in die Illegalität gedrängte Flüchtlinge arbeiten zu Sklavenlöhnen für "freie Unternehmer".

Ein rassistisch gestaffelter Arbeitsmarkt entlang der verschiedenen Aufenthaltsrechte bzw. -verunsicherungen ist und bleibt ein Kernstück des hier bestehenden Ausbeutungssystems!

direkt die Anhörungen durch. Zum Teil sollen auch Ausländerbehörden und Gerichtsinstanzen vor Ort tätig sein. Gegen alle Flüchtlinge, deren Asylanträge in einer ersten Befragung oder nach sogenannten Länderlisten als "offensichtlich unbegründet" eingestuft werden - das sind in den Augen der Verantwortlichen schon 30-40% aller Asylsuchenden - wird dann ein Schnellverfahren durchgezogen.

Mit der Umsetzung des "Asylkompromisses" sollen zukünftig - wie gesagt - zudem alle illegal eingereisten Flüchtlinge, die ihren Fluchtweg nicht angeben und damit ihre "Mitwirkungspflicht verletzen", als "offensichtlich unbegründete Fälle" behandelt werden. Ob und wie in den nächsten Monaten ein Status als Bürgerkriegsflüchtling eingeführt wird, ist noch unklar. Aber mit Ausnahme dieser Flüchtlingsgruppe würden dann 80-90% aller Asylsuchenden in die Schnellverfahren gedrängt. Diese laufen folgendermaßen ab: Anhörung (und Ablehnung) durch die Entscheider der Bundesamtsaußenstelle in den ersten 2 Wochen, gerichtlicher Widerspruch (und Abweisung) in den darauffolgenden 2 Monaten, um die Menschen dann spätestens nach 3 Monaten, die sie in den Lagern verbringen müssen, auszuweisen bzw. abzuschieben. Die Widerspruchsfrist gegen den Ablehnungsbescheid ist gezielt so kurz gehalten (1 Woche), daß die Behörden angesichts fehlender Anwaltskontakte, Sprachschwierigkeiten und mangels Geld der Flüchtlinge darauf setzen, daß viele Asylsuchende dieses Recht gar nicht wahrnehmen können.

Erfahrungen aus Baden-Württemberg, wo das neue Gesetz bereits Anwendung findet, zeigen die von oben gewünschten "Erfolge" des neuen Verfahrens: Schnellentscheidungen, kaum noch Inanspruchnahme des Rechtsweges, Ausweisung bzw. Illegalisierung der Flüchtlinge ...

... und die Rolle der Lager im Besonderen

In Hessen wird - wie in vielen anderen Bundesländern auch - das neue Verfahren erst ab dem 1.4.93 ingang kommen. Bis dahin soll die dafür benötigte Infrastruktur aufgebaut und entsprechendes Personal eingestellt sein. In Schwalbach wird die wesentliche Erstaufnahmestelle bleiben, in Gelnhausen und Gießen sind bereits 2 weitere, zentrale Lager in "Betrieb" genommen, und als weitere Standorte hat die SPD-Grüne Landesregierung den Flughafen und Kassel festgelegt. Weitere Lager und Quartiere sind diesen 5 Erstaufnahmestellen zugeordnet, allerdings nur in diesen 5 Sammellagern arbeiten die sog. Entscheider des Asylbundesamtes direkt vor Ort.

Vor dem Hintergrund der neuen Gesetzesplanungen bekommt der Frankfurter Flughafen eine noch weiter wachsende Bedeutung, der Luftweg wird eine der wenigen Möglichkeiten bleiben, überhaupt einen "regulären" Asylantrag stellen zu können. Zur Schnellabfertigung und Abschiebung erwägen die Verantwortlichen eine "mobile Gerichtsinstanz" direkt am Flughafen.

Die 5 zentralen Sammellager (auch "Zentrale Anlaufstellen" = ZASTen genannt) bilden also die Kernstücke in der Umsetzung des neuen Asylverfahrensgesetzes. Eine in diesem Gesetz vorgeschriebene Erreichbarkeitsklausel zielt schon auf die faktische Einsperrung der Flüchtlinge. Sollte das nicht ausreichen, lassen sich die zumeist in Kasernen (bzw. am Flughafen) gelegenen Lager recht einfach mittels Zu- und Ausgangskontrollen isolieren.

Der Internierungscharakter wird überdeutlich, wenn der Fraktionsvorsitzende der Hessen-Grünen, Rupert v. Plottnitz, *"notfalls für geschlossene Lager"* plädiert (FR vom 14.11.92). Plottnitz und Lothar Klemm, der Fraktionschef der SPD, sind für Hessen zwei der politischen Wegbereiter des verschärften Asylverfahrensgesetzes. Sie führen die Verhandlungen mit dem Bundesamt, den Gerichtsinstanzen bis hin zum BGS (Flughafen), sie betreiben die Umsetzung von "zügigen Verfahren und schnellen Urteilen" gegen die Flüchtlinge (FR vom 14.11.92).



Flüchtlingswiderstand

Im November letzten Jahres boykottierten 700 Flüchtlinge in einem Sammellager in Augsburg die Einführung von Essenspaketen. Sie forderten Auszahlung der Sozialhilfe, Unterbringung in kleineren Gebäuden, bessere Arbeits- und Kommunikationsbedingungen. Die politisch Verantwortlichen reagierten mit einer überfallartigen Großrazzia von z.T. vermummten Bullen und mit zahlreichen Verhaftungen.

Im Dezember organisierten Flüchtlinge in einem Lager in Köln einen Hungerstreik gegen ihre miesen Unterbringungsbedingungen und für die Schließung des Lagers.

Zwei aktuellere Beispiele dafür, wie sich Flüchtlinge gegen die Lagerbedingungen wehren. Auch in Gelnhausen kam es zu Beginn der Belegung zu Protest- und Essensverweigerungsaktionen. Sie richteten sich vor allem gegen prügelnde Wachmänner, die mit elektrischen Schlagstöcken ausgerüstet waren. Ein Wachmann wurde versetzt, diese Schlagstöcke wurden abgeschafft.

Ausgetauschte Lagerausweise, zerschnittene Zäune - überall in den Lagern gibt es einen "stillen" Widerstand gegen deren Kontroll- und Internierungsfunktion.

Der Kampf der Flüchtlinge gegen die herrschende Abschiebepraxis hat ebenfalls verschiedene Formen. Die Platzbesetzungen und Grenzaktionen der Roma für ihr Bleiberecht sind die bekannteren Beispiele. Vielerorts kam es zu Kirchenbesetzungen von Asylsuchenden gegen ihre Abschiebeverfügungen. Und nach offiziellen Schätzungen entziehen sich bis zu 20 % der Flüchtlinge ihrer Ausweisung oder Abschiebung, indem sie untertauchen. Das ist sicherlich der eindrücklichste, wenn auch unspektakuläre Beleg für das Widerstandsverhalten der Flüchtlinge und für funktionierende MigrantInnenstrukturen insgesamt.

Das Abschiebelager Gelnhausen

Im Gelnhausener Lager - sozusagen noch im Vorlaufstadium - wurde bereits eine Polizeistation eingerichtet, vorgeblich zum Schutz der Flüchtlinge vor Bürgern und umgekehrt. Nach dem neuen Schnellverfahren - auch hier sind sich SPD-Klemm und Grünen-Plottnitz einig - sollen viele Flüchtlinge innerhalb der drei Monate direkt aus den Erstaufnahmelagern wieder abgeschoben werden. Daß dazu Polizei vor Ort gebraucht wird, liegt auf der Hand.

Das Lager Gelnhausen umfaßt vier (demnächst fünf) Gebäude der ehemaligen Coleman-Kaserne, 800 - 1000 Flüchtlinge sind hier untergebracht. Eins der Gebäude wird gerade zur Außenstelle des Asylbundesamtes ausgebaut. Ab Januar 93 wird das Lager direkt über das hessische Ministerium verwaltet, d.h. ein Lagerleiter sowie einige wenige Sozialarbeiter werden eingestellt und ein Arzt wird unter Vertrag genommen.

Ansonsten setzen die SPD-Grünen Flüchtlingsverwalter auf die weitere Arbeit des ehrenamtlichen HelferInnenkreises, ohne den von einer sozialen Betreuung garnicht die Rede sein könnte. Wachschutz, Reinigung sowie Kantinenverpflegung wird an Privatfirmen vergeben. Letzteres, also die Großküche, wird auch in Zukunft von der Firma "Czok und Vogel" betrieben. Dieses Privatunternehmen hatte bis zum 31.12.92 den gesamten Lagerbetrieb in Gelnhausen unterhalten, d.h. im wesentlichen wurden Flüchtlinge zu Minimallöhnen als Sozialbetreuer und Dolmetscher angestellt.

"Czok und Vogel" verdient sich nicht nur in Gelnhausen eine goldene Nase; die Lager in Gießen, Eschborn, Schloß Dehrn, Darmstadt und noch weitere betreibt sie ebenfalls, eine ihr angeschlossene Kantinenfirma liefert den Kantinenfraß dort, wo keine Großküchen bestehen.



Die Lager sollen abschrecken, sollen stigmatisieren und machen krank!

Die sog. Vollverpflegung ist für Erstaufnahmelager die Regel, den Flüchtlingen bleibt allenfalls ein Taschengeld von 81.-DM im Monat, das - wie gesagt - jetzt nochmal gekürzt werden soll.

Diese soziale Entrechtung ist ebenfalls Bestandteil einer Lagerstrategie, die von Anfang an auf Abschrekkung zielt. 1978 und 80 gab es die ersten Verordnungen zur Lagerunterbringung. Begründet wurden sie schon damals so:

"Das Lager soll nicht einladend wirken, sondern Scheinasylanten abschrecken. Auch das ist gemeint ... lagermäßige Unterbringung, Zwangskontrollen und Ausgangsbeschränkung, ganz klar." (hess. Innenminister Gries, FDP, 1980).

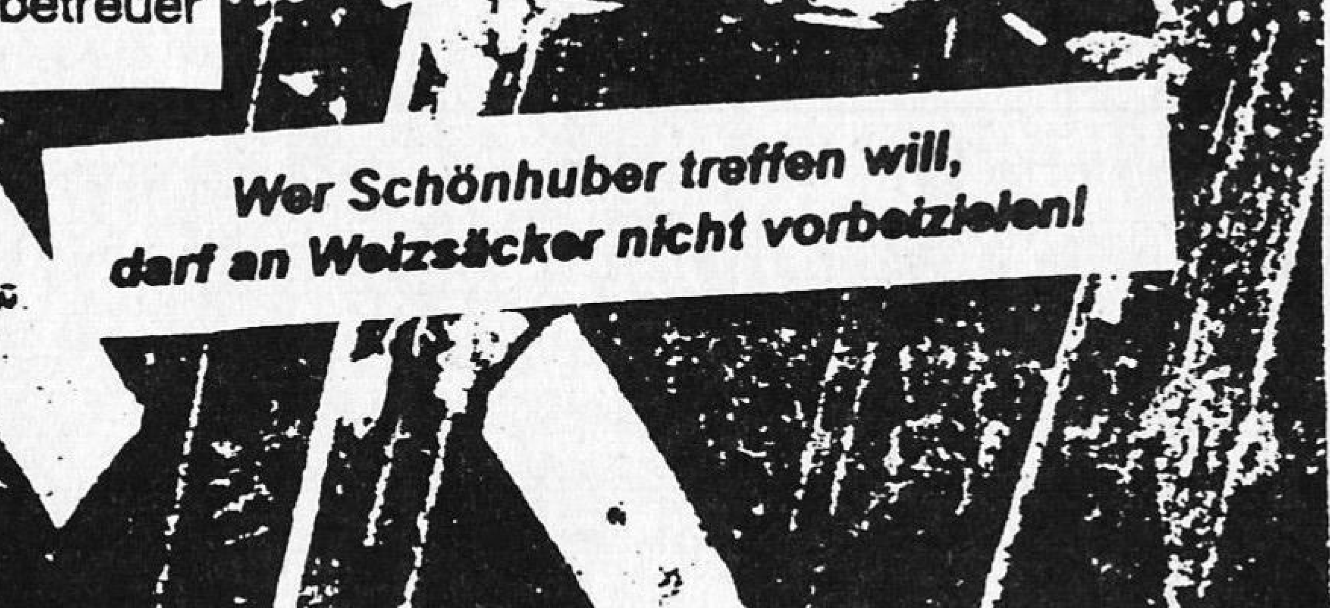
Und:

"Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager." (L.Späth ehemaliger Ministerpräsident von Ba.-Wü.)

Lagerunterbringung macht körperlich und psychisch krank, das ist von ÄrztInnen und PsychologInnen hinreichend beschrieben. Das Zusammenpferchen von 500-1000 Menschen auf engem Raum, nach z.T. monatelanger Flucht und in völliger Unsicherheit über ihren Aufenthaltsstatus, hat von den Verantwortlichen bewußt inkauf genommene Folgen. Allgemeine Niedergeschlagenheit, Apathie, Schlafstörungen ...: eine Studie über die Auswirkungen auf LagerbewohnerInnen in Tübingen gibt an, daß "60% der Untersuchten als depressiv eingeschätzt werden können".

Bleibt noch eine weitere Funktion der Lager zu betonen, nämlich die Aussonderung, die Stigmatisierung der Flüchtlinge, ihre Kennzeichnung in dieser "Sonderunterbringung für Unerwünschte".

Die Kreise schließen sich, wenn diese "Markierungen" von Rassisten und Neonazis als Angriffsziele aufgegriffen werden und umgekehrt diese Angriffe wiederum der Verschärfung der Abschreckung dienen. Stiefel- und Krawattenrassismus gehen Hand in Hand.



"Nie war Antirassismus billiger zu haben als heute"

Wir meinen, daß dieses nach Hoyerswerda geprägte Motto auf so einiges paßt, was zur Zeit "in diesem unseren Lande" stattfindet.

Die Demonstrationen vom 8. und 9. November, ganz groß in Berlin unter Führung des Ex-Nazis Weizsäcker, der begnadeten Spätgeburt Kohl und der Pfeife Engholm; hier in Hanau dasselbe in klein mit Landrat Eyerkaufer und der CDU in der vordersten Reihe - das waren nur die Spitzen herrschender Heuchelei in Sachen Ausländerfeindlichkeit. Oder wie sie es nannten: "Menschenwürde".

Ja, sie sind getrieben von großer Sorge - um das Investitionsklima hier und um das "Ansehen der deutschen Wirtschaft im Ausland".

Sich von Nazi-Skins und militanten Faschisten zu distanzieren, ist einfach. Mit solch roher Gewalt will scheinbar kaum mehr jemand etwas zu tun haben. Gegen das böse Bild vom häßlichen, gewalttätigen Deutschen gehen derzeit Hunderttausende mit Kerzen auf die Straße. Wenn aber nicht gleichzeitig bessere Lebensbedingungen und ein Bleiberecht für die Flüchtlinge hier gefordert werden und wenn nicht gegen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern gekämpft wird - und zwar hier gegen das "Herz der Bestie" - dann bleiben die Massendemonstrationen Selbstzweck zur Beruhigung des eigenen Gewissens. Sie werden ohnehin bereits organisiert und benutzt und von den Medien vermarktet, um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, wie nett wir Deutschen eigentlich sind.

Das Motto "Keine Gewalt" verdeckt dabei nicht nur die alltägliche, strukturelle Gewalt gegen Flüchtlinge. "Keine Gewalt" schreien die Herrschenden umso lauter, als zunehmend mehr Betroffene zum Teil sogar öffentlich ein bewaffnetes Notwehrrecht diskutieren oder bereits einfordern. Zweifellos sind es heute in erster Linie die Selbstverteidigungsstrukturen der MigrantInnen und Einwandererjugendlichen, die z.B. in den Städten des Rhein-Main-Gebietes ein offenes Auftreten von Fascho-Skins eindämmen. Und daß sich diese Strukturen zunehmend auch gegen den staatlichen Rassismus richten, ist eine Angst der Herrschenden.

Was verstehen wir, als weiße deutsche Linke, unter antirassistischem Kampf?

Der Schutz vor rassistischen Angriffen sowie Aktionen gegen neofaschistische Organisationen und Versammlungen sind dringlich und unausweichlich. Aber wir denken, daß solche Initiativen erst dann eine Perspektive gewinnen, wenn sie über diesen notwendigen Abwehrkampf hinauskommen.

Das meint zum einen die Unterstützung der Flüchtlinge und MigrantInnen in ihrem Kampf für soziale Gleichstellung und gegen alle rassistischen Sondergesetze. Zum anderen müssen wir versuchen, den rassistischen Konsens in der Bevölkerung aufzubrechen. D.h. sowohl die rassistischen Interessen und Identitäten der Deutschen -auch in uns selbst- aufzudecken und anzugreifen, als auch Initiativen zu stärken, die die sozialen Fragen, z.b.

die Wohnungsnot, thematisieren und gegen die verantwortlichen Herrschenden richten.

Wir wollen mit diesem Informationsblatt, mit Veranstaltungen und künftigen Aktionen gegen die neuen Sammellager, d.h. hier speziell zu Gelnhausen, mobilisieren. Die Tatsache, daß Rechte und Rassisten die Lager weghaben wollen, weil sie gegen Flüchtlinge sind, darf uns, die Linke insgesamt nicht davon abhalten, gegen die beschriebenen Lagerbedingungen und -funktionen vorzugehen, eben weil wir für das Bleiberecht und die soziale Gleichstellung der Flüchtlinge eintreten.

Die Lager sind ein Synonym für den staatlichen Rassismus, für uns sind sie ein praktischer Ansatzpunkt im Versuch, die herrschende Flüchtlingspolitik zu durchkreuzen und die Flüchtlinge in ihren Interessen zu unterstützen. Unser Ziel ist die Abschaffung der Lager zugunsten dezentraler Unterbringungen ohne jede Kontrolle und bei gleichen Rechten von Nichtdeutschen und Deutschen. Auch wenn es zur Zeit utopisch erscheint, die Vorstellung, z.b. große ehemalige Kasernenanlagen in Gelnhausen oder Hanau für gemeinsame offene Wohnprojekte von Deutschen, MigrantInnen und Flüchtlingen zu nutzen, ist uns noch nicht verlorengegangen. Wohnungsnot hat jedenfalls dort, wo sie besteht, nichts mit "zu vielen Flüchtlingen" zu tun, sondern ist Ausdruck gezielter Wohnraumverknappung.

Die Lager sind Realität, angesichts der ab dem 1.4.93 auch in Hessen zu erwartenden Verschärfungen im Rahmen des neuen Asylverfahrensgesetzes wird eine unserer antirassistischen Parolen lauten: die Abschiebelager sabotieren! Tun wir etwas dafür, daß es keine reine Parole bleibt!



Sondergesetze gegen AusländerInnen abschaffen!

Weg mit dem Asylverfahrensgesetz und den Abschiebelagern!

Keine Kürzung - volle Auszahlung der Sozialhilfe in bar!

Freie Wahl des Aufenthaltsortes für Flüchtlinge!

Offene Grenzen - Bleiberecht für Alle!

Unterstützt die Selbstverteidigung von Flüchtlingen und MigrantInnen gegen den rassistischen Terror!



AG Für Freies Fluten
Kontakt über Metzgerstr.8, 645 Hanau

ERKLÄRUNG ZU RASSISMUS UND SEXUELLER GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

aus: Das Nestbeschmutz 1/93

vom FRAUEN-NOTRUF

Presse und Öffentlichkeit ereifern sich in den letzten Tagen und Wochen über die Massenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen in Bosnien-Herzegowina. Auch wir - Frauen-Notruf Göttingen - verurteilen diese sexuelle Gewalt und natürlich muß den Frauen und Mädchen jede mögliche Hilfe zukommen. Was aber u.a. die Presse verschweigt, ist, daß Vergewaltigungen in größerem Ausmaß, erzwungen von den Männern der gegnerischen Kriegspartei, in allen Kriegen stattfanden und stattfinden werden. Gewalt gegen Frauen, und somit auch sexuelle Gewalt, ist Teil der Gesellschaft (egal, ob BRD oder Bosnien-Herzegowina). Dies ist auch der Grund, daß
sexuelle Gewalt weder in diesem - noch in einem vergangenen - Krieg als Kriegsverbrechen anerkannt wurde,
sexuelle Gewalt nicht als Grund für Asyl akzeptiert ist.

Dies heißt, selbst vor der jetzt beschlossenen Einschränkung der Asylgesetzgebung, hätten Frauen mit sexueller Gewalt als einziger Fluchtursache keine Chance gehabt, in der BRD aufgenommen zu werden. So wie diese Massenvergewaltigungen als spektakuläre, verdammenswerte Taten im fernen Ausland dargestellt werden, so wird sexuelle Gewalt generell als Einzeltat bzw. als einzelner Vorfall dargestellt. Ignoriert und vertuscht werden soll damit die Ursache sexueller Gewalt: die Unterdrückung der Frauen durch die Männer, deren Folge Sexismus ist.

Egal ob im ehemaligen Jugoslawien, in den Gefängnissen z.B. der Türkei als Foltermethode angewandt oder in der BRD in Form von Vergewaltigungen:

Männer können - gesellschaftlich legitimiert - Macht in Form von sexueller Gewalt ausüben und Frauen als ein unter ihnen stehendes Objekt niederer Qualität benutzen. Dies war und ist gesellschaftliche Realität. In einer Situation, in der von Politikern Nationalismus und auch Rassismus geschürt und von (Neo)Nazis in Form von z.B. Brandanschlägen umgesetzt wird, nimmt natürlich auch Gewalt gegenüber Frauen an Ausmaß und Brutalität zu. Dazu einige Beispiele aus dem Göttinger Tageblatt:
FRAU ÜBERFALLEN (GT, 3.12.92), MANN ERSCHIEßT EX-FREUNDIN (GT, 8.12.92), VERGEWALTIGUNG AUF DEM UNI-GELÄNDE (GT, 26.11.92).
Dies sind Veröffentlichungen aus dem Polizeibericht. Es ist bekannt, wie groß die Dunkelziffer ist.
Rassismus und Sexismus sind, trotz ihrer Unterschiede, beide von der Gesellschaft akzeptierte Freifahrtscheine zur Gewaltausübung gegen vermeintlich Minderwertige, gegenüber Schwächeren. Verantwortliche Täter sind diejenigen, die dies schüren, aktiv Rassismus und Sexismus umsetzen und/oder stillschweigend billigen. Es gilt, die Ursachen beider Unterdrückungsstrukturen zu bekämpfen.

Wir fordern ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für alle, die in der BRD leben wollen.

Wir werden gegen Rassismus und Sexismus angehen und die Täter zur Verantwortung ziehen.

Vergewaltiger wir kriegen euch.

DIE MACHT DER SCHWÄNZE HAT IHRE GRENZE



Rußland: In einem Jahr Lebensstandard halbiert

85 Prozent des Einkommens allein für Lebensmittel



Innerhalb des letzten Jahres - seit der Freigabe der Preise im Januar - hat sich der Lebensstandard in Rußland halbiert. Die Menschen sind fast nur noch damit beschäftigt, sich Lebensmittel zu organisieren. Die Aufbruchstimmung, die das Land im August letzten Jahres erfaßt hatte, nachdem die Bevölkerung den Putschversuch scheitern ließ, ist längst einer tiefgreifenden Apathie gewichen. Die Hoffnungen auf tiefgreifende demokratische Reformen und auf einen steigenden Lebensstandard haben sich nicht erfüllt. Das berichteten die beiden russischen Wissenschaftler bei ihrem Besuch in Frankfurt am Main.

Im April letzten Jahres gingen etwa 45 Prozent der Haushaltseinkommen für Lebensmittel drauf, im August diesen Jahres waren es schon 85 Prozent. Eine Wahnsinns-Inflation von 2000 Prozent hat innerhalb eines Jahres nahezu alle privaten Ersparnisse aufgefressen. Inzwischen sinkt der Verbrauch an Lebensmitteln, weil sie nicht mehr bezahlbar sind. Der Verbrauch an Fleisch ging um 30 Prozent zurück. Der Verbrauch von Milch sank um 25 Prozent - ein untrügliches Zeichen dafür, daß sich die Ernährung von (Klein-)Kindern und Alten massiv verschlechtert hat.

Seit dem Beginn der Reformen sind Löhne und Gehälter etwa um das Zwölffache gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben sich die Preise überschlagen: War das Kilo Fleisch im Dezember 1991 noch für sieben Rubel zu bekommen, kostet es heute 194 Rubel. Für ein Kilo Kartoffeln, das vor zwei Jahren noch für 30 Kopeken zu haben war, müssen jetzt 23 Rubel berappt werden.

Der Staat zieht sich, so die Auskunft der beiden Wissenschaftler, massiv aus der sozialen Infrastuktur zurück. Die kostenlose medizinische Versorgung soll liquidiert werden. Betriebe schließen, so wie es auch in der Ex-DDR geschah, die betrieblichen Kindergärten. Betriebskantinen werden privatisiert. Arbeiter, Angestellte, aber auch Wissenschaftler können sich inzwischen das Kantinenessen nicht mehr leisten und müssen ihr Essen von zu Hause mitbringen. Dienstleistungen wie Wäschereien, Friseure usw. können mangels Geld nicht mehr in Anspruch genommen werden. Ein Haarschnitt kostet inzwischen den Durchschnittlohn für drei Arbeitstage.

Noch weitaus schlechter geht es den Arbeitslosen und Alten. Offiziell gibt es bisher nur 370.000 Arbeitslose bei 71 Millionen Beschäftigten. Nach Schätzungen liegt die reale Zahl bei zwei bis drei Millionen Arbeitslosen. Zunehmend schicken Betriebe Beschäftigte in unbezahlten "Urlaub". Trotzdem ist im Vergleich zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die Arbeitslosenrate in Rußland noch gering. Dies kann sich allerdings schnell ändern; die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rechnet in nächster Zeit mit dem Zusammenbruch vieler Großbetriebe.

In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit ist der Betrieb, der die Entlassung vorgenommen hat, zur Weiterzahlung des Lohnes verpflichtet. Danach folgt das Arbeitslosengeld, das inzwischen 345.000 Menschen bekommen. Die Höhe der Unterstützung beträgt 900 Rubel und entspricht damit der Höhe des Mindestlohnes. Nach einem halben Jahr reduziert sich das Arbeitslosengeld auf etwa 700 Rubel im Monat. Der Bezug von Arbeitslosengeld ist befristet. Im Anschluß wäre die Sozialhilfe zuständig, die sich allerdings noch in der Aufbauphase befindet.

Entscheidend ist natürlich, was man sich von dieser Arbeitslosenunterstützung kaufen kann: "Von den pro Tag zur Verfügung stehenden 30 Rubeln kann man sich ein Kilo Brot und drei Gramm Butter kaufen. Dann hat man aber kein Geld mehr für Wasser, Energie, Kleidung und anderes", so beschrieb der Institutsleiter die Alltagssituation von Arbeitslosen. Offiziell rechnet man mit einem Mindestbedarf von derzeit 3600 Rubeln im Monat, um überleben zu können.

Die Lebensmittelversorgung der russischen Bevölkerung wird immer schlechter, obwohl in diesem Jahr eine Ernte eingefahren werden konnte, die dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ernteerträge beim Grundnahrungsmittel Getreide um 20 Prozent gestiegen.

U.B.

Die Alltagssituation der Menschen spielt kaum eine Rolle, wenn sich Presseartikel in deutschen Zeitschriften mit der wirtschaftlichen und politischen Situation in Rußland auseinandersetzen.

Mitte November besuchten zwei Moskauer Wissenschaftler Frankfurt am Main: Professor Boris Rakitzkij, Leiter des Institutes für Probleme der Beschäftigung an der Russischen Akademie der Wissenschaften und sein Mitarbeiter Alexander Stavnitskij.

Auseinandersetzungen zwischen ausländischen und einheimischen Kapital

"Rußland befindet sich in einer Krise. Es ist keine ökonomische, keine energetische, keine finanzielle Krise, sondern das gesamte System ist von der Krise betroffen. Es ist eine Krise aller Verhältnisse im Land - und diese Krise ist entstanden, weil dieses Land eine sehr lange Zeit ein totalitäres Land war." Die russische Bevölkerung lebe derzeit in einem Schockzustand. So beschrieb Boris Rakitzkij, Professor für Ökonomie und Leiter des Institutes für Probleme der Beschäftigung an der Russischen Akademie der Wissenschaften die Lage seines Landes in einem Gespräch mit der „quer"

Krise bedeute, daß das Land in einer Situation sei, in der eine historische Wahl über den weiteren Weg zu treffen sei. Eine Variante bestehe darin, daß das vorherige System überlebe, allerdings wesentlich modernisiert. Die andere Variante bestehe darin, daß sich das System prinzipiell verändere. "Das ist der wesentliche Inhalt einer antitotalitären Revolution."

Diese Periode der "Revolution" sei aber inzwischen vorbei, "denn in Rußland wurde beschlossen, daß sich das System lediglich qualitativ verändert". Tiefgreifende demokratische Reformen, die das System und die Gesellschaft prinzipiell verändert hätten, wurden bislang nicht realisiert. In Rußland habe seitdem der forcierte Aufbau des Kapitalismus begonnen.

Die Variante einer sozialistischen Entwicklung - "nicht jene frühere sozialistische Entwicklung, die wir als Totalitarismus bezeichnen" - werde vom Großteil der russischen Bevölkerung zur Zeit abgelehnt. Viele Menschen setzen auf den Kleinhandel - einige aus Not, andere aus Überzeugung. Viele Kleinhändler sähen sich schon heute als die zukünftigen Kapitalisten. Viele Jugendliche schlössen sich auch der Mafia an, für die sie illegale Geschäfte betätigten, da sich damit leichtes Geld machen ließe.

Andere machen mit Schiebereien das wirklich große Geld, horten säckeweise Rubelscheine oder wechseln sie gleich in feste Währungen und bringen ihr Geld ins Ausland. Nach einer Umfrage, geht es heute aber nur drei Prozent der Bevölkerung besser als früher.

"Heute verwirklicht sich der Übergang vom alten System, das auf der totalitären Staatsmacht begründet war, zu einem kapitalistischen System - ein System, dessen Grundlage große Privateigentümer und eine arme Arbeitermasse sind." Die derzeitige Entwicklung könne man im marxistischen Sinn als Akkumulation des Kapitals - oder liberalistisch als Übergang in die Marktwirtschaft beschreiben. Damit sei aber nicht eine "soziale Marktwirtschaft" gemeint. "Dabei werden die ehemaligen Wirtschaftsformen bewußt zerstört - und damit auch jene Grundlagen, die bisher den Menschen ein - wenn auch sehr niedriges - Lebensniveau garantierten."

Die Regierung verfolge derzeit eine Politik, die sich nach den Maßgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank richte. "Diese Politik zielt auf die Deindustrialisierung Rußlands. Die heutige Politik des westlichen Kapitals, ist die Politik der Kolonialisierung Rußlands." Das Programm der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) ziele darauf, "daß sich Rußland zu einem Rohstofflieferanten entwickelt." Doch um diesen Plan durchsetzen zu können, benötige es eine starke koloniale Verwaltung. Es bestehe aber die Frage, ob Jelzins Regierung und Verwaltung sich als eine so starke Kolonialverwaltung erweisen werde.

Auf der anderen Seite habe sich ein "nationales Kapital" gebildet. Obwohl der Warenumschlag um 40 Prozent zurückgegangen sei, sei es der Regierung nicht gelungen, viele Betriebe in der Bankrott zu treiben. (Daraus erklärt sich wohl auch die noch geringe Arbeitslosenquote). Die Verwaltungen in den Betrieben, also die alte Wirtschaftsnomenklatura (nach Duden herrschende Klasse in der Sowjetunion) leisteten Widerstand. Besonders stark sei dieser Widerstand aus dem militärisch industriellen Komplex. Teile davon haben nach Auskunft von Professor Rakitzkij ein Konzept entwickelt, Reformen durchzuführen, ohne die einheimische Industrie zu zerschlagen.

Professor Rakitzkij hat auch eine Vorstellung, welche Änderungen im Interesse der Bevölkerung erfolgen müßten: "An erster Stelle müßte die Demilitarisierung der Volkswirtschaft und Verkleinerung der Armee stehen. Die russische Armee hat noch heute 4 Millionen Leute und steht in 16 unabhängigen Staaten."

Allein für diese Armee verschwände im Jahr mehr Geld als sich die Regierung Jelzin an Krediten vom Währungsfonds jährlich erwarten kann: 24 Milliarden Dollar. Der Umbau der Rüstungsindustrie für die Produktion ziviler Güter würde etwa 150 Milliarden Dollar kosten.

Der Wirtschaftwissenschaftler zieht folgendes Fazit: "Die derzeitigen Auseinandersetzungen in Rußland laufen zwischen dem ausländischen und dem einheimischen Kapital; eine entwickelte Arbeiterbewegung gibt es derzeit nicht". Noch unter der Amtszeit von Gorbatschow sind in der Sowjetunion freie Gewerkschaften entstanden. "Die freien Gewerkschaften sind aus dem aktiven Kampf gegen das totalitäre System gewachsen".

Sie haben jedoch allem Anschein nach die politische Rolle, die sie bis Mitte letzten Jahres gespielt hatten, inzwischen verloren. Entstanden waren sie insbesondere im Bergbau. Freie Gewerkschaften gibt es aber auch bei der Metro in Petersburg und beim Flugpersonal und den Fluglotsen im zivilen Bereich. Mit ihren Streiks hatten insbesondere die freien Gewerkschaften im Bergbau die Regierung Gorbatschow stark unter Druck gesetzt.

Sie stellten damals neben Forderungen nach höheren Löhnen, der Lieferung von täglichen Gebrauchsgütern (die Forderung nach Seife wurde damals berühmt) auch politische Forderungen auf, die Rakitzkij so beschreibt: 1. Abschaffung des Machtmonopols der KPdSU, 2. Rücktritt Gorbatschows, 3. Auflösung des Obersten Sowjet, 4. Unterstützung der Souveränität der Republiken, 5. antiimperialistische Forderungen. In einem Bergbaugebiet wurde schon damals eine Machtkonzentration auf den Präsidenten (wie sie heute auch Jelzin innehat) abgelehnt.

Die freien Gewerkschaften haben damals ausdrücklich Jelzin unterstützt - und ihre Streiks haben eine große Rolle bei Jelzins Sieg gespielt. Nach Jelzins Machtübernahme sind nach Rakitzkijs Auskunft die Löhne im Bergbau stark erhöht worden.

Gleiches gälte für die Beschäftigten in der Gas- und Erdöl- fördernden Industrie, die lediglich mit Streiks gedroht haben. Daher sei der Lebensstandard, so Rakitzkij, trotz der Freigabe der Preise durch die Regierung in diesem Industriebereich kaum gesunken, während der Lebensstandard der Durchschnittsbevölkerung im gleichen Zeitraum halbiert worden sei.

Neuere Streiks, die sich auf die Folgen von Jelzins Politik bezogen (Preisexplosion, Privatisierung, Auflösung der staatlich geförderten sozialen Infrastruktur), wie beispielsweise ein Streik im Gesundheitsbereich der Hauptstadt Moskau, seien von diesen Gewerkschaften nicht unterstützt worden.

Den Gemütszustand der Bevölkerung unter der aktuellen Politik beschreibt der Wissenschaftler so:

"Wir leben in einer Schocksituation, die noch andauern wird. Erst wenn diese überwunden ist, werden sich lebendige gesellschaftliche Kräfte formieren, die politische Forderungen formulieren werden - und dann beginnt der politische Kampf." **U.B.**

Deutsches Modellarbeitsamt in Moskau

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg betreut bald ein Modellarbeitsamt in Moskau. Damit soll der Aufbau einer funktionierenden Arbeitsverwaltung in Rußland unterstützt werden. Bis zu 40 Millionen Arbeitslose werden dort mit der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt erwartet. Zuständig für die Betreuung des deutschen Modellarbeitsamtes in Moskau ist das Referat "Aufbau und Reform von ausländischen Arbeitsverwaltungen" bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. In der Hauspostille >arbeit + beruf< heißt es: "Dieses Modellarbeitsamt soll einen Aufbau nach deutschem Muster erhalten. Das Personal wird durch deutsche Trainer geschult und über einige Zeit bei der täglichen Arbeit begleitet. Die deutsche Seite finanziert auch die Einrichtung. Das Modellarbeitsamt soll Muliplikatorenfunktion für weitere Mitarbeiter der russischen Arbeitsverwaltung erfüllen." (aus: Siesta, Nr. 16)

Verdeckte Ermittler in Tübingen



Dieses Papier ist ein gemeinsames Papier von Leuten aus folgenden Gruppen: Nicaragua-Arbeitskreis der Evangelischen StudentInnengemeinde, 'Profan', EG-Conquista-Plenum, Infobüro/Infocafé, Palästina-Libanon-Komitee, Roma-UnterstützerInnen und Zentralamerika-Komitee.

Am 21.07.92 wurde der Einsatz zweier Verdeckter Ermittler des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg bei uns in Tübingen bekannt. Einer der beiden Ermittler hatte seine Identität aufgrund der Beziehung zu einer Frau aus der Szene, die wir im weiteren der Einfachheit halber Anna nennen wollen, offengelegt. Anna war - das war für den Beamten und seine Dienststelle offensichtlich der Grund, die Legende nicht weiter aufrecht zu erhalten bzw. den Einsatz der Beamten in Tübingen abzubrechen - schwanger und hatte sich dafür entschieden, das Kind zu bekommen. Zu der Beziehung mit Anna werden wir in dem Abschnitt über unsere Aufarbeitung noch ausführlicher eingehen.

Unter dem Namen Joachim Armbruster und Ralf Hausmann wohnten die beiden Beamten seit Februar 91/April 91 im selben Haus wie eine politisch aktive Wohngemeinschaft. Beide Verdeckten Ermittler waren mit einer vollständigen Legende ausgestattet. Teil dieser Legende war der wahrscheinlich durch das Landeskriminalamt vermittelte Arbeitsplatz bei der Körperbehinderten Förderung (KBF), Mössingen. Der Einsatz war auf mehrere Jahre geplant.

"Ralf Hausmann" (im folgenden "H") und "Joachim Armbruster" (im folgenden "A") hatten in den anderthalb Jahren ihrer Tätigkeit Kontakt und Zugang zu den verschiedensten Gruppen und Zusammenhängen in Tübingen:

Sie arbeiteten in Solidaritätsgruppen (Nicaragua Arbeitskreis der evangelischen StudentInnengemeinde [ESG] und Palästina-Libanon-Komitee), in tübinger Aktionsbündnis gegen den Münchner Weltwirtschaftsgipfel und das Abschiebelager für Flüchtlinge in Reutlingen (Anti-EG-Conquista-Plenum) sowie in der Gruppe 'Profan', einer Gruppe, deren Ziel es ist, allen Formen staatlicher, politischer Repression entgegenzuarbeiten und davon Betroffene zu unterstützen. Darüberhinaus besuchten sie regelmäßig das Tübinger Infocafé, einem für uns wichtigen Veranstaltungsort und Treffpunkt. H hatte die Absicht, sich an der Organisation des Infocafés zu beteiligen. Nachdem er sich einmal am Frühstücksdienst beteiligt hatte, wurde er vom LKA Stuttgart abgezogen, so daß es zu keiner weiteren "Zusammenarbeit" kam.

Es handelte sich um offene und öffentlich arbeitenden Gruppen. Dementsprechend gingen die Ermittler vor, als sie sich in die Gruppen einschleusten.

- Als der Nicaragua-Arbeitskreis der ESG eine Aktion zur Preispolitik der internationalen Kaffeekonzerne machte, um darüber auch neue Mitglieder zu werben, beteiligte sich "A" daran und arbeitete ab dem Zeitpunkt in diesem Arbeitskreis mit.
- Als das Palästina-Libanon-Komitee eine Info- und Werbeveranstaltung machte, nahm "H" daran teil und arbeitete fortan dort mit.
- Als 'Profan' öffentlich einlud, um Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen, gingen beide hin. Wie sie dabei vorgingen, wollen wir an 'Profan' beispielhaft beschreiben:

Sie begründeten ihren Entschluß bei Profan mitarbeiten zu wollen mit "persönlicher Betroffenheit": Die Wohngemeinschaft, die schon lange in dem Haus wohnt, in dem sich die Verdeckten Ermittler einquariert hatten, wurde Anfang 91 vier Wochen lang ununterbrochen observiert. Da darüberhinaus immer wieder Polizeikontrollen vor besagtem Haus stattfinden, wurden die beiden Verdeckten Ermittler von der Wohngemeinschaft über diese Möglichkeit und die Observationen informiert. Mit dieser Information kamen "A" und "H" zu Profan auf o.g. Veranstaltung und erzählten, sie seien Über die Observationen und Polizeikontrollen schockiert gewesen. Sie hätten schon das Gefühl, ebenfalls überwacht zu werden und meinten, gegen solche Zustände müsse etwas gemacht werden. Deshalb sei für sie das nächstliegende, in einer Antirepressionsgruppe mitzuarbeiten.
Was daran deutlich wird, ist die Tatsache, daß sie ihren Einstieg in die Gruppen über den "üblichen Weg der Politisierung von Menschen" geschickt angelegt hatten.

Nachdem die Verdeckten Ermittler sich ungefähr ein dreiviertel Jahr bei uns in Tübingen "eingelebt" hatten und bekannt waren, beteiligten sie sich an den Vorbereitungen von Aktionen, die teils öffentlichen Charakter hatten (z.B. eine Demo gegen die Massaker in Kurdistan im März 1992), teils aber auch an Aktionen, die in der Vorbereitungsphase einen nicht-öffentlichen Charakter hatten (z.B. die Besetzung des SPD-Büros wegen der Haltung der SPD zum Asylrecht im Juni 1992). Sie beteiligten sich darüberhinaus an der Vorbereitung von Aktions-Tagen gegen das Internierungs- und Abschiebelager in Reutlingen und bei einer Blockade vor dem Verwaltungsgebäude des Abschiebelagers im Mai und Juni 1992.

Sie beteiligten sich an der Vorbereitung von Aktions-Tagen gegen den Weltwirtschaftsgipfel Anfang Juli 1992 in München, besuchten in diesem Rahmen eine Veranstaltung zu Isolationshaft und politischen Gefangenen weltweit. "A" fuhr auch mit einer Gruppe von uns nach München zum Gegengipfel und beide waren auf der Demonstration am Samstag, 5. Juli 1992 in München dabei. Auf der Demonstration verhielten sich beide Ermittler sich zurückhaltend und diszipliniert, es gingen von ihnen keine Provokationen oder dergleichen aus.

Als 'Profan' eine Informationsveranstaltung zum Thema "Aussageverweigerung, Verhalten gegenüber Polizei und Justiz" machte, waren beide Ermittler sehr engagiert in der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung im Juni 1992.

Ebenso war "H" zusammen mit vielen Leuten aus Tübingen und Reutlingen auf der Antifa-Demonstration im April 1992 in Passau dabei, wo er sich kooperativ und hilfsbereit, wie auch erschrocken über das brutale Vorgehen des bayerischen USK gegen die Demonstranten und Demonstrantinnen zeigte.

Im Laufe der Zeit entstanden zwischen uns und den Verdeckten Ermittlern persönliche Beziehungen bis hin zu engen Freundschaften. Rückblickend betrachtet haben die beiden Agenten ein Geflecht von Arbeitskontakten und persönlichen Beziehungen geknüpft, das unser gesamtes Spektrum der nicht parteiförmig organisierten Tübinger Linken umfaßte. So konnten sie ihre Auftraggeber detailliert über unsere Arbeitsschwerpunkte, über Zusammenhänge zwischen unseren verschiedenen politischen Initiativen und über Beziehungen der AktivistInnen untereinander informieren.

Die offizielle Begründung für den Einsatz

In der Stellungnahme des Innenministeriums vom 9.9.92 auf die Anfrage des SPD-Abgeordneten G. Weimer im Landtag nennt der Innenminister Birzele als Begründung für den Einsatz das Vorliegen von Erkenntnissen, die "darauf hindeuten, daß Personen des "RAF"-Umfeldes nicht nur in legale Szenenaktivitäten (z.B. Betreuung von "RAF"-Häftlingen, Durchführung der Zusammenlegung- bzw. Freilassungskampagne, Prozeßbesuche, agitatorische Unterstützung) eingebunden sind, sondern auch illegale Unterstützungshandlungen vornehmen (z.B. das gezielte Ausspähen von Personen)".

Primäres Ziel des Einsatzes der Verdeckten Ermittler sei gewesen, "Erkenntnisse über Nahtstellenpersonen [Nahtstellenpersonen sind lt. Definition des Innenministeriums Personen, die ihrerseits Verbindung zur 'Kommandoebene' der RAF haben] zu gewinnen und mit ihnen in Kontakt zu kommen. Dabei war von vornherein klar, daß die Verdeckten Ermittler nicht sofort einen direkten Zugang zu diesen Zielpersonen finden konnten. Deswegen war das Vorgehen und das Verhalten der Verdeckten Ermittler zunächst darauf angelegt, über vom Einsatzziel nicht erfaßte Organisationen und Gruppierungen schrittweise an Personen mit Kontakten zum "RAF"-Umfeld heranzukommen. Diesem einsatztaktischen Zweck diente die Mitarbeit der Verdeckten Ermittler im Nicaragua-Arbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinschaft".

In der Stellungnahme des Innenministeriums vom 14.10.92 auf die Anfrage der GRÜNEN im Landtag ist weiter zu lesen: "Im Raum Tübingen wurden in den letzten Jahren zahlreiche, dem linksextremistischen Spektrum zugeordnete, politisch motivierte Straftaten, darunter auch Brand- und Sprengstoffanschläge durchgeführt. Im Zuge der Ermittlungen zu dem Sprengstoffanschlag auf die Ausländerstelle des Landratsamtes Böblingen (22.8.91) fielen beim Landeskriminalamt Erkenntnisse an, die auf die Existenz einer "Revolutionären Zelle" (RZ) im Raum Tübingen hindeuten." Und: "Mit dem Einsatz der Verdeckten Ermittler sollen in erster Linie im Umfeld der "RAF" und der "RZ" (Mitgliedschaft und/Unterstützung im Sinne des §129a StGB sowie damit zusammenhängende Straftaten), daneben aber auch sonstige Straftaten aus dem Bereich der militanten Autonomen, wie z.B. Brand und Sprengstoffanschläge, Landfriedensbruch, schwere Körperverletzungsdelikte, Sachbeschädigungen mit erheblichem Ausmaß bekämpft werden."

Unsere Bewertung des Einsatzziels

Wir gehen davon aus, daß die Staatsschutzbehörden tatsächlich Informationen über die Struktur, Ziele und Aktivitäten der politischen Zusammenhänge gewinnen wollten, die sie als "RZ-Umfeld" oder als "RAF-Umfeld" definieren, bzw. daß sie sich einen direkten Zugriff auf illegale politische Strukturen erhofft hatten. Der Begriff des "Umfeldes" wurde allerdings allein von den Sicherheitsbehörden ins Leben gerufen und wird von ihnen auch je nach politischer Interessenlage gefüllt. Er ist willkürlich anwendbar.

Die Verwendung der Begriffe "Zielpersonen"- und "Kontaktpersonen" soll über folgendes hinwegtäuschen:

Zunächst werden einzelne von uns zu "Zielpersonen" erklärt, um deren gesamten Bereich menschlicher und politischer Kontakte geheimdienstlich zu durchdringen. Und alle,

die wir in diesem Bereich der "Zielpersonen" leben und arbeiten - in Tübingen ist es "zufällig" das gesamte Spektrum linker Gruppierungen - werden samt unserer Aktivitäten selbst wiederum zum Ziel der Ermittlungen oder zum Ermittlungsergebnis.

Anders ausgedrückt: Das Interesse des LKA an uns hört nicht da auf, wo sie feststellen müssen, daß keine der überwachten Personen jemanden von den RZs oder aus der RAF persönlich kennt. Sie haben ein grundsätzliches Interesse an Erkenntnissen über unsere linken Zusammenhänge. Genau über dieses Interesse wollen sie mit der Titulierung als "nur Kontaktperson", bzw. mit der Begründung, es ginge bei dem Einsatz nur um bestimmte "Zielpersonen" bzw. das "Umfeld von RZs und der RAF", hinwegtäuschen.

Dieses grundsätzliche Interesse betrifft in besonderem Maße auch unsere ausländischen Genossinnen und Genossen, die in internationalistischen Gruppen (hier das Palästina-Libanon-Komitee) mitarbeiten. Über die Zusammenarbeit von LKA/BKA und ausländischen Geheimdiensten (und deren Folgen) ist an anderer Stelle schon viel geschrieben worden, deshalb erwähnen wir es hier nur kurz.
Die Bedeutung des Einsatzes für die Sicherheitsbehörden läßt sich vielleicht an der Beantwortung der Frage (Anfrage der GRÜNEN) nach der Anzahl der Personen, über die Akten angelegt wurden, ablesen: "In den Akten über den Einsatz der Verdeckten Ermittler in Tübingen sind Daten von insgesamt 78 Personen enthalten. Davon sind 35 Personen als Kontakt- und Begleitpersonen im Sinne von §20 Abs.3 Nr.2 Polizeigesetz einzustufen." (Antwort des Innenministeriums, 14.10.92) Mit anderen Worten: mindestens 43 Personen stehen im Fadenkreuz der Ermittlungen.

Die Aussagen von "Joachim Armbruster" über die konkreten Aufgaben der Verdeckten Ermittler (die wir, mit allen Vorbehalten - eben weil es die spärlichen Auskünfte eines LKA-Beamten sind - hier weitergeben):

"A" nannte die Namen von 10 Personen, deren Fotos ihm zur Einprägung durch seine Dienststelle vorgelegt worden waren. Es waren allerdings nur die Namen der Personen, an die er sich noch erinnern konnte. Nach seinen Angaben war der Auftrag auf 3 bis 4 Jahre angelegt.

In unserer Aufarbeitung konnten wir feststellen, daß die beiden Agenten sehr selektiv vorgegangen sind, um an Informationen heranzukommen: Parallel zu der von Innenminister Birzele beschriebenen Vorgehensweise (s.o.), nicht sofort zu denjenigen von uns Kontakt aufzunehmen, die als "Zielpersonen" galten, war das Verhalten der beiden Verdeckten Ermittler den "Zielpersonen" gegenüber sehr zurückhaltend. Selten haben sie ihnen konkrete Fragen zu ihrer Arbeit gestellt, über andere "Zielpersonen" versuchten sie kaum/gar nicht an Informationen zu gelangen. Es gibt nur die Erinnerung an ein Gespräch, in dem die Ermittler im 'Infocafé' danach gefragt haben, wie ein öffentlicher Brief von Helmut Pohl vom August 1990 verstanden oder aufgefaßt wurde. (Es handelt sich dabei um einen Brief an die Hamburger GRÜNEN, in dem er das Ziel der politisch Verantwortlichen gegenüber den Gefangenen als "Endsieg [über die Gefangenen]" bezeichnet. Diese Aussage von Helmut Pohl wurde in den Medien inhaltlich in ihr Gegenteil als "Einläuten des Endsieges des RAF über das politische System der BRD" verkehrt.)

Anders traten "A" und "H" an die "Kontaktpersonen" heran: Von ihnen versuchten sie sehr viel offensiver an Informationen über Strukturen, Arbeitsinhalte und Aktivitäten der verschiedenen Gruppen heranzukommen. Außerdem suchten sie mit den Kontaktpersonen die Diskussion über z.B. die aktuellen politischen Bestimmungen der RAF, die Vernetzung von Antifa-Strukturen und die Arbeit der 'Initiative für die Zusammenlegung'. Insgesamt können wir sagen, haben die beiden Verdeckten Ermittler sich eher zurückhaltend verhalten, haben versucht, nicht aufdringlich zu sein und haben zu manchen "Zielpersonen" den persönlichen Kontakt gar nicht gesucht.

Nach den Angaben von "A" sei es das Ziel des Einsatzes gewesen, mögliche Kontakte von Leuten aus Tübingen und Reutlingen zur RAF, sowie an vergangenen bzw. zukünftigen Anschlägen beteiligte Personen herauszufinden.

Er erklärte darüberhinaus, daß eine Person/Personen aus der Leitung der Körperbehinderten Förderung (KBF) Mössingen über die wahre Identität und Funktion der beiden beschäftigten Verdeckten Ermittler Bescheid wußte/wußten.
Die Wohnung in Tübingen-Weilheim hätten sie über die KBF vermittelt bekommen.

Beide Ermittler hätten jeden Morgen bei ihren Vorgesetzten telefonisch Bericht erstattet. Zur Sprache kam in den Telefonaten das, was am Vortag vorgefallen war, was sie über uns, unsere praktische Politik und unsere Diskussionen in Erfahrung hatten bringen können.

Offensichtlich kannten sich alle Verdeckten Ermittler in Baden-Württemberg, es fanden Treffen statt.

Was wir über die beiden Verdeckten Ermittler wissen:



Ralf Hausmann:

"H" verschwand neun Tage, bevor "A" seine Identität offenlegte. Deshalb wissen wir sehr wenig über ihn:
- Aufgrund eines Gesprächs mit "H", aus dem hervorging, daß er sich in der Gegend von Gaggenau sehr gut auskennt, nehmen wir an, daß er aus dieser Gegend kommt. Sein Dialekt unterstützt diese Annahme.
- Sein richtiger Name ist nicht bekannt, sein Alter ca. 26 (sie haben sich jünger ausgegeben als sie tatsächlich waren).



Joachim Armbruster:

- Sein richtiger Vorname ist Jörg; seinen Nachnamen kennen wir nicht. Er kommt aus Freiburg. Jetzt arbeitet er beim Rauschgiftdezernat des Landeskriminalamtes in Stuttgart. Er wohnt auch in Stuttgart.
Der Ort, an dem "A" seine Identität der Frau offenlegte, war ein Haus in Schönmünzach im Schwarzwald. Beamte des Landeskriminalamtes hatten/haben dort ein Haus zur Verfügung.

Zur Legende und Arbeitsweise der beiden Ermittler



Im Folgenden wollen wir die wesentlichen Punkte in der Legende der beiden Verdeckten Ermittler zusammenfassen. Vor allem, weil aufgrund von Parallelen in den Legenden zwei weitere Verdeckte Ermittler des LKA in Freiburg (und einer in Karlsruhe) entlarvt wurden. Wir gehen davon aus, daß im selben Zeitraum (ab Jahresbeginn 1991 während des Golfkrieges bis Juli 92) noch weitere Verdeckte Ermittler im Einsatz waren oder immer noch sind.

Es könnte sein, daß das Landeskriminalamt so einfallslos war, alle Verdeckten Ermittler mit einer ähnlichen Legende auszustatten. Deshalb kann es hilfreich sein, anhand dieser Legende zu überprüfen, ob es in anderen Städten Leute gab, die in diesem Zeitraum auftauchten und seit Juli/August 92 (oder auch schon früher) verschwunden sind.

- "H" tauchte im Januar 91, "A" im April/Mai 91 in Tübingen auf.

- Sie wohnten in derselben Wohnung (ohne weitere Personen)

- Sie erzählten, sie hätten vor ihrem Zuzug nach Tübingen Zivildienst bzw. eine Lehre gemacht.

- Beide hatten während ihres Einsatzes tatsächlich einen Teilzeitjob im sozialen Bereich (Körperbehinderten Förderung).

- Manchen von uns erzählten sie, daß sie sich vom Zivildienst her kannten und gemeinsam beschlossen hätten, nach Tübingen zu ziehen. Anderen erzählten sie eine abweichende Version: Sie würden sich erst seit der gemeinsamen Arbeit bei der Körperbehinderten Förderung kennen.

- "A" und "H" vermittelten den Eindruck, befreundet zu sein.

- Sie erzählten ungern von ihrem Leben aus der Zeit, bevor sie in Tübingen aufgetaucht waren. Auf Nachfragen hin lenkten sie ab oder gabe vor, eine beschissene Jugend gehabt zu haben, die Ehe der Eltern sei zerrüttet, bzw. der Vater sei ihnen nicht bekannt und sie wollten nicht weiter darüber reden.

- "H" war in den letzten Wochen seines Einsatzes öfter für mehrere Tage weg, um seine Mutter, die angeblich unter den Folgen eines Hirnschlags litt, zu pflegen. "A" gab vor, "H" ab und an zu begleiten, um ihn bei der Pflege zu unterstützen.

- Nie hatten wir mitbekommen, daß die beiden Verdeckten Ermittler Besuch von Freunden und Freundinnen, Eltern etc. aus ihrer Zeit vor Tübingen bekommen hätten.

- "A" hatte mehrere Versuche unternommen, Beziehungen zu Frauen aus unseren Zusammenhängen aufzubauen.

- Sie sicherten sich ihre umfassenden Informationen darüber, daß sie nicht nur mit Perso-

nen befreundet waren, mit denen sie auch gleichzeitig in einer Arbeitsgruppe waren.

Zum politischen Hintergrund in Baden-Württemberg, auf dem wir uns bewegen konnten, den wir ausnutzen konnten

Im Oktober 91 wurde das *neue Landespolizeigesetz*, das den Einsatz Verdeckter Ermittler neu regelte und ihm die juristischen Grundlagen gab, gegen alle Stimmen der SPD, unter einer CDU-Landesregierung verabschiedet.

Aus den *Landtagswahlen Anfang 92* war eine *große Koalition* hervorgegangen. Frieder Birzele, vormals innenpolitischer Sprecher der SPD-Opposition und "scharfer Kritiker" des neuen Landespolizeigesetzes, wurde Innenminister und somit politisch Verantwortlicher für den Einsatz der Verdeckten Ermittler in Tübingen, bzw. in ganz Baden-Württemberg.

Darüberhinaus war in Baden-Württemberg seit *Mitte 91 bis Anfang 92* die Institution der Verdeckten Ermittler ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik geraten: Es ging um die sogenannte *"Spielcasino-Affaire"*: Verdeckte Ermittler hatten im Zusammenhang mit Spielcasinolizenzen und Drogenhandel Bestechungsgelder angenommen und diskrete Tips über geplante Razzien gegeben. Von der liberalen Öffentlichkeit bis in die damalig oppositionelle SPD wurde die Institution wegen ihrer Unkontrollierbarkeit scharf kritisiert, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wurde eingesetzt.

Diese Widersprüche innerhalb der Verantwortlichen haben wir versucht, im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden

Unsere politische Arbeit zu den beiden Verdeckten Ermittlern

Nachdem nun "A" seine Identität aufgrund der Schwangerschaft einer Frau aus unseren Zusammenhängen offengelegt hatte, trafen wir uns alle als erstes, um auszutauschen, *was* genau passiert war, *wer* den beiden *was* erzählt hatte, was "A" und "H" in Erfahrung hatten bringen können. Es waren große Treffen, an denen sich die verschiedensten, aber hauptsächlich die betroffenen Gruppen und Einzelpersonen beteiligten. Gemeinsam planten und organisierten wir unsere Arbeit und Aufarbeitung. In dieser Situation entschieden wir uns dafür erst nach außen zu handeln und die interne Aufarbeitung, die noch lange Zeit in Anspruch nehmen würde, später zu beginnen.

Das hatte den ganz einfachen Grund, daß wir nicht abschätzen konnten, ob die für den Einsatz Verantwortlichen noch schnelle Ermittlungserfolge in Form von Verhaftungen als Legitimation für den Einsatz präsentieren mußten/wollten oder nicht. Wir sahen die Situation so, daß die verantwortlichen Behörden und Politiker mehrere Möglichkeiten haben würden, diese Operation zu legitimieren: Indem sie einfach stur behaupten, der Einsatz sei durch das Landespolizeigesetz und andere Sondervereinbarungen juristisch abgesichert (und sich in allen weiteren Fragen bedeckt zu halten), indem sie stur auf einem Szenario bestehen, nach dem die Region um Stuttgart ohnehin besonders durch die RAF, die RZ und die militante autonome Szene bedroht sei, indem sie die Medien mit falschen Informationen füttern und so ein Klima der Hetze gegen uns produzieren, in dem dann auch Verhaftungen hätten leicht legitimiert werden können. Für welches Vorgehen sie sich entscheiden würden, wollten wir nicht abwarten. Da wir von "A" das Ziel des Einsatzes kannten, war uns die politische Dimension des Angriffes auf uns und unsere Persönlichkeitsrechte voll bewußt. Es ging um eventuell viele Jahre Knast.

Wir wollten nicht darauf warten, bis wir ein erfundenes Konstrukt der Bundesanwaltschaft gegen eine einheitliche Medienwelt demontieren hätten müssen. Außerdem sahen wir eine Chance, die Institution der Verdeckten Ermittlern politisch in Frage stellen zu können.

Wir wollten also schnellstens an die für uns "größtmögliche" Öffentlichkeit treten, um möglichen Schritten der Verantwortlichen zuvorzukommen und um darüber hinaus auch politische Gruppen in anderen Städten zu informieren und aufmerksam zu machen. Zurecht gingen wir davon aus, daß Tübingen nicht die einzige Stadt ist, in der Verdeckte Ermittler und Ermittlerinnen tätig waren, bzw. sind.



Unsere Pressearbeit

Pressemappe

Aus diesem Grund erstellten wir eine Pressemappe und verschickten diese an regionale und überregionale Radios, Zeitungen und Fernsehen; wir verschickten sie aber auch an alle uns bekannten Infoläden, Infobüros und regionale Szenezeitungen.

Pressekonferenz

Am 30.7.92, neun Tage nachdem uns die Bespitzelung bekannt wurde, hielten wir eine Pressekonferenz ab, in der uns über die Bekanntgabe der reinen Fakten hinaus drei Ziele politisch wichtig waren:

Zunächst einmal war es uns wichtig, die politische Arbeit der unserer Meinung nach betroffenen Gruppen in den Vordergrund zu stellen. Gegen die alles kriminalisierende Begrifflichkeit des Innenministeriums ("RAF-Umfeld, "militante autonome Szene" etc.") versuchten wir in dem gegebenen Rahmen einer Pressekonferenz die politische Arbeit der bespitzelten Gruppen darzustellen und ein möglichst klares Bild davon zu vermitteln, welche politischen Inhalte und Personen tatsächlich Ziel der Sicherheitsbehörden sind.

Unser zweites Ziel war es, die Beziehung zwischen Anna und dem LKA-Beamten aus der Presse rauszuhalten. Das taten wir zum einen aus Rücksichtnahme auf Anna, dann aber auch, um die Berichterstattung im Stil der BILD-Zeitung ("Liebe beendet Polizeieinsatz") zu stoppen und die Auseinandersetzungen auf den Einsatz der Verdeckten Ermittler zu konzentrieren.

Ein weiteres Ziel unserer Pressekonferenz war es, den Spaltungsversuch des baden-württembergischen Innenministers Birzele und des Landeskriminalamt Chefs Schürholz zu stoppen:

Birzele und Schürholz hatten versucht, den Nicaragua-Arbeitskreis der evangelischen StudentInnengemeinde mit einem Gesprächsangebot unter "Vier Augen" aus der gemeinsamen Arbeit zu den Verdeckten Ermittlern herauszubrechen. Mit Blick auf die Öffentlichkeit und heftiger Kritik aus Reihen der Kirche (z.B. aus dem Stuttgarter Oberkirchenrat) wollten Birzele und Schürholz den Eindruck vermitteln, der Nicaragua-Arbeitskreis der ESG sei lediglich "Sprungbrett" für "A" gewesen aber niemals Ziel der Ermittlungen.

Dieser Versuch scheiterte an der solidarischen Haltung des Arbeitskreises: Sie lehnten ein Gespräch unter "Vier Augen" ab, befürworteten aber ein Gespräch zwischen Birzele und *allen* betroffenen Gruppen *unter Teilnahme der Presse*.

Auf der Pressekonferenz verlasen wir eine gemeinsame Erklärung; dann stellte sich jede Gruppe selber vor und zum Schluß versuchten wir so gut es uns möglich war, die Fragen der Presse zu beantworten.

Das Presseecho in Baden-Württemberg, das das Auffliegen zweier Verdeckter Ermittler auslöste und das mehrere Tage lang einer der wichtigsten Themen in der Landespolitik war, überraschte uns z. T selber. Die Darstellungen in der Presse waren überwiegend sehr kritisch, unseren Darstellungen wurden , entgegen sonstiger Erfahrungen, relativ viel Raum gegeben.

Treffen mit Innenminister Birzele

Am Tag nach der Pressekonferenz erhielten alle betroffenen Gruppen ein Gesprächsangebot von Innenminister Birzele durch die Vermittlung des Nicaragua-Arbeitskreises. Er willigte ein, nach Tübingen zu kommen und die Presse an dem Treffen zu beteiligen.

Das war natürlich Neuland für uns, es war unter uns durchaus umstritten, ob wir ein solches Gespräch führen sollen oder nicht. Und nur aufgrund der wirklich guten Zusammenarbeit unter uns und dem für uns positiven Presseecho nahmen wir die Möglichkeit wahr, in einer direkten Konfrontation mit dem für den Einsatz verantwortlichen Minister, unsere Position darzustellen und diesen politisch zur Verantwortung zu ziehen.

Wir hatten nur sehr wenig Vorbereitungszeit und einen im Umgang mit der Presse erfahrenen Politiker zu erwarten. Weiter gingen wir davon aus, daß Birzele - auch aufgrund des innerparteilichen Drucks - versuchen würde, dieses Gespräch zu Nutzen, um sich als liberalen, gesprächsbereiten SPD-Innenminister darzustellen.

Wir hatten keineswegs vor, mit Birzele zu *diskutieren;* wir wollten ihn zur Verantwortung für den Einsatz ziehen, d.h. ihm vorbereitete Fragenblöcke entgegenhalten, die er zu beantworten hatte und planten, das Treffen abzubrechen, sollte er lediglich ausweichende Antworten geben. Es gelang uns dann im Treffen keineswegs durchgehend, das Gespräch in unserem Sinne zu bestimmen; trotzdem waren wir mit dem Ergebnis zufrieden.

Allerdings gab Birzele in einer Pressekonferenz am nächsten Morgen bekannt, daß alle Verdeckten Ermittler und Ermittlerinnen im Raum Baden-Württemberg aus Sicherheitsgründen zurückgezogen werden würden. Dieser Schritt bestimmte dann leider auch die Berichterstattung über den Einsatz und der Raum in den Medien, den wir hatten, nahm bis zur Enttarnung der beiden Ermittler in Freiburg ab.

Unsere interne Aufarbeitung

Aus unseren regelmäßigen Treffen sowie dem Versuch einer Aufarbeitung der Frage, wie die beiden Verdeckten Ermittler eineinhalb Jahre unentdeckt in unseren Gruppen sein konnten, und aus dem Versuch einer "Schadensabschätzung" des Einsatzes, entwickelten wir einen Fragenkatalog als Orientierungshilfe und zur einfacheren Strukturierung der Antworten. Entlang dieser Fragen haben wir versucht, schriftlich festzuhalten, wie die Verdeckten Ermittler gearbeitet haben und was sie alles erfahren haben. Die Antworten stehen jetzt gesammelt den Tübinger Gruppen zur Verfügung.

Die Arbeit anhand des Fragenkatalogs gestaltete sich sehr schwierig und zog sich lange hin. Zum einen ist so ein Fragebogen eine doch recht trockene Art etwas aufzuarbeiten, zum anderen mußten wir feststellen, daß es keine Selbstverständlichkeit ist, über die Fragen offen zu diskutieren, was die Verdeckten Ermitt-

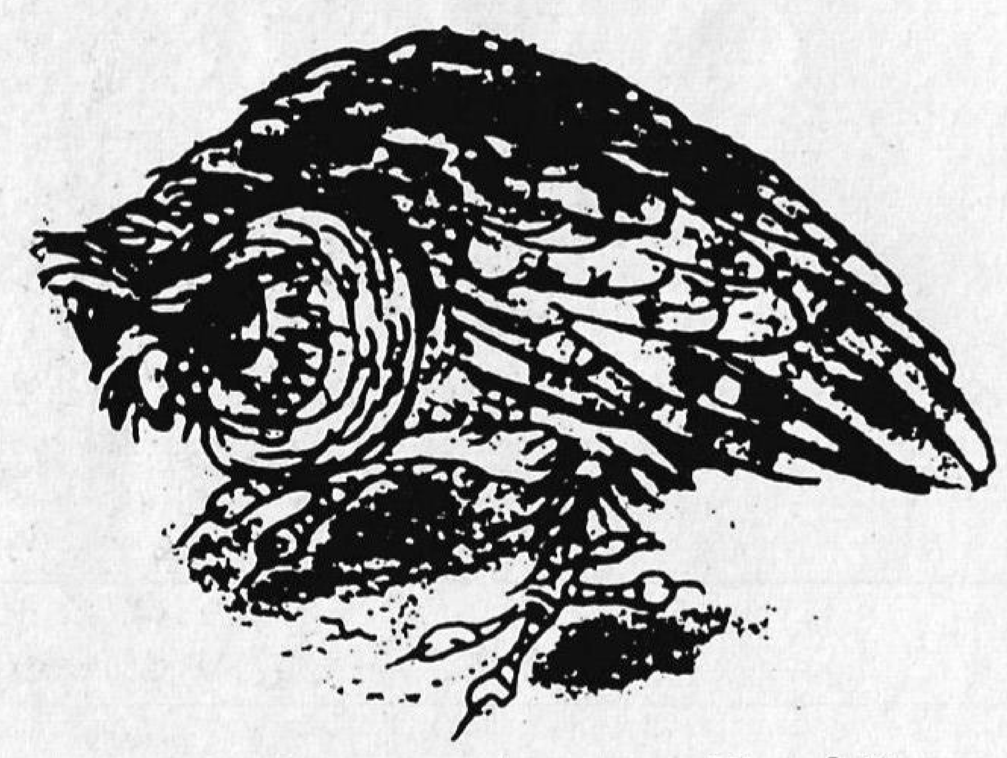
ler von wem oder bei welcher Gelegenheit erfahren haben. Manchen war es einfach peinlich oder unangenehm, sich und anderen zugestehen zu müssen, trotz z.B. eines recht guten Verhältnisses zu einem der beiden Ermittler, keinerlei Verdacht geschöpft zu haben. Uns allen ist es nicht immer leicht gefallen, über unsere Unzulänglichkeiten und Fehler offen zu diskutieren. Unsere Ergebnisse dieser Auseinandersetzung haben wir im Kapitel "Versuch einer gemeinsamen Einschätzung und Aufarbeitung" festgehalten.

Unsere Arbeit auf der juristischen Ebene

80 Personen, größtenteils aus Tübingen und Reutlingen, stellten - unter anderem mit Bezug auf das Stasi-Unterlagengesetz - gemeinsam beim Landeskriminalamt den Antrag auf Akteneinsicht und Löschung der gespeicherten Daten.
Mittlerweile hat das LKA - wie erwartet - den Antrag auf Akteneinsicht abgelehnt.

Desweiteren haben wir die Datenschutzbeauftragte für das Land Baden-Württemberg, Ruth Leutze, gebeten, sich um die datenrechtliche Überprüfung des Einsatzes zu bemühen. Momentan ist Frau Leutze noch dabei, die sehr umfangreichen Akten einzusehen.

In einem vorläufig letzten Schritt auf der juristischen Ebene haben zwei von uns, stellvertretend für alle, beim Verwaltungsgericht Stuttgart Klage gegen den Einsatz eingereicht. Das Gericht soll feststellen, ob der Einsatz rechtlich mit dem Landespolizeigesetz übereinstimmt, oder - wie wir meinen - mehrere Monate vor Änderung des Landespolizeigesetzes befohlen wurde und somit ohne rechtliche Grundlage ist. Außerdem soll das Gericht die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes prüfen.



Versuch einer gemeinsamen Einschätzung und Aufarbeitung

Weil ein wichtiges Ziel unserer öffentlich arbeitenden, politischen Gruppen und Zusammenhänge ist, neu interessierten Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich ein Bild von der Arbeit der jeweiligen Gruppen zu machen bzw. sich an der Arbeit der zusammenhänge zu orientieren, ist auch eine Öffnung und Offenheit nach außen notwendig.

Daraus ergibt sich das Problem, wie diese Zusammenhänge interessierte Menschen integrieren können und wie gleichzeitig die notwendige Sicherheit gegenüber dem eventuellen Einschleusen von Spitzeln gewährleistet werden kann.

Wir stellten fest, daß wir Menschen, die zum ersten mal in unsere Gruppen, zu unseren Kundgebungen und Demonstrationen kommen, einen gewissen Vertrauensvorschuß bieten, den wir im folgenden als "Bonus" bezeichnen.

Unsere Kriterien für die Erteilung eines solchen "Bonus" sind dabei individuell unterschiedlich und nicht klar definierbar. Ein wesentlicher Punkt nach unserer Einschätzung ist die "Stromlinienförmigkeit" einer neuen Person (also die Frage: Paßt er/sie aufgrund erster und oberflächlicher Eindrücke zu den Scene-Normen?).

Wir stellten uns auch die Frage, ob z. B. großspuriges, typisch männliches Verhalten aufgrund mangelnder Auseinandersetzung über diese Verhaltensweisen unter Männern aus unseren Zusammenhängen als Szene-Bestandteil akzeptiert wird. Das soll heißen, daß männliche Verdeckte Ermittler, die eine Auseinandersetzung über ihr patriarchales Verhalten sicher nicht geführt haben, in unseren Zusammenhängen dadurch nicht weiter auffallen.

So klafften auch die Beurteilungen im Fall von "A" und "H" weit auseinander: Von "unsympathische Machos" über "mackerhaft, aber sonst ganz nett" bis zu "sehr sympathisch" war alles zu hören. Manchen fielen die beiden durch ihre Verläßlichkeit in der Erledigung von übernommenen Arbeiten auf, anderen durch ihre Unverbindlichkeit in persönlichen Beziehungen. Den einen gefiel "A"s humorvolle Art, anderen war er zu kaltschnäuzig, "H" fiel manchen durch seine ruhige und gewissenhafte Art auf.

Daneben fanden wir heraus, daß sog. "Referenzen" von wesentlicher Bedeutung sind (jemand kennt jemand, der/die wieder jemanden kennt) und schon ist der erste Schritt in unsere politischen Zusammenhänge geschafft; nach der Intensität und der Genauigkeit der Bekanntschaft - also das, was den "Referenzen" Sinn geben würde, wird dabei kaum gesehen. Die beiden Verdeckten Ermittler hatten diese "Referenzen" häufig verwendet. Grundlage war die vorgetäuschte, meist oberflächliche Nähe zu anderen, uns bekannten Leuten aus der Scene gewesen.

Neben dem "Bonus" "Referenzen" gibt es die Freude darüber, daß jemand sich an z.B. einer Aktion zur Verteidigung von Flüchtlingen beteiligt und sich somit auf "unsere Seite geschlagen hat".
Nach 3 - 4 solcher Beteiligungen an Aktionen verschwindet das Wissen darüber, woher wir jemanden kennen.

In unserer Aufarbeitung mußten wir also feststellen, daß das nur über die Beteiligung an Aktionen hergestellte Vertrauen uns keinerlei Sicherheit vor dem möglichen Einschleusen von Verdeckten Ermittlern bietet.

Eine Art "Anfangs-Bonus" gegenüber "Neuen" wird von uns hier nicht in Frage gestellt. Ohne einen bestimmten Vertrauensvorschuß kann sich keine normale und entwicklungsfähige Kommunikation/Beziehung herstellen.

Wir freuen uns auch über jede/n, der/die sich für unsere Politik interessiert, mit uns zusammen arbeiten will.

In diesem Zusammenhang finden wir die Auseinandersetzung darüber wichtig, nach welchen Kriterien dieser "Bonus" verteilt wird, daß hinterfragt wird, ob es überhaupt zuverlässige Kriterien gibt, die mit Sicherheit die Infiltration durch Spitzel ausschließen können.

Zusätzlich wichtig finden wir die Überprüfung diffus vorhandener Klischees für Merkmale zur Erkennung eines Verdeckten Ermittlers. Beispiel hierfür wären Kleidung, alleinsitzend, komisch beobachtend und vor allem: ein Mann.
Frauen genießen bei uns einen sehr viel größeren Vertrauensvorschuß als Männer. Wir möchten in dem Zusammenhang auf die Erfahrung aus Hamburg verweisen, wo das LKA-Hamburg eine Beamtin in die Flora-Zusammenhänge eingeschleust hatte.

Für uns war klar, daß es solche zuverlässigen Kriterien nicht geben kann. Doch konnten wir auch feststellen, daß es durchaus an vielen Punkten so erhebliche Ungenauigkeiten im Umgang mit uns/zwischen einzelnen Gruppen gibt, daß es Spitzeln relativ einfach gemacht wird, in unsere Zusammenhänge einzudringen.

In der ganzen Auseinandersetzung "wie konnte das passieren/was stimmt in unseren Strukturen nicht", so daß sich offensichtlich 1 1/2 Jahre lang zwei Verdeckte Ermittler darin bewegen können, geht es nur zweitrangig darum, die Gruppen gegen Spitzel abzusichern.

In erster Linie muß die Auseinandersetzung über unsere Strukturen aus unserem eigenen Interesse an verbindlicheren und weniger oberflächlichen Zusammenhängen geführt werden. Nur aus einem solchen Interesse heraus wird es zu einer Auseinandersetzung kommen, aus der wir lernen können. Und nur mit dieser Grundlage können wir eine Entwicklung einleiten, die auch verhindern wird, daß es bei gleichzeitiger Offenheit bestimmter Strukturen für die Staatsschutzbehörden leicht ist, in unsere Gruppen einzudringen.

Wie genau oder ungenau wir uns im Umgang mit neuen Menschen zeigen, ist lediglich die Folge der Genauigkeit oder Ungenauigkeit, mit der wir uns im politischen und privaten Alltag begegnen.

Während unserer Aufarbeitung des Einsatzes der beiden Verdeckten Ermittler mußten wir mit Entsetzen feststellen, mit welchem Desinteresse wir uns z.T begegnen. Nur wenige hatten die beiden nach ihrem Leben vor Ihrem Zuzug nach Tübingen gefragt, kaum jemand wußte etwas über ihr "Privatleben" in Tübingen, ihren Job, ihren Urlaub, ihre Beziehungen nach Hause etc. Ein Desinteresse, das sicher nicht nur den Verdeckten Ermittlern gegenüber bestand. So ein Desinteresse an den Personen innerhalb einer Gruppe, bzw. vieles, was sein oder ihr Leben nach den Treffen, Diskussionen und Aktionen ausmacht, ist nicht nur belastend als Umgehensweise untereinander in einer Gruppe. Es ist außerdem auch gefährlich, weil außer Verdeckten Ermittlern in jeder Stadt auch Informanten und Informantinnen arbeiten. Personen, die sich, weil sie bspw. dringend Geld brauchten oder weil sie dadurch Vorteile in eigenen Gerichts- und Ermittlungsverfahren hatten, sich erpressen ließen und seitdem regelmäßig Informationen an die Behörden weitergeben. Geldnöte, frühere Verfahren, Schwächen usw. ... können wir nur voneinander erfahren, wenn wir uns dafür interessieren, nachfragen und gegenseitig helfen.

Einschränkend möchten wir allerdings sagen, daß die Verdeckten Ermittler persönlichen Gesprächen bewußt aus dem Weg gingen, bzw. diese mit der Antwort abbrachen, bestimmte Fragen seien ihnen zu persönlich - was zunächst auch respektiert wurde. Einzelne von uns hatten aber engere freundschaftliche Beziehungen zu "A" und "H", in denen persönliche Gespräche über Eltern, Beziehungen und Probleme möglich waren.

Diese Erzählungen der beiden von Zuhause waren z.T. stimmig, weil sie tatsächlich aus der Gegend stammen, die sie als ihr Zuhause angaben und über die sie ohne Widersprüche und Ungenauigkeiten berichten konnten.

Auf die beiden Ermittler des Landeskriminalamtes bezogen hat die oben beschriebene Umgehensweise z.B. bedeutet, daß die Verdachtsmomente, das "komische Gefühl" weniger (wie z.B. daß "H" tatsächlich viele Fragen zu Personen gestellt hat) nicht in der Weise anderen vermittelt wurde, wie es eigentlich nötig gewesen wäre.

Im Fall der beiden Beamten blieb es bei den leicht zu relativierenden Eindrücken/dem "komischen Gefühl" Weniger. Die Verdachtsmomente verschwammen parallel zu der immer tieferen Integration der beiden Verdeckten Ermittler in die Gruppen. Ein gemeinsamer Umgang war damit nicht mehr möglich.

Das Mißtrauen gegenüber der Art und Weise, wie andere mit dem Verdacht umgehen könnten (Tratsch/Gerüchte/Stigmatisierungen und

die Gefahr der Isolation von vielleicht unberechtigt Verdächtigen), hat einen genaueren gegenseitigen Austausch verhindert. Es bleibt nach wie vor ungeklärt, wie wir über Verdachtsmomente/Mißtrauen diskutieren können, ohne einen Virus von Mißtrauen zu säen, der sich entweder als ungerechtfertigt herausstellt oder den Verdeckten Ermittler/den/die Informanten/Informantin vorzeitig warnt. Hier stellt das Tratschbedürfnis einzelner ein nicht unerhebliches Hindernis dar.

Vor dem Hintergrund, daß das Eindringen von Verdeckten Ermittlern/Ermittlerinnen, Verfassungsschutz-Informanten und Informantinnen nicht 100 %ig zu verhindern ist, müssen wir auch überlegen, welche Aktionen aus den öffentlichen Zusammenhängen heraus geplant werden können.

Wir alle wußten, daß es so etwas wie Verdeckte Ermittler und Ermittlerinnen gibt. Die tatsächliche Existenz von "Jo" und "Ralf" war dennoch für alle aus einer Möglichkeit zur erschreckenden Realität geworden. Deshalb: Wir müssen davon ausgehen, daß es diese Verdeckten Ermittler und Ermittlerinnen sowie Informanten und Informantinnen gibt und uns in allem, was wir tun danach richten.

Und welche Rolle hat in unseren Diskussionen die Beziehung zwischen Anna und dem Beamten gespielt?

Die Beziehung zwischen Anna und dem verdeckten Ermittler bestand noch einige Zeit, nachdem er seine Identität offengelegt hatte. Das bedeutete für uns, daß wir uns in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen

- einem individuellen Interesse, sprich dem Interesse von Anna, das Verhältnis zu "A" nicht abbrechen zu wollen und der Hoffnung einiger von uns, "A" würde evtl. seine Arbeit beim LKA ganz aufgeben und z. B. öffentlich Stellung zu den Vorgehensweisen des LKA beziehen und

- einem kollektiven Interesse, d.h. unsere politische Verantwortung all denjeniger gegenüber, die von dem Einsatz und dessen Folgen betroffen sein könnten, einzulösen.

Was das in der Praxis hieß, wollen wir im Folgenden verdeutlichen:

Nachdem "A" seine wahre Identität offengelegt hatte, kannte Anna seine Namen und Wohnort. Diese Tatsache löste aus folgenden Gründen heftigste Auseinandersetzungen unter uns aus:

- Es war nicht im Interesse von Anna, den richtigen Namen und die vollständige Adresse von "A" bekanntzugeben. Denn das hätte für "A" unter Umständen heißen können, eine neue, falsche Identität annehmen und den Wohnort wechseln zu müssen, um eventuellen "Bestrafungsaktionen" von wem auch immer entgehen zu können. Dies hätte die Beziehung zwischen "A" und Anna mit Sicherheit beendet

- Dies war auch nicht im Interesse all derer gewesen, die darauf hofften, "A" könne aus dem LKA ganz aussteigen; wäre er dazu gezwungen gewesen, seine Identität zu ändern - also auch sein soziales Umfeld aufzugeben - hätte dies den Loslösungsprozeß von "A" möglicherweise gestoppt.

- Da Anna die Adresse und den Namen von "A" nicht nennen wollte, hätte dies geheißen, Anna unter Druck zur Preisgabe zu zwingen. Niemand von uns hatte Interesse an einem solchen Verhältnis.

Die Hoffnung auf "A"s Ausstieg ist nur damit zu erklären, daß Anna weiterhin den Kontakt hielt und über die Vermittlung der Auseinandersetzungen zwischen ihr und "A" eine solche Entwicklung nicht unwahrscheinlich erscheinen ließ. Wer sich unter uns eine solche Abkehr vorstellen konnte hing eng damit zusammen, wer den verdeckten Ermittler "A" wie erlebt hatte und welche Beziehung zu ihm hatte.
Dieser Rücksichtnahme auf Anna und den verdeckten Ermittler stand ganz klar gegen das kollektive Interesse auf Schutz und Informationsbedürnis aller Betroffenen, auch in anderen Städten (z.B. der, in der "A" tatsächlich wohnte); diese Rücksichtnahme stand aber auch gegen eine effektive und glaubwürdige Pressearbeit, bzw. gegen das Ziel, das LKA unter Druck zu setzen.

Es gab noch einen weiteren Punkt, an dem das beschriebene Spannungsverhältnis sehr heftig auftrat:

"A" hatte die Informationen, die wir in dem Kapitel "Die Aussagen von "Joachim Armbruster" über die konkreten Aufgaben der Verdeckten Ermittler" zusammengefaßt haben, weitergegeben. Angefügt hatte er, daß er größten Ärger erhielte (z.B. Anzeige wegen Geheimnisverrat), sollten diese internen Information von uns öffentlich verwendet werden. Es wäre offensichtlich gewesen, daß die Informationen nur von ihm stammen konnten.

Dem kollektiven Interesse, auf den verdeckten Ermittler keine Rücksicht zu nehmen und unsere Informationspflicht allen politischen Zusammenhängen gegenüber wahrzunehmen, stand (auch was diesen Punkt betrifft) das individuelle Interesse von Anna und der Hoffnung auf das Abspringen von "A" entgegen.

Auch in nachhinein halten wir es für sehr schwierig, dieses Spannungsverhälnis für alle Beteiligten korrekt aufzulösen. Ein großer Fehler von uns war allerdings, daß wir diese Schwierigkeit nicht *bewußt* angegangen sind, sie nicht ausgewogen diskutiert haben und somit keine politische Entscheidung getroffen haben, anhand der wir Kriterien für das Umgehen mit dem beschriebenen Spannungsverhältnis hätten entwickeln können.

Wenn in unseren Diskussionen das Eingehen auf das kollektive Interesse eingefordert wurde, so endete dies meist in sehr emotional und im Grunde genommen ergebnislos geführten Diskussionen. Ergebnislos, weil keine gemeinsame politische Entscheidung an deren Ende stand. Unter anderem diese Situation hatte dann auch zur Folge, daß die Auseinandersetzung um Annas Verhalten und Fortführen der Beziehung zu dem verdeckten Ermittler aus den gemeinsamen Diskussionen ausgelagert wurde und somit zu Annas "Privatleben" reduziert wurde.

In unserem abschließenden Teil möchten wir zwei konkrete Vorschläge machen:

Die inhaltliche Erweiterung der Kampagne "Anna und Artur halten's Maul" um folgende Diskussion:

Wie gehen wir mit Wissen um Aktionen bzw. der Beteiligung von Personen an politischen Aktivitäten jeglicher Art, wie gehen wir mit Vermutungen, unserem Wissen über Strukturen um.

Wir wollen eine Diskussion um unsere Art, regen Austausch an Kneipen- und WG-Tischen über dieses Wissen zu führen. Denn schon bloße Vermutungen über Aktionen und darüber, welche Leute damit was zu tun haben könnten, können zu unabsehbaren Konsequenzen für einen selber und andere führen.

Wir stellen uns vor, in Diskussionen Kriterien dafür zu entwickeln, wem wir was erzählen, mit welcher Intention, mit welcher Berechtigung; was, wem notwendig ist zu erzählen und was schlicht in den Bereich unnötig oder gar Tratsch und Profilierungssucht fällt.

Wir stellen uns nicht vor, daß wir von nun an auf interessierte Fragen von Außenstehenden oder neu mitarbeitenden Menschen eisiges Schweigen unsererseits folgen lassen; wir denken auch nicht daran, mit Argwohn jede, vielleicht auch unbedachte Frage zu strafen.

Wir denken vielmehr an Situationen wie folgende: "Hast Du schon gehört, daß ...?" und "Das sieht verdächtig nach der Gruppe ... aus ...", oder "Ich könnte mir vorstellen, daß die und die beteiligt waren ...".

Wir halten es für sehr wichtig und richtig auf Fragen zu antworten wie: "Woran arbeitet ihr?" oder "Wie schätzt ihr bestimmte Tagesgeschehnisse ein ?"

Wir sollten aber lernen sorgfältig abzuwägen, wem wir z.B. von gruppeninternen Strukturen und Entwicklungen was und wieviel erzählen, welche Gruppenaktivitäten für wen von Bedeutung sind und für wen nicht.

Der Einwand, daß "wir doch eh abgehört" werden, ist da wenig hilfreich! Erstens ist der Apparat tatsächlich nicht allgegenwärtig, wir hoffentlich nicht nur auf die Schlange starrende Hasen und zweitens täuscht der Einwand darüber hinweg, ein wieviel mehr an Informationen und Einblick in persönliche Verhältnisse und konkrete Strukturen das direkte Gespräch bedeutet.

Gleichzeitig sollten wir uns Gedanken darüber machen, welche Fragen wir selber stellen. An welchen Punkten ist unsere Frage, unsere Neugierde schlicht unnötig, unangemessen.

Unser zweiter Vorschlag ist, vorhandenes Mißtrauen, komische Gefühle, auftretende Widersprüche bei Personen ernst zu nehmen; sie nicht mit der Bemerkung, dem Gedanken wegzuwischen: "Das kann doch gar nicht sein."

Es kann eben leider sehr wohl sein. Auch wir kennen das Gefühl, mal am Anfang mißtrauisch gewesen zu sein, es nicht zugelassen zu haben, um dann von der Realität böse eingeholt zu werden.

Wir denken mittlerweile, daß es notwendig ist, die Ursachen für ein "komisches Gefühl", für Mißtrauen herauszufinden, daß es notwendig ist, sich mit denjenigen zusammenzusetzen, mit denen wir arbeiten, die zuverlässig sind und sich gemeinsam, verantwortlich um die Aufklärung von aufgetretene Widersprüche zu bemühen.

Dies soll kein allgemeiner Bespitzelungsaufruf sein. Nur auch im Fall von "Jo" und "Ralf" hat es Widersprüche gegeben, die, wären sie verfolgt worden, auf jeden Fall zu der Erhärtung eines "komischen Gefühls" und damit zur Weiterverfolgung von Informationen geführt hätten. Ein Anruf bei der Körperbehinderten Förderung, ihrem Arbeitgeber, hätte genügt, um feststellen zu können, daß "Jo" gekündigt worden war, er also entgegen seiner Aussagen bei der KBF gar nicht mehr arbeitete ...

Tübingen, Dezember 1992



123 caravane babybrei aloahe onjemineh

dietTANTENcoolTOUR _weil die Erde eine Scheibe ist!!!

HALLIHALLO!!!!!!
Es gibt auch 1993 wieder eine Caravanex von mit und für die unzähligen Wägler und Wäglerinnen unserer duften Replik. Wir wollen durch die Lande ziehen und Spaß und Chaos verbreiten - auch in eurem Städle. Freut ihr euch schon? Bestimmt. Da wir aber nur einen Teil unseres Programms selber auf die Beine stellen können, haben wir uns gedacht, daß die Wagenplätze, AZ s, Infoläden, etc. auf der Route uns unterstützen. Wir freuen uns auf Feten, Konzerte und Info-Veranstaltungen, die ihr organisiert und wir dann dazustoßen. Wär das nix???

Entstanden ist die Idee auf dem bundesweiten Wagentreffen im Sommer 92 in Frankfurt, und seitdem beständig gereift. Wir haben vor, im Mai von FFm über s Rheinland, Ruhrpott, Friesland, Hamburg, Hannover nach Kassel zu fahren und da nach 3Monaten anzukommen. (Änderungen garantiert!!!) Auf unseren Stationen wollen wir uns in buntgemischter und informativer Form darstellen, vor allem, weil, daß was wir lieben und tun, hierzulande von hinten bis vorn illegal ist, d.h. wir permanenter Repression großdeutschen Beamtentums ausgesetzt sind. Wir haben allerdings besseres zu tun, als uns ständig mit Bütteln rumzuärgern und diesen Streß dann untereinander auszutragen. Wir geben den Druck zurück, aber auf unsere Art, hähähä!

WIR MACH EN UNS DIE WELT WIE DE WIE DEWIE SIE UNS GE FALLT !!!!!!!!!!!!!!!

Wir kommen mit ca.20 Gespannen und bringen ein Theaterstück, einen Chor, diverse Akrobaten und JongleurInnen, einer Ton-Dia-Show und reichlich Überaschungen mit. Ein Flugblatt und Plakat sind in Vorbereitung. Wir warten auf eure Einladungen, Ab- und Zusagen, Tips wo wir lagern können (Plätze, Wiesen, Adressen von netten Bauern oder Landkommunen bzw. wo wir schleun'gst durchfahren sollten.

SEE YOU!

die Leut vom Caravanentreffen

Kontakt:
Wagenplatz Hotz n Plotz
Mombachstr.3
3500 Kassel

! Solifete
Köpi 137 16.1
Bands & Disco
— Friends of Barny —

ANMERKUNGEN ZUM SCENE-SILVESTER-KOMMERZ IN DER SfE

Nicht ohne Grund werden die Räume in der SfE für Feten praktisch für nix zur Verfügung gestellt. Sinn und Zeck der Sache ist es, nach wie vor, daß so möglichst viele Gelder in Soli-Kassen fließen können. Keineswegs für irgendwelchen kommerziellen Reibach.
Als selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß nicht mehr als 3.-DM Eintritt genommen, Essen und Getränke selbst besorgt und zu angemessenen Preisen selbst verkauft werden.
Bis jetzt gab's damit keine Probleme und es ist damit auch verantwortlich umgegangen worden. Partys, wie die zu Silvester mit 15.-DM Eintritt und überhöhten Preisen, wie z.B. 1 Fl. Sekt für 25.-DM sowie Party-Service halten wir für eine bodenlose Unverschämtheit.
SOWAS HAT IN DIESEN RÄUMEN NIX ZU SUCHEN !!
Wir finden es gut, daß so viele Leute die Party boykottiert und mit Abwesenheit geglänzt haben.

SfE Fetenausschuß

"...nicht hiermachen, sondern im Ausland"

Freisetzung gentechnisch manipulierter Nutzpflanzen in Einbeck

(üny) Die Firma Planta, Tochtergesellschaft der KWS Einbeck (Kleinwanzlebener Saatzucht), und das Insitut für Genbiologische Forschung Berlin (IGF) planen die Freisetzung von gentechnisch manipulierten Zuckerrüben bzw. Kartoffeln im Frühjahr 1993 in Einbeck (siehe göttinger Drucksache ungefähr Nr. 83). Im Rahnen des laufenden Genehmigungsverfahrens hat allein der Arbeitskreis gegen Gentechnologie Göttingen über 400 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern gegen das geplante Vorhaben gesammelt. Alle Einwendungen werden am 27./28. Januar 1993 in der Stadthalle Northeim verhandelt werden. Zu dieser Anhörung sind nur die EinwenderInnen zugelassen.
Vertreter der KWS und des IGF versuchten auf Informationsverantstaltungen in Einbeck und Northeim Bedenken gegen die geplante Freisetzung auszuräumen. Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Büchting (Vorstandsvorsitzender der KWS) in Einbeck:
"Wenn wir glauben würden, daß sich die Pflanzen ausbreiten, gefährlich wären, würden wir das nicht hier machen, sondern im Ausland."
Weiter sprach er von der Einsparung von Chemie in der Landwirtschaft durch die vorgenommenen gentechnologischen Veränderungen. Allerdings kann die Rizomania-Krankheit (Wurzelbärtigkeit), gegen die die Zuckerrüben gentechnisch resistent gemacht wurden, nicht chemisch bekämpft werden. Vielmehr bleibt festzustellen, daß die gentechnisch eingebaute Unempfindlichkeit der Zuckerrüben gegen das Pflanzenvernichtungsmittel "Basta" den Einsatz der chemischen Keule in der Landwirtschaft fortschreibt.
Es wird ferner befürchtet, daß der gentechnisch eingebaute Mechanismus der Resistenz gegen die Krankheit Rizomania (kontinuierliche Bildung von Virushüllen in der Pflanze) zur Entstehung neuer Viren und damit Krankheitserregern führt (Heterologische Encapsilierung).



Do, 14.1.

20.oo Uhr El Locco
Fem. Kurzfilme

20.oo uhr E.-Busch-Haus
"ohne Segen" polit. Spielfilm zum Zeitgeschehen

21.00 Uhr X-B-Liebig
Frauen-Antifa-Cafe
Fantifa-Treffen (Fortsetzung des Treffens vom 9.12. im Mehringhof)

Vorb. treffen zur Demo am 23.1.
im drugstore, potsdamerstr.
um 17.3o Uhr

Fr, 15.1.

21.oo Uhr El Locco
"Zuerst das Fressen, dann die Miete" (Video)

20.oo Uhr E.-Busch-Haus
Kabarettabend mit
Hendrik Bloch & Nicos Bliefert

Sa, 16.1.

21.oo Uhr El Locco
"Salz der Erde" Film

20.oo Uhr E.-Busch-Haus
Veranstaltung zur Situation von Flüchtlingen u. zum Rassismus im heutigen Deutschland

Soli-Fete für Wagencarawane
Bands & Disco
- Friends of Barny
in der Köpi 137

So, 17.1.

17.oo El Locco
Video zum Levi-Strauss-Boykott, anschließend Diskussion

17.oo Antifacafé Wedding
Infoveranstaltung d. Roten Hilfe "Repression gegen AntifaschistInnen"

Di, 19.1.

21.oo Daneben
"Wertvolle Jahre"

21.oo und 23.oo Clash
"Die Pentagon-Republik" (29 min., F/GB 1986)
über die Rolle von Honduras in der imperialistischen Mittelamerikapolitik d. USA

Mi, 20.1.

20.oo SOS-Laden Kohlfurter44
Perspektiven des SOS-Rassismus-Infotelefons

Do, 21.1.

21.oo. Daneben
"...und andere Ergüsse"
Video über die Visionen von Gentechnologen

18.3o Villa Hakenfelde
Veranstaltung mit der Infogruppe Kiel/AG G. Bögelein zum Prozeß gegen Bögelein, zu seiner Person und Geschichte sowie zur faschistischen Kontinuität in d. BRD anhand der Hintergründe d. Prozesses

Sa, 23.1.

13.oo Walther-Schreiber_pl.
Demonstration gegen Abschiebung u. staatl. Rassismus

SO, 24.1.

Letzte (!) Tour der Stadtrundfahrt zu Gen- und Reproduktionstechnologie

Abfahrt 12.oo Winterfeldtplatz
Vorverkauf Schwarze Risse Mehringhof

Mi, 27.1.

20.oo X-B-Liebig
Widerstandim 3. Reich
Tape und Diskussion

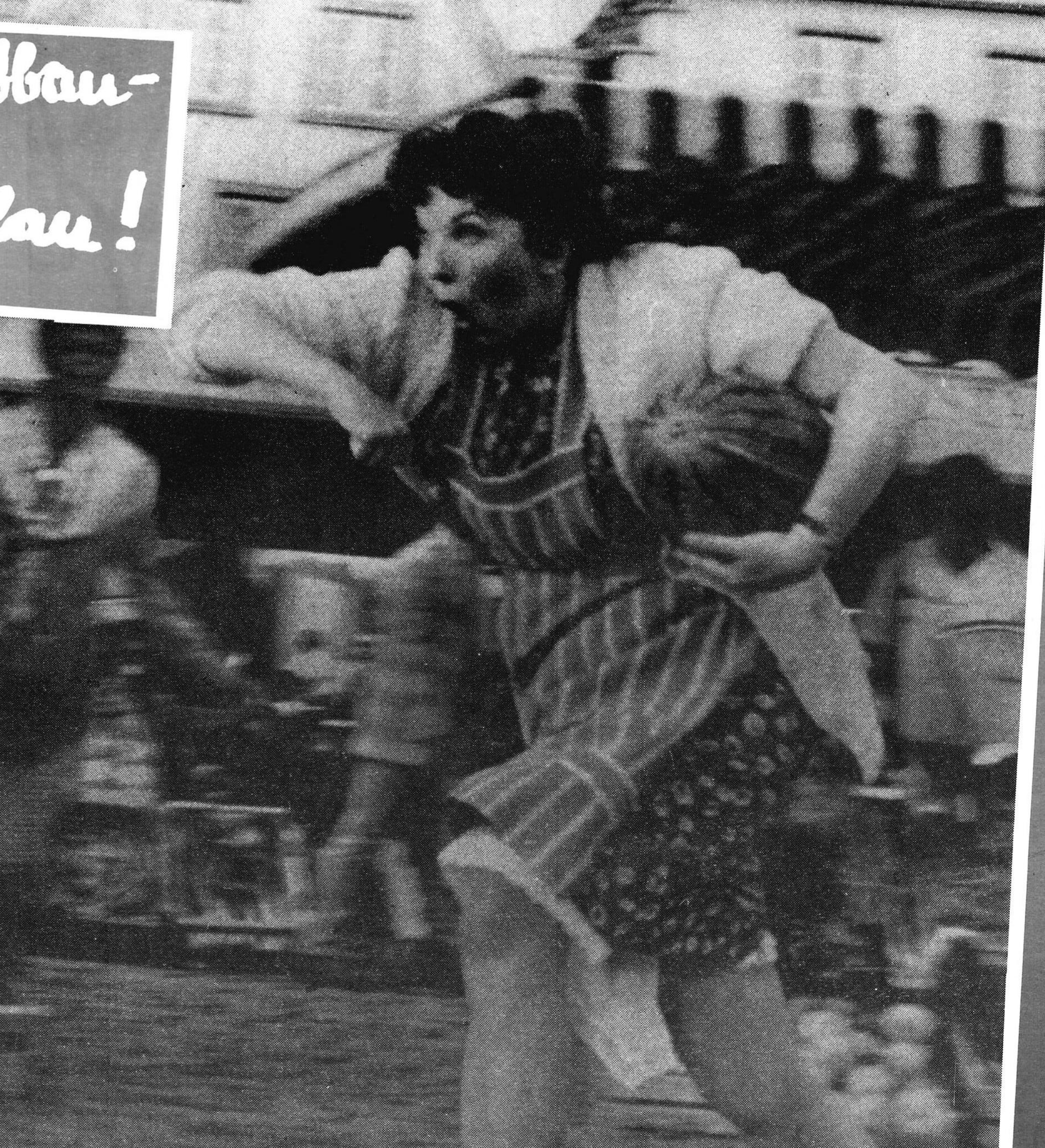
KIEZDISCO FÜR RADIO PATRIA LIBRE- GUERILLARADIO IN KOLUMBIEN

Seit 1988 sendet RPL zwei Stunden täglich aus den Bergen Kolumbiens. Mit dem Erlös der Disco werden wir die technische Aus- und Umrüstung des Senders unterstützen. Mit Informationen über das Radio, dem neuen Reader "501 Jahre sind genug" & y muchas ganas revolucionarias.

KIEZ - DISCO AM 16. JANUAR IM SO36, ORANIENSTR.
AB 17.30 VERANSTALTUNG ZUR AKTUELLEN SITUATION IN KOLUMBIEN UND VORSTELLUNG DES READERS "501 JAHRE SIND GENUG"
AB 22 UHR PARTY
EINTRITT DM 4

Veranstaltungsorte:

Clash, Uferstr. 13, 1/65 U Pankstr. od. Nauener Pl.
El Locco, Kreuzbergstr.43, 1/61
Ernst-Busch-Haus, Leonhard-Frank_str.11, 1110 Berlin-Pankow
Daneben, Rigaerstr.84, Friedrichshain, U Samariterstr.
Antifa-café Wedding, Osloer Str. 12, 1/65, 2.HH,2.St.
Villa-Hakenfelde, Rauchstr. 66 1/20
X-B-Liebig, Liebigstr.34, Friedrichshain, U Rath. Fr.-hain


Gegen den Sozialabbau-
organisiert den
Kaufhausklau!
Echt